

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

163. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 5. Dezember 1969

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII: Landesverteidigung

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 13973)

Ordnungsrufe (S. 14001 und S. 14003)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 14001)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 13973)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Spezialberichterstatter: Suppan (S. 13973)

Redner: Preußler (S. 13974), Marwan-Schlosser (S. 13979), Zeillinger (S. 13986

und S. 14037), Bundesminister Dr. Prader (S. 13997 und S. 14019), Mondl (S. 14003), Steiner (S. 14009), Peter (S. 14013), Josef Schlager (S. 14022), Glaser (S. 14028) und Troll (S. 14034)
Annahme der Beratungsgruppe XII (S. 14038)

Eingebracht wurde

Anfrage der Abgeordneten

Herta Winkler und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend klinische Erprobung neuer Medikamente (1497/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Präsidenten des Nationalrates auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Pittermann und Genossen (II-3041 d. B. zu II-3030 d. B.)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Serinzi und Genossen (1400/A. B. zu 1430/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Josef Schlager und Genossen (1401/A. B. zu 1469/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Benya und Czernetz.

Seit der letzten Haussitzung sind zwei schriftliche Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Antragstellern übermittelt wurden. Sie wurden vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII

Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Wir gelangen zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Suppan. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Suppan:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XII, Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 40 des Bundesvoranschlags für das Jahr 1970 am 24. November 1969 einer eingehenden Vorberatung unterzogen.

Für die Landesverteidigung sind bei den Ausgaben Kredite der ordentlichen Gebarung in der Höhe von 3.586,566.000 S und Kredite in der außerordentlichen Gebarung von 548,283.000 S vorgesehen.

Die Einnahmen wurden im Voranschlag mit 138,255.000 S präliminiert.

13974

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Suppan

An der Diskussion im Ausschuß beteiligten sich neben dem Herrn Bundesminister 14 Abgeordnete.

Im übrigen darf ich auf den gedruckt vorliegenden Ausschußbericht verweisen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 40: „Militärische Angelegenheiten“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970 (1388 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters beantrage ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Preußler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Preußler** (SPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Erörterung von Fragen der Landesverteidigung ist naturgemäß sehr schwierig, da die hierfür notwendige Objektivität kaum gegeben ist. Es stellen sich zum Teil durch lange Jahre festgefahrene Meinungen gegenüber, und es werden Vorschläge bezüglich des Bundesheeres zu einem solchen Termin nur sehr ungern vorgetragen, da sie von vornherein bei der anderen Seite auf Ablehnung stoßen und als unmöglich bezeichnet werden.

Es ist jedenfalls unter solchen Umständen kaum eine geeignete Grundlage, aus verschiedenen Vorschlägen für die Konzeption und Führung des Bundesheeres einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Gerade diese Einmütigkeit in Verteidigungsfragen, Hohes Haus, ist aber der Kernpunkt einer vom ganzen Volke getragenen Verteidigungsbereitschaft. Solange wir keine gemeinsame reale Zielsetzung der militärischen Verteidigung zum Schutze unserer immerwährenden Neutralität haben, so lange werden sich in Österreich die verschiedenen Gruppen und Parteien uneinig gegenüberstehen und eine wirksame Landesverteidigung verhindern.

Wer in diesem Falle der Meinung sein sollte, man könnte einseitig Grundlagen und Ziele für unsere Landesverteidigung festlegen und von den anderen nur fordern, daß sie dieses Willensdiktat anerkennen, der wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß eine gemeinsame österreichische Landesverteidigung ein Torso bleiben muß.

Dies ist nämlich genau nach Meinung vieler Fachleute in verschiedensten Garnisonen die Bilanz der bisherigen Verteidigungsanstrengungen. Wir haben in den 15 Jahren, seitdem das Bundesheer besteht, keinen wirklich

entscheidenden Fortschritt erreicht. Wir stehen heute, im großen Rahmen gesprochen, beim Bundesheer fast immer noch dort, wo wir 1955/1956 begonnen haben.

Meine Damen und Herren! Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß unser Bundesheer derzeit noch nicht die eigenständige Form, die die österreichischen Verhältnisse notwendig erscheinen lassen würden, erreicht hat. Es hat sich sicherlich in der Organisation und in der Bewaffnung einiges geändert, vieles zum Besseren, auch vieles zum Schlechteren, aber der Rahmen unseres Heeres, sein Aufbau, seine Konzeption sind fast gleichgeblieben. Aber auch diese geringfügigen Änderungen auf organisatorischem und ausrüstungsmäßigem Gebiet wären vielleicht nicht gekommen, wenn nicht der Druck von der finanziellen und technischen Seite her so stark geworden wäre.

Erinnern wir uns doch daran, daß das Verteidigungsministerium die Rationalisierung des Bundesheeres erst in Angriff genommen hat, nachdem die Budgetlage so angespannt war, daß einfach nichts anderes mehr übriggeblieben ist. Doch aus den Versprechungen, eine echte Rationalisierung des Truppenbetriebes des Heeres einzuleiten, ist fast nichts geworden. Ich erinnere an Aussagen des Verteidigungsministeriums etwa um die Februartage des Jahres 1968. „Salzburger Volkszeitung“, die Zeitung der Österreichischen Volkspartei im Lande Salzburg: „Truppenbetrieb des Heeres wird rationalisiert“.

Die hochfliegenden Pläne sind Wunschträume geblieben. Noch immer gibt es die Trennung zwischen Ausbildungs- und Einsatzeinheiten mit all den personellen Schwierigkeiten in der Ausbildung. Die durch die Umgliederung frei gewordenen Kräfte sind sofort auf andere freie Dienstposten umgeleitet worden.

Heute noch, meine Damen und Herren, ist die Einsatzbereitschaft der Truppe nicht gewährleistet, da es dem Großteil der Truppeneinheiten nicht möglich ist, die Geräte entsprechend personell voll zu besetzen. Ich habe zum Beispiel in einer Garnison festgestellt, daß von drei dort vorhandenen Geschützen nur eines ausrücken kann, weil die Besetzung für die beiden anderen Geschütze nicht gegeben ist. (*Abg. A. Schlager: Preußler, paß auf die Spione auf!*) Von Verwaltungsvereinfachung keine Spur, im Gegenteil: Die Übermächtigkeit des Bundesministeriums für Landesverteidigung ist noch immer ungebrochen vorhanden.

Aber auch die bessere Ausrüstung des Mannes ist erst auf die massive Kritik von außen und innen zustande gekommen.

Preußler

Eine Feststellung, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ist auf jeden Fall unwiderlegbar: daß der finanzielle Anteil der Ausgaben für die militärische Landesverteidigung an den Gesamtausgaben des Bundesbudgets seit 1956 nahezu gleich geblieben ist, obwohl durch mehr als zehn Jahre von der Österreichischen Volkspartei und den Verteidigungsministern dieser Zeit aus leicht durchschaubaren propagandistischen Gründen immer behauptet wurde, daß dies nur deswegen der Fall sei, weil die Sozialisten in der Regierung dem Bundesheer nicht mehr Mittel zugestehen.

Die fünf Budgets der ÖVP-Alleinregierung strafen jedoch diese Behauptungen eindeutig Lüge. Im Gegenteil: Die Ausgaben für das Bundesheer waren in den Jahren der Koalitionsregierung zum Teil sogar etwas höher. In den Jahren 1957 bis 1960 etwa betrugen sie im Durchschnitt 4,97 Prozent, also rund 5 Prozent, und sind seit 1966 bis 1970 im Durchschnitt kleiner als in der Koalitionszeit, nämlich 4,2 Prozent.

Ich möchte deutlich feststellen, daß ich das nicht etwa sage — wie mir das von verschiedenen Seiten immer sehr gern in den Mund gelegt wird —, um namens der SPÖ mehr Geld für das Bundesheer zu fordern, sondern ich will damit nur meine vielen Feststellungen und Behauptungen der vorhergehenden Jahre in Erinnerung rufen, wo ich immer von dieser Stelle aus gesagt habe, daß die finanzielle Lage der Republik Österreich auf lange Sicht keine bessere Dotierung des Bundesheeres erlaube, da die Anforderungen und Wünsche aller Ressorts so hoch sind, daß auf Jahre hinaus nur ein Bruchteil davon erfüllt werden kann, wobei es sich bei diesen Wünschen zum Großteil um lebensnotwendige Investitionen und existenzsichernde Maßnahmen handelt, bei denen Einsparungen kaum möglich sind.

Wir Sozialisten waren daher immer der Meinung — wir sagen das ehrlich und offen —, daß sich die österreichische Landesverteidigung nach dieser nahezu unabänderlichen Situation zu orientieren hat. Jedwede leichtfertigen Versprechungen auf finanziellem Gebiet sind unehrlich und verhindern längst notwendige Reformen und zielführende Maßnahmen.

Es wird zum Beispiel immer behauptet, daß die sogenannte Wehrmilliarde, die die Regierung vor kurzem beschlossen hat, eine echte zusätzliche Verbesserung für das Bundesheer gebracht hat. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, ist das nur eine Augenauswascheri und Täuschung der Öffentlichkeit, denn die Wehrmilliarde ist nichts anderes als eine aus der Angst geborene nachträgliche Korrek-

tur der fünf schlechten Prader-Budgets seit 1966. Die ÖVP mußte mit Recht befürchten — Sie können es draußen in den Garnisonen feststellen —, daß selbst die Gläubigsten im Bundesheer daraufkommen, daß die politische Führung des Verteidigungsministeriums im Gegensatz zu den großen Versprechungen vor den Wahlen buchstäblich nur mit Wasser kocht.

Wir Sozialisten haben diese Wehrmilliarde im besonderen aber deshalb abgelehnt, weil unserer Forderung nach Vorlage eines mehrjährigen realen Finanzierungskonzepts nicht Rechnung getragen wurde. Die heutige Methode, alle möglichen Geräte anzuschaffen, ohne für eine langjährige Bedeckung zu sorgen, und dann in Schwierigkeiten mit dem Geld und den Firmen zu kommen, kann von uns in keiner Weise gutgeheißen werden. Die sozialistische Fraktion dieses Hauses übernimmt jedenfalls keine Verantwortung für die in dieser Richtung einseitig gegebenen Versprechungen.

Die Angehörigen des Bundesheeres, meine Damen und Herren, haben ein Recht darauf, für ihre ehrlichen Bestrebungen zum Schutze der Grenzen Österreichs dieselbe Ehrlichkeit von seiten der verantwortlichen Politiker zu fordern.

Darf ich in diesem Zusammenhang mit Genehmigung des Herrn Präsidenten einen meiner Ansicht nach geradezu sensationellen Artikel aus der „Wochenpresse“, Nr. 48, vom 26. 11. 1969 zitieren, in dem der Chef der Landesverteidigungsakademie, Generalmajor Emil Spannocchi zu diesem Thema einige sehr interessante Ausführungen macht. Ich darf nur einige Stellen herausziehen. Hier heißt es:

„Das Unbehagen der Militärs über die Konzeptlosigkeit und mangelnde Ehrlichkeit der verantwortlichen Politiker in Sachen Landesverteidigung überschattet die ‚Feldherrensprache‘ nach der ‚Aktion Bärenatze‘.

Die wichtigsten Gründe:

die bei den Herbstmanövern wieder einmal transparent gewordenen Führungsmängel im Bundesheer;

die erste echte Budgetkürzung“ — die erste echte Budgetkürzung — „des Bundesheeres seit 1955 um 200 Millionen Schilling;

das mangelnde ‚Wehrbewußtsein‘ der Politiker, Propagandisten, Publizisten und weitere Teile der Bevölkerung und

nicht zuletzt die Unsicherheit über die Zukunft der Landesverteidigung nach den nächsten Nationalratswahlen.“

Er sagt weiter: „... dazu kommt dann noch die echte Erfahrung im Bundesheer, die weitgehend negativ ist — machen wir uns doch

13976

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Preußler

endlich einmal nichts mehr vor" — sagt Emil Spannocchi, der Chef der Landesverteidigungsakademie —, „es gibt den Leerlauf im Bundesheer, und er ist tödlich für jede Wehrgesinnung.

Das sich ‚langsam‘ aus der Gesellschaft ‚desintegrierende‘ Bundesheer könne nur dadurch wieder eingebunden werden, daß man den Wehrwillen genau erforscht und auch die Gründe für die Ablehnung des Bundesheeres genau untersucht. Dann müßten die Politiker entscheiden, wozu sie sich bekennen wollen. Der dritte Schritt wäre die finanzielle, personelle und organisatorische Konsequenz.“

Und er setzt fort:

„Der Kader reicht qualitativ und quantitativ nicht aus. Wenn die Finanzentwicklung eine Verbesserung der personellen Infrastruktur . . . bis zur Erreichung eines verantwortbaren und glaubhaften Leistungsniveaus nicht erlaubt, so wäre aller Wahrscheinlichkeit nach eben auch hier nur der Weg der radikalen Verkleinerung des ganzen Instruments gangbar.“

So General Emil Spannocchi.

Ich glaube, daß ich über die Person Emil Spannocchis nichts sagen brauche. Er steht uns Sozialisten in keiner Weise nahe. Er hat das auch nicht gesagt, weil wir ihn dazu aufgefordert haben. Aber ich glaube, er scheint nun auch einer der wenigen Generalstäbler des österreichischen Bundesheeres zu werden, die sich endlich ein ehrliches und offenes Wort zu sagen getrauen. Wenn Mannesmut eine Tugend der Soldaten ist, dann sollte das auch andere hohe Verantwortliche dazu bringen, offen und ehrlich ihre Meinung zu sagen. Nur so werden wir zu einer gemeinsamen Verteidigungslinie kommen können. Es gibt im Bundesheer sicherlich genügend fortschrittliche Kräfte, die gern an einer modernen und ziel führenden Verteidigungspolitik mitarbeiten würden.

Darf ich Ihnen noch ein besonderes Beispiel dafür bringen, wieweit die Meinungen der Opposition von denen der Regierung abweichen. Das Verteidigungsministerium hat bereits Ende 1965 — siehe „Salzburger Nachrichten“ vom 29. 12. 1965: „Umorganisation im Verteidigungsministerium“ — versprochen, größere organisatorische Veränderungen im Ministerium mit dem Ziel durchzuführen, eine bessere Koordinierung der Arbeit zwischen den Sektionen zu gewährleisten.

Nun, Hohes Haus, wie schaut das aus? — Eine organisatorische Rationalisierung müßte selbstverständlich auch eine personelle Straffung in ihrem Gefolge haben — siehe Rechnungshofbericht für das Jahr 1968; darüber wird gesondert gesprochen werden. Wenn

Sie, meine Damen und Herren, aber die Entwicklung des Personalstandes des Bundesheeres verfolgen, dann wird Ihnen auffallen, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung seinen Dienstpostenplan stets um ein wesentliches überschritten hat. Man verwendet dort sogenannte Dienstzugeteilte, die man dem Heer entzogen hat, während bei der Truppe der dienstpostenplanmäßige Stand immer unterschritten wurde und unterschritten wird.

Waren es zum Beispiel 1966 im Bundesministerium samt Dienstzugeteilten noch 1180 Bedienstete, so steigt diese Zahl im Jahre 1970 auf 1620, das heißt also, seit 1966 um 37 Prozent. Im gleichen Zeitraum, meine Damen und Herren, sanken die Dienstposten bei der Truppe um 5 Prozent.

Eine Gegenüberstellung der Personalkosten des Bundesministeriums zeigt es noch deutlicher. Es ergibt sich nämlich eine Verdoppelung der Personalkosten. 1966 betrug die Personalkosten 73 Millionen Schilling, 1970 144 Millionen Schilling, also eine Erhöhung um 97 Prozent; im gleichen Zeitraum bei der Truppe eine Erhöhung um 44 Prozent. Ich weiß, daß diese Erhöhung nicht allein auf den Personalstand zurückzuführen ist, sondern auch darauf, daß dort viele höhere Offiziere sind. Ich will darüber aber heute nichts reden; ich habe keine Absicht, zu polemisieren. (*Abg. Gram: Nur reden, warum nicht?*) Diese Posten haben Sie geschaffen, meine Damen und Herren, nicht wir. Aber das will ich nur sagen, damit niemand glaubt, daß ich es etwa übersehen hätte. Entweder man hat den Willen, die Verwaltung zu vereinfachen und zu rationalisieren, dann soll man doch endlich damit beginnen, oder man unterlasse diese ewigen Täuschungsmanöver.

Ich glaube, daß der Großteil der Abgeordneten mit mir übereinstimmt, wenn ich feststelle, daß in erster Linie die Truppe mit dem notwendigen Personal versorgt werden muß und erst in zweiter Linie der seit alters her bekannte Zug zu den höheren Stäben und Kommanden berücksichtigt werden darf. Nicht das Bundesministerium für Landesverteidigung wird den Schutz der Neutralität übernehmen, sondern nur die Truppe selbst. Es gibt in verschiedenen Ländern sehr gute und zweckmäßige Einrichtungen, die den Einsatz des Personals überwachen und verhindern, daß allerorts sogenanntes zugeteiltes Personal herumläuft, das der Truppe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben abgeht.

Die Bestrebungen gewisser höherer Dienststellen, sich mit Personal aus der Truppe zu versorgen, kenne ich schon vom ehemaligen österreichischen Bundesheer vor 1938 her und

Preußler

aus der deutschen Wehrmacht. Dies sollte nicht unbedingt die Richtschnur unseres heutigen neuen Bundesheeres sein. Ich weiß, daß der Zug zu den Stäben durch die Altersstruktur von Offizieren und Unteroffizieren zum Teil gegeben ist. Aber wir sollten nie vergessen, daß der Drang zu den höheren Dienststellen kleiner wird, wenn die verantwortlichen Kompanie- und Bataillonskommandanten in ihrer heute überaus großen Verantwortung für Personal und vor allem für das Material entsprechend finanziell gestellt werden, denn dann wird es auch bei der Truppe für manchen Offizier und Unteroffizier erstrebenswerter sein. Die Einführung der sogenannten K-Wertigkeit ist sicherlich ein guter erster Schritt vorwärts.

Die Meinung, man könnte dann schneller befördert werden, wenn man bei einem Stab oder im Ministerium ist, wäre endlich durch geeignete Maßnahmen zu korrigieren.

Was ich aber hier noch zum Thema Dienstposten anführen möchte, ist die Tatsache, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung im Jahre 1970 120 neue Dienstposten anfordert, obwohl, wie man mir von berufener Seite mitteilt, bis jetzt etwa 1000 Dienstposten unbesetzt sind. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, was hier los ist, denn die Öffentlichkeit hat ein Recht zu hören, was hier gespielt wird: 120 Dienstposten mehr im Zeitalter der Rationalisierung und der angeblichen Personalstraffung und 1000 Dienstposten unbesetzt!

Klage wird auch immer wieder darüber geführt, daß beim österreichischen Bundesheer Tausende von Zivilangestellten — mehr als 10.000 sollen es sein — beschäftigt sein sollen, deren Verwendungszweck manchmal nicht sehr klar umrissen ist. Während es bei vielen Dienststellen zu viele Zivilangestellte gibt, soll es da und dort an Zivilarbeitern in den Lagern, bei der Heizung und so weiter mangeln. Es wäre meiner Ansicht nach nicht schlecht, wenn hier der sogenannte Ersparungskommissär oder dieser Sonderinspektor (*Abg. Steininger: Der „Staubsauger“!*), der sogenannte Staubsauger im Verteidigungsministerium nachprüfen würde, ob es wirklich notwendig ist, daß den Truppenoffizieren und Unteroffizieren, die sich wirklich hart tun im Kampf mit den leider Gottes bestehenden Umständen, so viele Zivilangestellte gegenüberstehen. Auch hier dürfte die Rationalisierung nicht haltmachen.

Ein erster Schritt wäre schon darin zu sehen, wenn man im Rahmen der Verwaltungsvereinfachung der Truppe selbst größere Kompetenzen geben würde. Ich bin der letzte, der sagt: Alles zur Truppe. Es muß eine gewisse Ein-

heitlichkeit gegeben sein. Aber das hat man doch auch versprochen. Das ist auch die Meinung der Generalkommanden und der Truppenkommanden. Ich glaube, man sollte also diese Frage ernstlich prüfen.

Die sozialistische Fraktion dieses Hauses hat im Verlauf der vergangenen 15 Jahre schon so viele Vorschläge gemacht, die nach unserer Meinung für eine gesunde Reform des Bundesheeres und für sein Funktionieren wichtig gewesen wären. Ich wiederhole sie heute nicht, denn sie sind bekannt, und ich bedauere nur, daß es nie zu einem echten Gespräch über diese Vorschläge gekommen ist, wenn manche davon — das gebe ich zu — auch heute noch revolutionär klingen.

Im übrigen wird aber zu diesem Thema noch mein Kollege Mondl sprechen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei kann diese Vorschläge heute und auch morgen ablehnen, aber sie wird nicht verhindern können, daß das Rad der Zeit jene Reformen erzwingt, denen sie jetzt noch ablehnend gegenübersteht.

Heute fordert nicht nur die Sozialistische Jugend Änderungen im System — die Zeit ist vorbei, wo Sie sich darauf ausreden konnten —, sondern auch die Österreichische Jugendbewegung der ÖVP und die Freiheitliche Jugend. Denken Sie nur an die Aktion der Österreichischen Jugendbewegung, vor allem der steirischen Jugend auf dem ÖVP-Bundesparteitag 1969, wo sehr viele ähnliche Gedanken, wie sie die anderen Jugendverbände wälzen, auch in Erscheinung getreten sind („Salzburger Nachrichten“ vom 18. November 1969).

Ich glaube, das sollte man sehr deutlich sagen, weil uns hier die Jugend nicht nur einer Partei gegenübersteht, sondern es vereinigt sich die gesamte Jugend mit gewissen Abstufungen und macht ihre Vorschläge. Sie und wir, meine Damen und Herren, werden die Jugend nicht hindern können, ihre Auffassung über das österreichische Bundesheer zu diskutieren. Das ist in der Demokratie eine Selbstverständlichkeit, solange es im Rahmen der Gesetze bleibt. Je ablehnender wir aber alle ihre Vorschläge behandeln, umso ablehnender wird die Jugend dem Bundesheer gegenüberstehen. Natürlich werden wir nicht alles aufnehmen können, aber wir werden über einiges ernst zu reden haben, denn die Jugend von heute wird in späterer Zeit die Aufgaben übernehmen, die wir jetzt zu erfüllen haben.

Daß eine echte Verteidigungsbereitschaft aber nicht allein auf den Waffen beruhen kann, sondern auch eine geistige Bereitschaft voraus-

13978

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Preußler

setzt, darüber sind wir uns im klaren. Sicherlich ist der Österreicher der Zweiten Republik leichter von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß er seinen Lebensstandard und seine sozialen Errungenschaften verteidigen muß, als dies zum Beispiel vor 1938 der Fall war. Damals vor 1938 — erinnern Sie sich, meine Damen und Herren! — waren die Ausgaben für die Landesverteidigung bei 12 Prozent der Gesamtausgaben des Bundesbudgets, betragen also fast das Dreifache der Gesamtausgaben von heute.

Ich war 1938 zufällig beim Bundesheer eingerückt und habe den März 1938 miterlebt. Damals war kaum jemand bereit — nicht einmal das österreichische Bundesheer, was ich ja selber erlebt habe —, sich für Österreich einzusetzen, weil der fundamentale Grundsatz außer acht gelassen worden war, daß nämlich nur der bereit ist, sein Leben einzusetzen, der dieses Leben auch lebenswert empfindet.

Wir sollten also nie vergessen, meine Damen und Herren — vielleicht besteht da auch ein Konnex, denn ich bin andererseits sehr mit Sozialfragen beschäftigt, das ist mein Lebenselement, vielleicht läßt sich hier auch eine Brücke bauen —, daß die Verteidigungspolitik nicht nur von der wirtschaftlichen Seite betrachtet werden darf, sondern auch in einem besonderen Maße von einer guten Sozialpolitik abhängig ist.

Vor 1938 hat man alle unsere Warnungen in dieser Beziehung unbeachtet gelassen und wohl mehr Geld für die Verteidigung übriggehabt, aber den sozialpolitischen Schutz des Bürgers auf das gröblichste vernachlässigt. Denken Sie daran, daß die große Masse der Arbeiter in Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft damals überhaupt keinen Anspruch auf eine Rente hatte. Das will ich heute nur herausheben. Die breite Masse der arbeitenden Menschen, vor allem die Jugend, war daher nicht bereit, ihr Vaterland mit Überzeugung zu verteidigen.

Meine Damen und Herren! Die geistige Landesverteidigung darf sich nicht darauf beschränken, Seminare mit Lehrern, Bezirkshauptleuten und Beamten abzuhalten. Ich glaube, daß es viel wichtiger wäre — ich hoffe, es werden mir viele von Ihnen zustimmen —, daß wir hier heute zuerst auch in einer menschlich großzügigen Einstellung den Kriegsoffizieren der beiden Weltkriege gegenüberstehen, deren Anliegen noch längst nicht alle im Geiste jener Versprechungen erfüllt worden sind, die man den Soldaten beim Einrücken meistens macht. (*Abg. Libal: Sehr richtig!*) Solange die heutigen Kriegsoffiziere noch um manche grundsätzlichen Rechte kämpfen müssen, demonstrieren müssen, werden die

Söhne dieser Kriegsoffiziere und Heimkehrer, der Kriegsteilnehmer keine Begeisterung für das neue Bundesheer empfinden. Daß auch manche Fragen der Spätheimkehrer — natürlich im finanziell erfüllbaren Rahmen — zu bereinigen sind, gehört auch in dieses Kapitel der geistigen Ordnung, der geistigen Bereitschaft.

Ich darf gerade die Österreichische Volkspartei daran erinnern, daß ihr derzeitiger Bundesparteiobmann, Bundeskanzler Dr. Klaus, noch als Landeshauptmann von Salzburg am 9. Juni 1960 an alle Abgeordneten des Landes die Aufforderung gerichtet hat, tatkräftig an der Bereinigung dieser Fragen mitzuwirken.

Er hat damals geschrieben:

„Herrn Nationalrat Kurt Preußler.

In der Anlage übermittle ich einen vom Heimkehrerverband Österreichs vorgelegten Entwurf für eine Abänderung des Bundesgesetzes ... über die finanziellen Hilfeleistungen an Spätheimkehrer.

Im Sinne des gegenständlich vom Heimkehrerverband Österreichs an mich gerichteten Ersuchens richte ich daher auch an die Herren National- und Bundesräte die Bitte, diesem Anliegen ihre besondere Unterstützung angedeihen zu lassen.“ (*Abg. Libal: Auf das hat er ja schon vergessen!*)

Meine Damen und Herren! Allerdings hat er sich dann als Finanzminister und Bundeskanzler an diese seine eigene Aufforderung und Versprechungen nicht mehr erinnert. Man sollte von Zeit zu Zeit solche Dinge offenbaren und nicht in Vergessenheit geraten lassen. Denn auch das ist ein Teil der Verteidigungspolitik. (*Abg. Weikhart: Das kommt öfters beim Klaus vor!*) Abschließend möchte ich feststellen:

Die heutige Modernisierung der Armee entspricht nicht mehr einer folgerichtig aufbauenden Reform der Landesverteidigung. Einerseits ist man bestrebt, mit für uns neuen und neuartigen Waffen Lücken in einer für das Volk unbegreiflichen Konzeption zu schließen, und andererseits wird oft an Traditionen festgehalten, welche nichts mehr nützen. Einer zielführenden Reform muß vor allem eine der jeweiligen militärischen, technischen und finanziellen Situation entsprechende Standortbestimmung vorausgehen. Es wird eine Überprüfung dieser Dinge laufend erfolgen müssen.

Wenn ich gestern noch zu allem Überfluß — neben den Ausführungen von Emil Spanocchi — in der „Wiener Zeitung“ vom 4. Dezember 1969 las, daß einer der bekanntesten Offiziere, nämlich General Bach, der Gruppenkommandant der Gruppe II in Graz, bei der Eröffnung der Landesverteidigungsakademie,

Preußler

Außenstelle Graz, gesagt hat, die Situation der österreichischen Landesverteidigung sei unbefriedigend und rufe Unbehagen hervor dann, meine Damen und Herren, überlasse ich Ihnen selbst das Urteil. (*Abg. Weikhart: Was sagt denn da der Minister dazu?*)

Wenn Sie aber jetzt noch überlegen, daß am 9. Jänner 1969 der Vorstand und die Offiziersgesellschaft Salzburg unter Mitarbeit eines der höchsten Generalstäbler, die in der Gruppe III vorhanden sind, ein Wehrkonzept entwickelt haben, und daß man auch dort festgestellt hat, daß diese Organisation nicht mehr den Zeiterfordernissen entspricht, sondern daß man sie ändern muß und daß man sich auf die Gegebenheiten einstellen muß, und jetzt sagt, diese Schwächen ergeben sich vor allem aus dem Widerspruch zwischen der Organisation als Einsatzheer und der faktischen Dienstzeit eines Milizheeres, und wenn man feststellt, daß sich die Trennung Ausbildungsheer und Einsatzheer auf den Präsenzdiener in dieser Dienstzeit auswirkt, und wenn man feststellt, daß die finanziellen Verhältnisse nicht geändert werden können, dann, meine Damen und Herren, werden Sie sehen, daß das sehr real ist. Ich möchte sagen: Gerade in diesem Fall, zum Abschluß der Legislaturperiode, habe ich darauf verzichtet, in dieser Richtung polemisch zu wirken.

Ich möchte daher sagen: Die Möglichkeiten in der Landesverteidigung müssen einmal offen und ehrlich zwischen den Fachleuten und in erster Linie zwischen den verantwortlichen Politikern zu Ende gedacht, durchdiskutiert werden. Das erscheint mir, glaube ich, als ganz wesentlich.

Es hat ein hoher Schweizer Offizier über die Schweizer Armee nach dem zweiten Weltkrieg, über ihren heutigen Stand nahezu dieselbe Analyse gegeben. Auch er hat festgestellt, daß die Schweizer Armee, die von 1940 bis 1945 sicherlich einen gewissen Stand entwickelt hat, bestrebt war, ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Er hat aber festgestellt, daß die Schweizer Armee heute, zufolge der Übermächtigkeit gegebener Gegner, durch die Luftüberlegenheit, durch die Überlegenheit der Raketen und durch die Überlegenheit sonstiger Waffen nicht mehr in ihren Formen entspricht, daß sie geändert werden muß.

Ich gebe zu, daß mir beim Lesen dieser Analyse aufgefallen ist, daß unser Bundesheer heute — das will ich also nicht abschätzig oder in irgendeiner negativen Form feststellen — sicherlich moderner organisiert ist und diesen Umständen zum Teil schon Rechnung getragen hat.

Zur Klarstellung sei gesagt, daß wir den Budgetentwurf für das Kapitel Landesverteidi-

gung für 1970 nicht deshalb ablehnen, weil wir gegen das Bundesheer an und für sich sind, sondern weil wir die politische Führung in der Konsequenz auf diese vergangenen Sünden, in der Konsequenz auf diese nicht durchgeführte Rationalisierung, auf das Nichteingehen auf die wirklichen Bedürfnisse nicht anerkennen können. Solange gemeinsame ernst zu nehmende Gespräche über alle mit der Verteidigung zusammenhängenden Fragen ohne Aussicht auf Erfolg bleiben, so lange wir die sozialistische Fraktion dieses Hauses auch eine gemeinsame Verantwortung ablehnen müssen.

Ich möchte hier zum Schluß einen wirklichen Dank an die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten des Bundesheeres für die bisherige treue und brave Pflichterfüllung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zum Ausdruck bringen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich glaube, es sind sehr viele gute Leute darunter; wir verfügen über ein gewisses Kapital, fachliches Kapital; die Leute möchten, aber sie müssen das der politischen Führung überlassen.

Ich möchte ihnen also wirklich dafür den Dank aussprechen und will sagen: Wir hoffen, daß wir gemeinsam zu einer Linie der Landesverteidigung gelangen, bei der man — ohne jetzt zu wünschen, daß der Ernstfall eintritt — sagen könnte: Ganz Österreich oder die Mehrheit der Österreicher steht hinter einer echten, glaubwürdigen und auch durchführbaren Landesverteidigung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marwan-Schlosser. Ich erteile es ihm. (*Abg. Peter: Marschall Stillstand! — Abg. Glaser: Der Peter kommt auch von der Vergangenheit nicht weg!*)

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (ÖVP): Hohes Haus! Herr Präsident! Der Abgeordnete Preußler hat in einer in Richtung auf Polemik sehr mäßig gehaltenen Rede eine Reihe von Punkten behandelt, die ich natürlich nunmehr erklären und widerlegen könnte. (*Abg. Preußler: Schimpfst ja selber immer privat!*) Ich werde mich in meiner Rede auf nur wenige Punkte beschränken. Es ist mir daher nicht möglich, auf jeden einzelnen Punkt einzugehen.

Wenn aber der Abgeordnete Preußler von einem Willensdiktat der ÖVP spricht, so muß ich dem entgegenhalten, daß wir zu jeder Zeit gesprächsbereit waren und daß wir jede Aufforderung, mit uns zu diskutieren, angenommen haben. Jede Frage, die sozialistische Abgeordnete, sei es im Rahmen des Ausschusses oder sonstiger Besprechungen, an den Herrn Minister für Landesverteidigung gestellt haben, ist beantwortet worden.

13980

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Marwan-Schlosser

Zum zweiten möchte ich feststellen, daß dieses Urteil, daß kein entscheidender Fortschritt erfolgt sei, doch ein sehr hartes Urteil ist. Ich werde es mir sehr leicht machen können in meinen Ausführungen, um zu beweisen, daß ein ganz beachtlicher Fortschritt in der Rüstung, in der Ausrüstung und in der ganzen Gestion des Bundesheeres während der letzten Jahre erfolgt ist.

Wenn behauptet wird, der Einsatz des Bundesheeres wäre nicht gewährleistet, so ist auch das wieder ein Pauschalurteil, das man bei genauer Betrachtung nicht gutheißen kann. Es sind natürlich eine ganze Anzahl der Truppen einsatzbereit, soweit sie ausgebildet sind. Daß die eine oder die andere Truppe, die eine oder die andere Einheit, die eine oder die andere Batterie nicht einmal einsatzbereit ist, kann natürlich vorkommen. Aber hier dann ein Pauschalurteil zu fällen, daß der Einsatz des Bundesheeres nicht gewährleistet sei, das geht denn doch zuweit!

Nun, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich zum Budget selbst kommen. Nach der Budgetrede des Herrn Finanzministers, gehalten am 21. Oktober, brachten die Tageszeitungen vom 22. Oktober die verschiedensten Kommentare über den Verteidigungshaushalt 1970.

So schrieb der „Kurier“:

„Als einziger Bereich scheint das Wehrbudget unter die Räder gekommen zu sein. Sieht man vom zweiten Teil der ‚zusätzlichen‘ Wehrmilliarde in der Höhe von 600 Millionen Schilling ab, so schrumpfte der Verteidigungshaushalt um 200 Millionen Schilling.“

Und am selben Tage stellten die „Salzburger Nachrichten“ die Frage:

„Wo sind die restlichen 600 Millionen der Wehrmilliarde? Sie sind einfach ins Budget des Verteidigungsministeriums aufgenommen worden.“

Am 24. November, also rund einen Monat später, formulierte Präsident Walter Urbanek in der „Presse“:

„Es ist zwar gegenüber 1969 ein Plus von 97 Millionen Schilling, aber was hat dieser Zuschuß schon zu bedeuten, wenn sich allein der Personalaufwand für Heer und Heeresverwaltung fast um die genau gleiche Summe erhöhte?“

Ich habe daher auf Grund all dieser und weiterer Zeitungsmerkungen anlässlich der Beratung des Kapitels 40, Landesverteidigung, im Finanz- und Budgetausschuß eine detaillierte Gegenüberstellung der Budgetansätze 1969 und 1970 vorgenommen und vorgerechnet, daß 1970 gegenüber 1969 um 282 Millionen Schilling mehr dem Bundesheer gegeben werden.

Der Herr Bundesminister für Landesverteidigung hat zur Klärung von trotzdem noch in der Debatte aufgeklungenen Auffassungs- und Auslegungsschwierigkeiten im Zuge seiner Antworten und Stellungnahmen zu den Diskussionsbeiträgen meine aufgezeigten Zahlen nochmals untermauert.

Trotzdem meinte eine Tageszeitung am nächsten Tag etwa so: „Na ja, da mögen 1970 schon um 282 Millionen mehr für das Bundesheer gegeben werden — aber da hat man wahrscheinlich die Beträge für die militärischen Bauvorhaben aus dem Kapitel Bauten dazuaddiert.“ Aus diesem Grunde möchte ich hier nochmals die rechnerische Darstellung der Budgetansätze 1969 und 1970 wiederholen. Zuerst ist festzuhalten, daß die „Wehrmilliarde“ als eine Sonderaktion der Bundesregierung aus den Ansätzen auszuklammern beziehungsweise abzuziehen und gesondert darzustellen ist.

Im Budget 1970 sind ausgewiesen 4134 Millionen, hievon ist der auf das Verteidigungsressort entfallende Teil der 2. Tranche Wehrmilliarde abzuziehen, das sind 132 Millionen, so ergibt das einen Normalbudgetanteil von 4002 Millionen.

1969 betrug der Normalbudgetanteil nach Abzug der 317 Millionen 1. Tranche Wehrmilliarde Landesverteidigungsanteil 3720 Millionen, somit beträgt die Differenz zwischen 4002 Millionen und 3720 Millionen, die von mir erwähnten 282 Millionen mehr für das Bundesheer. Wenn also General Spanocchi sagt, es seien 200 Millionen weniger, so hat er wahrscheinlich die Zusammenhänge im Budget nicht studiert. (*Abg. Preußler: Ein hartes Urteil über einen General!*)

Nun zur Wehrmilliarde. Hier gleich zu Beginn eine Feststellung. Die Wehrmilliarde war von Anfang an als eine Sondermaßnahme vorgesehen und ist somit, Abgeordneter Preußler, im Gegensatz zu deiner Auffassung eine echte Zusatzleistung.

Als zweite Feststellung: Die Wehrmilliarde wird, wie heuer im Frühjahr gefordert, innerhalb von zwei Jahren erfüllt. Es wird der volle Betrag dieser Wehrmilliarde im Jahre 1970 wirksam. Die Bestellungen erfolgen im ganzen Umfang der Wehrmilliarde.

Die zahlungsmäßige Erfüllung ist vorgesehen in drei Tranchen. Die erste Tranche 1969 mit insgesamt 391 Millionen, wovon auf das Verteidigungsministerium 317 Millionen und auf das Bautenministerium 74 Millionen entfallen.

Die zweite Tranche 1970 mit insgesamt 223,5 Millionen, wobei auf das Verteidigungsministerium 132,5 und auf das Bautenministerium 91 Millionen entfallen.

Marwan-Schlosser

Die dritte Tranche mit 385,5 Millionen, somit ergibt sich 1 Milliarde.

Im Sinne der Regierungserklärung aus 1966 wurde und wird diese Wehrmilliarde fast zur Gänze im Inland wirksam. Bis auf einen geringen Betrag werden nur österreichische Firmen zur Auftragsvergabe herangezogen, und es belebt daher dieser Geldmitteleinsatz unsere österreichische Wirtschaft und kommt damit auch in direkter Folge unserer Arbeitnehmerschaft zugute, vor allem mit Haupteffekt unserer Autoindustrie.

Der Großteil der Wehrmilliarde wird zur Umrüstung der Heeresmotorisierung verwendet. Insgesamt wurden 1969 2000 Kraftfahrzeuge verschiedener Typen bestellt und wird im Jahre 1970 die Heeresmotorisierung durch den Ankauf weiterer 1000 Kraftfahrzeuge komplettiert, vor allem durch geländegängige Lastkraftwagen, geländegängige Spezial-Lastkraftwagen, Kombi-Pkw, Kranwagen, Busse und Kräder.

Es werden die Firmen Steyr, Saurer, Gräf & Stift, OAF zu Lieferungen herangezogen.

Allein durch die Indienststellung der bestellten Steyr 680 M und M3 wird gegenüber der gleichen Zahl der auszutauschenden überalterten GMC eine Treibstoffkostensparnis von 6,2 Millionen pro Jahr eintreten.

Der wirtschaftliche und militärische Vorteil dieser Umrüstung möge noch durch zwei Vergleichszahlen deutlich gemacht sein:

Ein GMC benötigt 430 S Aufwand pro 100 km, ein Steyr-Diesel 680 M nur 110 S. Das ist der wirtschaftliche Vorteil. Der Aktionsradius für eine Tankfüllung beträgt beim GMC 150 km, beim Steyr-Diesel 450 km. Das ist der militärische Vorteil.

Der Einsatz der Mittel aus dem Sonderprogramm der Wehrmilliarde ist selbstverständlich abgestimmt auf die Rüstungsvorhaben, die aus dem Normalbudget zu bedecken sind, und die Beschaffungen wurden mit dem bestehenden langfristigen Rüstungskonzept koordiniert.

Die militärische Planung arbeitet, obwohl dies immer wieder von Sprechern der Oppositionsparteien bestritten wird, nach einem langfristigen, nach Schwerpunkten orientierten Konzept, nach einem Rahmenplan, der auf zehn Jahre erstellt ist und jedes fünfte Jahr überarbeitet wird. Innerhalb dieses Planes laufen dreijährige Beschaffungsprogramme, die jährlich um ein weiteres Jahr vorrücken.

Es wäre jetzt verlockend, um den erreichten effektiven Erfolg einmal der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, den mehrseitigen Bericht über die wesentlichen Anschaffungen von Waffen und Gerät während der Jahre 1966

bis 1969 vorzulesen. Mit Rücksicht auf verschiedene Umstände und aus Zeitgründen will ich nur eine kurze, in Gruppen zusammengefaßte Darstellung geben:

Luftstreitkräfte: Die bisherige Typenvielfalt der Fluggeräte wurde und wird noch durch den Ankauf von Hubschraubern und Flächenflugzeugen gleicher Typen beseitigt, was auch geldsparende Auswirkungen auf Instandsetzungsdienste, Bevorratung, Ausbildung, Werkstatteinrichtungen und so weiter bewirkt.

Die Überwachung des Luftraumes wurde durch die Fertigstellung der Großraumradarstation Kolomansberg eingeleitet. Zur Verbesserung der Luftraumüberwachung wurde eine zweite mit mobilen Radargeräten ausgestattete Flugmeldekompanie aufgestellt. Die Einbeziehung der zivilen Radarstationen in die militärische Luftraumüberwachung ist im Gange. Das Flugfunksystem wird 1970 und 1971 mit der ersten Phase ausgebaut. Zur Verbesserung des Truppenluftschutzes gegen Tiefflieger wurden Feuereinheiten der 3,5 cm Orlikon-Flak in den Dienst gestellt. Sowohl zur Tieffliegerabwehr und zur Erhöhung der Feuerkraft im Erdkampf wurden 2 cm Orlikon-Flak angeschafft. Zur Leitung der Einsätze der Militärluftfahrzeuge wurde eine Einsatzzentrale errichtet.

Um die Schlagkraft der Artillerie zu erhöhen, wurden den Artillerieabteilungen der Jägerbrigaden schwere Feldhaubitzen zugeführt. Die Artillerieverbände der Gruppen bekamen schwere Feldkanonen und RAK-Werfer. Die bisher in Verwendung stehenden Panzerhaubitzen werden 1970 durch die moderne Panzerhaubitze M 109 ersetzt.

Feldheer und Landwehr wurden mit Panzerabwehrrohren CARL Gustav und LAW M-72 ausgerüstet. Diese Waffen können sowohl Hohlladungs- wie auch Sprenggranaten verschießen. Die Entwicklung des Panzerjägers K ist abgeschlossen und geht in Serienproduktion. Das Schützenpanzerprogramm ist abgeschlossen. Die rPak wurde auf Radlafetten gesetzt. Panzerminen wurden beschafft.

Die Pioniertruppen erhielten 25- und 50-Tonnen-Fähren, welche auch für Katastrophenfälle zur Verfügung stehen. Darüber hinaus erfolgte eine weitere Aufstockung der Pionierausrüstung an Wasserfahrzeugen, Pioniermaschinen, Sperrmaterial und Werkzeugensätzen.

Die erste Phase der Umrüstung der Teiltruppe mit dem Ziel einer Modernisierung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit vor allem auf dem Funksektor ist abgeschlossen. Mit den Arbeiten am Fernmeldegrundnetz und einem umfassenden Führungssystem

13982

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Marwan-Schlösser

wurde begonnen. Durch die neuen Kraftfahrzeuge konnte die Beweglichkeit der Fernmeldekräfte erhöht werden.

Der Ausbau von festen Anlagen zum Schutze unserer Grenzen wurde vorangetrieben, einige Neubauten konnten errichtet werden an Schulen und Kasernanlagen, Werkstätten, Munitionslagern und Hangars. Aus dem Sofortprogramm werden Flugplatzanlagen und so weiter verbessert.

Herr Abgeordneter Preußler! Ich glaube, daß diese Darstellung doch ein sehr beachtlicher Leistungsbericht ist, vor allem im Hinblick auf die Rüstungsvorhaben, die mit geringen Mitteln durchgeführt werden mußten.

Ein zielbewußter und zielstrebigter Schwerpunkt im Wirken des Herrn Ministers Doktor Prader war und ist der Ausbau des Reserveheeres und im Rahmen desselben im besonderen die Vorsorge für die Landwehr.

Eine ganze Reihe von gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen sind hier während der letzten Jahre geschehen. Aus der Erkenntnis heraus, daß das aktive Heer für die Bewältigung eines Verteidigungsfalles, aber auch eines größeren Katastrophenfalles nicht ausreicht, hat Minister Prader den Mobilmachungsbestimmungen und den MobVorarbeiten sein besonderes Augenmerk zugewandt.

Die Möglichkeit einer jahrgangweisen Einberufung zum außerordentlichen Präsenzdienst und der Einberufung nach territorialen und ausbildungsmäßigen Gesichtspunkten wurde mit Bundesgesetz 185/1966 und 274/1969 geschaffen. Ebenso wurde das Militärleistungsgesetz als die Basis für die im MobFall notwendige materielle Aufstockung beschlossen. Während die ersten Einheiten des Reserveheeres im Rahmen des Grenzschutzkonzeptes 1961/62 aufgestellt wurden, erfolgten seit 1965 die Aufstellungen im Rahmen von Instruktionen in großem Umfang. Allein im Jahre 1969 wurden fast 80 neue Reserveeinheiten zwecks Komplettierung der Reservebrigaden, zur Auffüllung des aktiven Heeres und zur Stärkung der territorialen Verteidigungsorganisation aufgestellt. (*Abg. Libal: Du verrätst ja Geheimnisse!*) Auf jede Frage wurde Antwort gegeben, wahrscheinlich wurde nicht danach gefragt!

Das Bundesheer kann schon derzeit nach Mobilmachung ein Mehrfaches der Stärke des aktiven Heeres erreichen. Die Landwehr umfaßt derzeit über 100 Einheiten nebst Regiments- und Bataillonsstäben.

Die Ausbildung der Reservisten wurde intensiviert. Die Zahl der Inspektionen und Instruktionen ist im Steigen: 1966 wurden

21.000 Mann, 1967 34.000, 1968 35.000, 1969 40.000 Mann der Reserve eingezogen. Seit heuer werden auch Achttage-Instruktionen durchgeführt.

Jede dieser Inspektionen und Instruktionen — und das muß doch eine Beruhigung für die Bevölkerung und die Öffentlichkeit sein — ist eine Art kleine Mobilmachung, die zwar zeitlich vorgeplant ist und nicht überraschend kommt. Sie ist aber eine Überprüfung der materiellen und personellen MobVorarbeiten, wobei lediglich die Kraftfahrzeugergänzung nicht überprüft wird.

Zu dem nach Alarmierung ausgeschiedenen aktiven Kader tritt der Reservekader zu einer gemeinsamen kurzfristigen Einweisung und Schulung zusammen. Nach Hinzuziehung der Reservisten erfolgt nach durchgeführter Inspektion eine gemeinsame Ausbildung im Einheitsverband, aber auch je nach Umfang im Rahmen eines Truppenkörpers, also die Instruktion. Den Abschluß bildet die Demobilmachung. Das Verhältnis der zurzeit zu Inspektions- und Instruktionsübungen einberufenen Reservisten ist rund drei Viertel Angehörige des Feldheeres zu einem Viertel der Landwehr.

Ich hatte im Verlaufe meiner diesjährigen freiwilligen Waffenübung Gelegenheit, solche Inspektions- und Instruktionsübungen bei zwei verschiedenen Jägerbataillonen mitzerleben. Ich war sehr beeindruckt davon, wie schnell sich die Soldaten des Reservestandes in ihre Aufgabe hineingestellt haben und mit welchem Pflichtbewußtsein sie es ernst nahmen. Eine sichtbare Wandlung trat gleich nach der Einkleidung und dem ersten Antreten ein. Die Scharfschießübung im Brucker Lager absolvierten sie mit sichtbarer Freude. Es wurde mit allen Infanteriewaffen geschossen, und die Schießserfolge waren sehr erstaunlich, da doch manche Reservisten bis zu zehn Jahren zum ersten Mal wieder übten.

Bei der anschließenden mehrtägigen Gefechtsübung im Bataillonsrahmen gaben die Reservisten ihr Bestes. Natürlich waren Ausbildungsmängel da und dort zu beobachten. Doch sehr willig und einfühlungsfreudig nahmen unsere Reservesoldaten belehrende Aufklärungen zur Kenntnis. Wenn ich dazu noch berichte, daß bei der einen mehrtägigen Übung die übende Truppe durch Schneefall überrascht worden ist, obwohl Mitte April eigentlich damit nicht gerechnet war und auch die Ausrüstung nicht dafür ausgegeben war, so murkte niemand. Abends meinten nur einige zu mir: „Na, nachtsüber sollte doch der Krieg etwas unterbrochen werden, damit wir wenigstens einige Nachtstunden in einem Raum unterkriechen können.“ Was auch geschah.

Marwan-Schlosser

Die diesjährigen Herbstmanöver im Bereich der Gruppe I haben erstmals Reservereinheiten und Landwehrverbände in größerem Umfang im Einsatz gesehen. Mit der Einführung der achttägigen Inspektions- und Instruktionsübung konnte also erstmals eine Art Pflichtwaffenübung, und diese im größeren Verbände absolviert werden. Über „Bärentatze“ haben die Tageszeitungen eingehend berichtet; so kann ich mir es hier ersparen, über den „Übungszweck“ und den abschließenden „Lob und Tadel“ dieser Manöver eingehender zu sprechen. Ich möchte aber erwähnen, daß an diesem Manövergeschehen 12.000 Soldaten, darunter rund 2700 Angehörige der Landwehr, teilgenommen haben.

Ich bin der Meinung, daß die heutige Debatte Anlaß gibt, unserer Jugend und vor allem den Reservisten einen Dank auszusprechen, einen Dank und eine Anerkennung, daß sie ihren Wehrdienst fast ausnahmslos pflichtbewußt erfüllen und sie damit in ihrer großen Masse ihre positive Einstellung zu unserem Vaterland bekunden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Umsomehr wende ich mich gegen den Ausdruck des Abgeordneten Preußler, es gebe ein „unösterreichisches“ Bundesheer. Preußler meinte, wohl damit, weil er im Zusammenhang mit der Jugend und Problemen der Jugend zu Wehrfragen ausgedrückt hat, die Jugend wünscht sich ein anderes Image beim Bundesheer. Aber man kann doch nicht sagen, daß unser Bundesheer ein „unösterreichisches“ Bundesheer sei. Diesen Ausdruck muß ich schärfstens im Interesse unseres Bundesheeres zurückweisen. *(Abg. Preußler: Das habe ich gar nicht gesagt, was hast du denn da gehört?)* „Unösterreichisches Bundesheer!“ *(Abg. Preußler: Das ist doch nicht wahr, du bist ein Erfinder!)* Ich werde es im Protokoll nachlesen.

Ich darf mich nun Fragen, das Präsenzheer betreffend, zuwenden. Seit Feber 1968 werden hier im Hause sogenannte Kontaktgespräche durchgeführt. Am 26. November fand das 50. Kontaktgespräch zwischen jungen Präsenzdienern und Abgeordneten des Hauses statt. Im Rahmen des Unterrichtes über Staatsbürgerkunde nehmen 17 Soldaten des Bundesheeres an der jeweiligen Plenarsitzung des Nationalrates teil. Sie verfolgen zwei Stunden lang von der Galerie aus die Verhandlungen im Hohen Hause. Im Anschluß daran diskutieren sie eine Stunde lang mit Abgeordneten der drei Fraktionen. So wird den jungen Männern Gelegenheit gegeben, über alle sie interessierende Probleme des öffentlichen Lebens Fragen stellen zu können und diese mit den Abgeordneten durchzudiskutieren. Ich

kann sagen, daß sich diese Kontaktgespräche sehr bewährt haben, und diese tragen sicher dazu bei, in unserer Jugend die Überzeugung zu verbreiten, daß der persönliche Kontakt mit den gewählten Abgeordneten zweckvoll ist. Diese Gespräche sind von beiderseitigem Nutzen. Die Soldaten können sich mit den Überlegungen und Gedankengängen der Parteivertreter vertraut machen, und die Abgeordneten greifen so manche Anregung auf, die sie in ihren Arbeitsbereichen fruchtbringend verwerten können.

Die von mir gesammelten Erfahrungen sind, daß die Jugend sehr wohl sehr interessiert ist an allen Fragen ihres Staatslebens, sie tut mit, wenn sie aufgefordert wird, und ist diskussionsfreudig und meist klar in ihrer Meinungsbildung und scharf in der Kritik. Es werden nicht nur militärische Fragen besprochen, oft sogar keine einzige, meist solche der öffentlichen Lebensbereiche.

Sehr oft wird von den Soldaten das Thema Wehrdienstzeitverkürzung auf den Diskussionstisch gelegt; es wird diese Frage meist an die Vertreter der SPO-Fraktion gerichtet.

Die Antworten der SPO-Abgeordneten lauten in letzter Zeit etwa so: Wir haben einen „flexiblen Plan“, wir wollen und müssen hier flexibel bleiben.

Konkreter drückte sich ein anderer SPO-Sprecher aus: Ja, die Ausbildungszeit der Infantristen würd man zusammendrängen können, man wird Grenadiere und Jäger in sechs Monaten ausbilden können; aber natürlich die Angehörigen der technischen Truppen werden neun, ja vielleicht zwölf Monate dienen müssen.

Die Jungmänner drängen darauf gleich mit kritischen Zusatzfragen nach. Etwa wie: Ja, wer hat dann nur sechs Monate zu dienen, und wer muß neun oder zwölf Monate ableisten?

Da versucht man dann auszuweichen und meint, daß ein Teil des Bundesheeres eventuell Berufsheer sein werde.

Auch hier kommt die kritische Gegenfrage: Werden sich genug Berufssoldaten melden? Es melden sich doch jetzt schon zuwenig zur Polizei, Gendarmerie, als Lehrer und überhaupt in die Staatsdienste?

Schon offener und ehrlicher äußerten sich vor wenigen Tagen SPO-Abgeordnete, indem sie konkret zugaben: Wir haben das SPO-Wehrkonzept noch nicht fertig, unsere Experten arbeiten noch an dem Wehrkonzept. Nach dem Wahlausgang werden wir an Lösungen herangehen, das Konzept ist noch nicht durchkonstruiert, es wird vielleicht ein gemischtes System geben.

Marwan-Schlosser

Ich kann mir schon vorstellen, daß es in der Sozialistischen Partei Kräfte gibt, die sich gegeneine reine wahlopportune Aussage stemmen — und das anerkenne ich —, weil sie sich bemühen, die staatspolitische Tragweite in ihre Verantwortung miteinzuflechten.

Mir kommen solche Ausbildungsdiskussionen um die Wehrdienstzeit etwa so vor, als wolle man ein Pferd von der Krupp her aufzäumen.

Der Hauptzweck des Bundesheeres ist doch vorerst nicht die Ausbildung. Die Ausbildung ist sekundär und eine zwangsläufige Folge des eigentlichen Zweckes des Bundesheeres. Der Zweck des Bundesheeres ist, einsatzbereit zu sein für den Schutz und für die Verteidigung unserer Souveränität und die Wahrung unserer Neutralität sowie auch für Hilfeleistungen bei Katastrophenfällen größeren Umfangs.

Es muß doch daher zuerst die Frage diskutiert, beantwortet und entschieden werden, ob man über sofort einsatzbereite Verbände verfügen will, die ohne Mobilmachung — also einfach über Alarmierung — eingesetzt werden können, oder ob man sich damit begnügt, daß man erst nach langwieriger Mobilmachung, erst nach längerer Zeit locker zusammengesicherte Einsatzkräfte zur Verfügung hat.

Wenn man die Frage bejaht, daß man über sofort einsatzbereite Verbände verfügen können muß, dann kann man die Soldaten nicht unmittelbar nach ihrer Ausbildung nach Hause entlassen, sondern man muß diese eben so lange unter Waffen halten, bis die Nächsteingeringten in ihrer Ausbildung so weit sind, daß sie eingesetzt werden können.

Dies ist die eine Seite der staatspolitischen Entscheidung, die niemals Militärs zu entscheiden haben. Für diese Entscheidung ist allein der Politiker zuständig, und der Politiker hat für sie die alleinige und volle Verantwortung zu tragen. Bei seiner Entschlußfassung hat der Politiker aber auch die zweite Seite der Medaille zu betrachten und zu beurteilen, nämlich die Erfüllung seiner von ihm selbst freiwillig übernommenen Verpflichtungen der immerwährenden Neutralität.

Die Effektivität der immerwährenden Neutralität aber kann er nicht nach eigenem Ermessen und Gutdünken und noch weniger willkürlich beurteilen. Er hat sich hiebei an das international gültige Völkerrecht zu halten. Der immerwährend Neutrale hat sich zur Erfüllung seiner Neutralitätsverpflichtungen nach den militärischen Anstrengungen seiner vergleichbaren Anrainerstaaten zu orientieren. Erst nach Beurteilung der Effektivitäts-

verpflichtungen und der Entscheidung, ob Alarm- oder nur MobTruppen nötig sind, kann über die Dauer der Wehrdienstzeit unter Einbeziehung der für die Ausbildung notwendigen Zeitspanne entschieden werden.

Ganz unverstänglich ist mir ein Ausspruch Dr. Kreiskys, den er in einem Österreich-Gespräch am 22. November 1967 getan hat. Er sagte: „Wir Sozialisten fordern, daß man auf ein Jahr die Einberufungen einstellt.“

Hinsichtlich der Ausbildungszeit bekennen wir uns dazu, daß die Ausbildung eine solide sein muß, schon im Interesse des Mannes selbst, aber auch im Hinblick auf den erhofften Abschreckungs- und allenfalls auch Abwehrerfolg. Wir meinen, daß nicht nur die Ausbildungszeit, sondern auch die gesamte Dienstzeit sinnvoll gestrafft und 100prozentig ausgenutzt werden muß. Es wird daher noch mehr als bisher dafür gesorgt werden müssen, daß gutes Ausbildungspersonal, ausreichendes Ausbildungsgerät und eine Entlastung der Truppe von nicht zweckdienlichen Aufgaben erwirkt wird. Es muß alles getan werden, damit kein Soldat das Gefühl hat, seine Dienstzeit zeitweilig nutzlos oder unzumutbar vertan zu haben.

Bezüglich des Kaderpersonals kann ich den Ausführungen des Generals Spanocchi folgen, die bereits Herr Abgeordneter Preußler zitiert hat.

Zur Bewältigung dieser Hauptmaterie möchte ich zu Begleitumständen innerhalb von Teilbereichen Stellung nehmen, so wie ich die Problematik sehe. Die Einheits- und Verbandskommandanten ersticken meist im Verwaltungsdienst. So klagen sie zumindest, sie seien zuviel mit Verwaltungsaufgaben überlastet und könnten sich daher den Ausbildungsaufgaben zuwenig widmen. Es gilt daher, sie zu entlasten, und bei Erstellung der nächsten Dienstpostenpläne wird wohl wieder neben dem Wirtschaftsunteroffizier ein eigener Kanzleiunteroffizier systemisiert werden müssen. Es wird alles zu unternehmen sein, um den Grundsatz zu verwirklichen: Ausbildung muß vor Verwaltung Vorrang haben! Zur Methode der Ausbildung meine ich, daß sich kein Ausbilder etwas vergibt, wenn er den Ausbildungszweck lehrt, erklärt und erläutert. Es ist falsch, wenn ein Ausbilder den Ausbildungszweck und das Ausbildungsziel nicht so durchbespricht, daß der Auszubildende für das zu Erlernende Verständnis findet. Der Jungmann muß zumindest das Gefühl haben, wenn schon nicht die Überzeugung, daß das, was man ihn lehrt, ihm zugute kommt, auch seinen Kameraden dient und letzten Endes das Wohl seines Volkes und Vaterlandes miteinbezieht.

Marwan-Schlösser

Ich habe mit größtem Interesse das zehnpunkte umfassende Arbeitsprogramm des Vereins sozialistischer Mittelschüler gelesen. Wenn die sozialistischen Mittelschüler im Punkt 8 keinen Exerzierdienst in Österreichs Kasernen verlangen und den Drill ablehnen, so möchte ich hier ein kleines Erlebnis aus meiner Ausbilderzeit schildern:

Ich war auch der Meinung, man müsse die Einjährig-Freiwilligen nicht den Drill lehren, sondern mehr auf den Verstand Wert legen. Die erste Inspektion durch den Infanteriebrigadier ergab aber, nur auf den Befehl-Laufwechsel, daß bei neun, die den Laufwechsel durchzuführen hatten, trotz Wissens die Praxis gefehlt hat und der Laufwechsel dadurch nicht rasch genug durchgeführt werden konnte. (*Abg. Herta Winkler: Ich sage: Es ist wirklich schwer, die Heimat zu schützen, wenn man den Laufschrift nicht beherrscht! — Allgemeine lebhaftes Heiterkeit. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Sie verstanden „Laufschrift“, ich sagte: „Laufwechsel!“ Gnädigste! Man soll nicht reden, wenn man nichts davon versteht. Der Laufwechsel dient zum Schießen, nicht zum Laufen. Nicht wahr, Gnädigste?

Und wenn die sozialistische Mittelschüler-schaft im Punkt 10 dafür eintritt, daß ein Befehl, der von der Mehrheit der Untergebenen schlecht geheißen wird, nach seiner Ausführung kritisiert und im Wiederholungsfall verhindert werden kann, so ist das wohl eine unerfüllbare Forderung. Das wird jeder Soldat, jeder Feuerwehrmann und auch jeder Arbeiter verstehen, der mit anderen Kameraden an einer Maschine zur gemeinsamen Bedienung eingesetzt ist.

Ich glaube, daß diese angezogenen Probleme für die Jugend so liegen, wie sie in vielen Bereichen des Lebens, auch in der Truppenführung sind. Die höchste menschliche Kunst ist es: Wie verpacke ich das zu Fordernde und wie sage ich es meinen Kindern? Das ist etwas, worüber man zur Menschenführung reden und lehren kann, aber das notwendige Fingerspitzengefühl muß der jeweils Verantwortliche selbst aufbringen.

Abschließend zu diesem Abschnitt meiner Ausführungen möchte ich noch vor dem Hohen Hause hier festhalten, daß der derzeit gültige Organisationsplan des Bundesheeres im Landesverteidigungsrat sehr lange eingehend und gründlich durchberaten worden ist und daß alle im Landesverteidigungsrat vertretenen Parteien der Regierung empfohlen haben, dieses Organisationschema anzunehmen. (*Abg. Mondl: Nicht wahr!*) Mit dieser Empfehlung haben daher die Vertreter der hier im Hause befindlichen Parteien auch alle die

damit verbundenen Folgerungen und Folgen gutgeheißen. Das Organisationschema wurde am 19. März 1968 vom Ministerrat beschlossen. Diese Feststellung halte ich deswegen für wichtig, weil aus dem Organisationschema heraus die finanziellen, materiellen und personellen Anstrengungen ersichtlich sind, die Österreichs Regierung und Parlamentarier damit auf sich genommen haben.

Es wäre für mich sehr verlockend, noch einen Themenkreis, der mir sehr nahe liegt, anzuschneiden: die Luftraumverteidigung. Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit werde ich mir erlauben, zu einem späteren Zeitpunkt darüber zu sprechen.

Ich möchte daher zum Schluß kommen und folgendes sagen: Gegen Schluß des niederösterreichischen Landtagswahlkampfes kam ein Plakat mit dem Text: „Nicht diffamieren, an die Zukunft denken!“ Wir hätten es sehr gerne gesehen (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weichs: Das war sicher nicht von euch!*), wenn dieser Standpunkt, nicht zu diffamieren, von der Sozialistischen Partei schon während der letzten Jahre befolgt worden wäre. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Peter: Die ÖVP soll den Tag nicht vor dem 1. März 1970 loben! — Weitere Zwischenrufe.*)

Wenn ich nun einiges den sozialistischen Kollegen vorhalten muß, dann tue ich es nicht, um zu diffamieren, sondern ich lasse lediglich Tatsachen sprechen, und zwar betreffend die Finanzierung des Bundesheeres.

In der 63. Sitzung am 1. 12. 1964 mußte Minister Prader sehr dagegen kämpfen, daß die Forderung der Sozialistischen Partei auf Kürzung von 700 Millionen nicht wirksam geworden ist. Im Frühjahr 1966 gab es beim Bundesfinanzgesetz, Artikel II, eine Verfügungsermächtigung an den Finanzminister für 500 Millionen. Die SPÖ verlangte die Streichung dieser Ermächtigung. Sie hat gesagt, man solle dafür Eisenbahnwaggons kaufen. In der 95. Sitzung am 6. 3. 1968, als es um die erste Freigabe des Eventualbudgets ging und 100 Millionen für das Bundesheer vorgesehen waren, machte die SPÖ einen Gegenvorschlag und verlangte, daß dem Bundesheer nichts gegeben wird.

Im Juli 1969 stand die Wehrmilliarde, erster Teil, hier im Hause zur Diskussion. Eine Regierungsvorlage wurde am 17. April 1969 eingebracht. Bereits am 9. Mai erklärte Abgeordneter Dr. Kreisky, die SPÖ werde der Wehrmilliarde niemals ihre Zustimmung geben. Erst am 4. Juni wurde diese Wehrmilliarde im Ausschuß beraten. Dort hat der Herr Abgeordnete Weikhart gefragt: Was wollt ihr denn dafür kaufen?

13986

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Marwan-Schlosser

Ich will das nur deswegen sagen, weil man sonst immer von ernststen Beratungen spricht und uns mahnt, man solle viel ernster beraten. Hier ist ein eklatantes Beispiel, das zeigt, daß man gar nicht bereit ist, auf Beratungen einzugehen, und man gar nicht wissen wollte ... (*Abg. Weikhart: Man wird doch noch fragen dürfen!*) Herr Abgeordneter Weikhart! Ich erläutere nur, daß es nicht klug war, schon vorher abzulehnen, bevor man noch wußte, was überhaupt damit geschehen werde, und man sich Monate hindurch dafür nicht interessiert hatte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

So komme ich zum Abschluß. Über das Budget 1970, also über das zu beratende Budget, äußerte sich laut „Sozialistischer Korrespondenz“ vom 21. 10. der Abgeordnete Androsch — das steht hier, von der „Sozialistischen Korrespondenz“ ausgesandt —, Wirtschaftsexperte des sozialistischen Abgeordnetenklubs: Das Budget enthält viel zu wenig Mittel für Investitionen, für die Eigeninvestitionen des Bundes. Für Bauten und für die Ausrüstung des Bundesheeres sind nur um 300 Millionen Schilling mehr als 1966 vorgesehen. 11 Milliarden insgesamt.

Also, was will die SPÖ wirklich? Hier wird gefordert, noch mehr herzugeben — eine klare Forderung —, und auf der anderen Seite sagte heute der Abgeordnete Preußler — ich habe es nur mitstenographiert; vielleicht ist ein Hörfehler drinnen, aber ich kann ja nachher im stenographischen Protokoll nachsehen —: Die SPÖ übernimmt keine Verantwortung für das Budget. — Diese Erklärung habe ich auch erwartet. Die Österreichische Volkspartei wird daher in ihrer staatsbewußten Verantwortung auch die Verantwortung für dieses Budget übernehmen (*Zwischenruf bei der SPÖ: Muß! Muß! — Abg. Peter: Es nimmt niemand an, daß sie sich um diese Verantwortung drücken will!*) und ihm zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach dem letzten Satz des Kollegen Marwan-Schlosser scheint Prader wieder gerettet, weil sich die Österreichische Volkspartei doch bereit erklärt hat, die Verantwortung für dieses Budget zu übernehmen. Ich weiß nicht, ob das in Ihrer Fraktion zur Diskussion gestanden ist. Wir haben es an und für sich angenommen. Aber Sie haben es offenbar für notwendig befunden, diese Feststellung zu treffen.

Meine Damen und Herren! Die heutige Diskussion über die Landesverteidigung findet leider um einen Tag zu spät statt. Wir hätten

gestern Anlaß gehabt, einen Gedenktag zu feiern, und zwar den 175. Gedenktag der österreichischen Luftabwehr. Wie aus einer Information — ich nehme an, des Ministeriums oder einer dem Ministerium nahestehenden Stelle — hervorgeht, blickt die österreichische Luftabwehr auf die immerhin stolze Tradition aus dem Jahre 1794 zurück. Es ist historisch sicherlich richtig, daß man damals schon mit irgend etwas in die Luft geschossen hat. Nur hat man offenbar im Ministerium übersehen, daß sich inzwischen in Österreich die Luftwaffe etwas schneller entwickelt hat als die Luftabwehr, die offenbar noch sehr nahe dem Datum 1794 stehengeblieben ist.

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Abend der Alleinregierung Kraus, Klaus. (*Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) Das war ein echter lapsus linguae. Es ist das letzte Budget, das sie dem Hause vorlegt, ein Budget, mit dem sie schon weitgehend eine nächste Regierung bindet. Aber ich glaube, das liegt in der Natur der Sache. Wir müssen irgendwo die Bilanz ziehen, was in diesen Jahren gelungen ist, was geändert werden konnte, was verbessert werden konnte.

Und hier — mit Blickrichtung auf das Gebiet der Landesverteidigung — müssen wir feststellen — und ich möchte hier heute gar nicht die Stimmen der Freiheitlichen allein zitieren —, daß der Optimismus, den der Sprecher der Regierungspartei, Kollege Marwan-Schlosser, an den Tag gelegt hat, nur von einer verschwindenden Minderheit im Verteidigungsministerium unter den Militärs geteilt wird. Herr Kollege! Der Optimismus, der den Minister Prader auf seinem Weg immer wieder gestärkt hat, dieser Optimismus, dieses Hinausposaunen in die Öffentlichkeit: Es ist alles in Ordnung in unserem Bundesheer, und jeder, der kritisiert, ist geradezu ein Hochverräter!, und die Äußerung: Wir brauchen nichts mehr!, das ist der größte Feind unserer Landesverteidigung. Die Herren, die hier sitzen, haben das höhnische Gelächter auf der Beamtenbank nicht gesehen, als einer Kollegin einer anderen Partei irgendwo ein Zwischenruf — entschuldigen Sie, Frau Kollegin — vielleicht nicht ganz ins Ziel ging. (*Zwischenruf des Abg. Marwan-Schlosser.*) Aber Herr Kollege! Sie haben eine Stunde lang — nicht zum Budget etwa kritisch; Sie brauchen es nicht abzulehnen, Sie müssen es ja verteidigen — hier erklärt: Es ist alles in Ordnung.

Herr Kollege Marwan-Schlosser! Sie und Ihre Partei haben die Zeichen des 21. August 1968 verschlafen. Sie sind mit dieser Haltung eine Gefahr für Österreich, weil Ihr Minister Prader natürlich sagt: Na alsdern, die Mehr-

Zeillinger

heit des Hauses hat doch erklärt: Es ist alles in Ordnung! — Wir werden einige Beispiele bringen. Ich werde nicht freiheitliche Stimmen zitieren, sondern ich werde Stimmen aus dem Bereich der Landesverteidigung zitieren. Entweder, Herr Kollege, gehören diese Generäle, diese Offiziere irgendwie zur Raison gebracht, abgesetzt, in die Wüste geschickt, oder es muß einmal die Regierungspartei zur Kenntnis nehmen, daß ihr Optimismus unberechtigt ist und daß die günstige Beurteilung der Landesverteidigung geradezu gefährlich ist. Herr Kollege! Ich habe volles Verständnis dafür, daß eine Partei ihre politische Führung lobt, ihrem Minister die nötige Schützenhilfe gibt, sofern nicht eine gewisse Grenze überschritten wird; — diese Grenze ist aber im Falle Prader einige Male überschritten worden —, ich habe aber kein Verständnis dafür, daß Sie in der Sache selbst der Landesverteidigung dauernd in den Rücken fallen und im Parlament erklären: Meine Herren, ihr braucht für die Landesverteidigung gar nichts mehr zu machen, es ist ja ohnehin alles in Ordnung! — Herr Kollege Marwan-Schlosser! Es ist leider Gottes nur ein Bruchteil von dem richtig, was Sie gesagt haben. Ihrem Optimismus hinsichtlich der Führung, hinsichtlich der Lösung der Konzeptaufgaben, der Planungsaufgaben werde ich mit Zitaten aus den Kreisen des Bundesheeres entgegenzutreten müssen.

Das ist an und für sich die erschütternde Bilanz, die wir heute am Abend der Regierung Klaus nach vier Jahren ziehen: Es hat sich im Bereich der Landesverteidigung leider nichts geändert. Es hat sich nichts gebessert, es ist im Gegenteil schlechter geworden. Ich habe Ihnen vor drei Jahren gesagt: Mit dem Weg, den Sie gehen, daß Sie nämlich dem Minister volle Deckung geben — nicht nur politisch —, daß Sie ihn ermutigt haben, Herr Kollege Marwan-Schlosser, auf dem Weg, auf dem er geht, die Politik der Landesverteidigung außerhalb des Parteienstreites zu stellen, daß er die Vorschläge abgelehnt hat — sehen Sie: Damit haben Sie diesen gefährlichen Weg nur noch weiter unterstützt.

Darf ich Sie daran erinnern, daß die Oppositionsparteien — beide Parteien — hier in diesem Hause der Regierung vorgeschlagen haben, sich über die Landesverteidigung sachlich auseinanderzusetzen und sie aus dem Parteienstreit herauszuhalten. Das hätte gewisse Voraussetzungen, einen kleinen Schritt nach vorwärts von seiten der Regierungspartei erfordert.

Der Minister hat das abgelehnt. Es ist bis heute nicht aufgegriffen worden. Kaum jemals ist die Landesverteidigung so inmitten des Parteienstreites gestanden wie in der gegenwär-

tigen Phase. Und diesen Weg haben Sie, Herr Kollege Marwan-Schlosser, heute verteidigt. Sie haben es heute als richtig gefunden, daß es dem Minister Prader gelungen ist, die Landesverteidigung, die ja bei ihrer Geburtsstätte — ich möchte mich heute gar nicht mehr über eine Entwicklung, die vor 15 Jahren war, verbreitern — unter keinem günstigen Stern gestanden ist. Es war an und für sich zu spät, durch die Besatzungsmächte bedingt, es stand unter einem politischen Stern, aber es begann sich eine Besserung abzuzeichnen. Und unter der Ministerschaft dieses Mannes ist der Rückfall in die Verpolitisierung unserer Landesverteidigung eingetreten. Und da kommen Sie nun und sagen, das ist alles in Ordnung, und erklären, daß jeder, der etwa nun gegen die Verteidigungspolitik des Ministers Prader oder der Volkspartei Stellung nimmt, eine Partei oder einen Mann diffamiert.

Ich kenne dieses Plakat, das Sie zitiert haben, nicht. Ich habe im niederösterreichischen Wahlkampf nicht so weit mitgewirkt. Aber, Herr Kollege Marwan-Schlosser, es heißt nicht diffamieren, wenn man eine Untersuchung verlangt.

Ich darf Sie erinnern, daß wir gegen diesen Minister auf Grund des Materials, das uns von Beamten und Militärs vorgelegt worden ist, nichts anderes als eine parlamentarische Untersuchung verlangt haben, ob Mißbrauch der Amtsgewalt vorliegt.

Herr Kollege, das ist keine Diffamierung, das ist das Bestreben nach Sauberkeit und Korrektheit. Diesen Weg haben Sie, Herr Kollege Marwan-Schlosser, abgelehnt. Der Minister war selbst dann sogar schon so weit, daß er gesagt hat: Nun, wenn es meine Partei wünscht, werde ich mich einer solchen Untersuchung stellen. — Und Sie, Herr Kollege Marwan-Schlosser, und ihre 84 Genossen in der Volkspartei haben es abgelehnt zu prüfen, ob die schwerwiegenden Vorwürfe, die aus dem Bereich der Landesverteidigung gegen diesen Mann auf der Ministerbank vorgebracht worden sind, zutreffen oder nicht.

Ich habe mich bereit erklärt, wenn die Untersuchung ergibt, daß der Minister keinen Mißbrauch der Amtsgewalt betrieben hat, der erste zu sein, der heruntergeht und diese Erklärung abgibt. Herr Kollege, das Streben nach Sauberkeit ist keine Diffamierung, sondern gefährlich ist es, wenn man jede Prüfung verhindert. Und das haben Sie, Herr Kollege Marwan-Schlosser, getan.

Das war das Gefährliche in dieser Fraktion. Sie haben nicht nur politisch abgedeckt, sondern Sie haben auch verhindert, daß aus dem Bereich der Landesverteidigung Offiziere und Beamte aus ihrem Bestreben, Ordnung hinein-

13988

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Zeillinger

zubringen, ein Konzept in die Landesverteidigung hineinzubringen, endlich einmal mit diesem Manne und mit der Politik dieses Minister konfrontiert worden wären. Das, Herr Kollege Marwan-Schlosser, haben Sie und Ihre Partei vier Jahre hindurch verhindert.

Die Landesverteidigung in Österreich kann nur eine Hoffnung haben: daß sich die Mehrheitsverhältnisse und die Zusammensetzung dieser Regierung so weit ändern, daß in einer zukünftigen Periode die Landesverteidigung Österreichs mit den bescheidenen Mitteln, die ihr auch in Zukunft zur Verfügung stehen werden, das Bestmögliche herausholen wird. Wir wollen hier gar nicht von freiheitlicher Seite Hoffnungen machen, daß es etwa möglich sein werde, in Kürze jene Budgetanteile zu erreichen, wie das in der Schweiz oder in Schweden eine Selbstverständlichkeit ist. Wir sind gegen das Lizitieren, und wir sind gegen leere Wahlversprechungen. Aber es ist notwendig, das Bestmögliche aus dem Bescheidenden herauszuholen, Herr Kollege. *(Abg. Marwan-Schlosser: Das ist geschehen!)*

Herr Kollege Marwan-Schlosser! Das ist nicht geschehen! Mit dem Zwischenruf zeigen Sie schon wieder den Geist des Jahres 1966: Wir untersuchen nicht, ob der Mann strafbare Tatbestände begangen hat, es ist alles in Ordnung, wir haben tüchtig gearbeitet! — Sie lassen sich auf gar keine Diskussion ein, Herr Kollege Marwan-Schlosser. In der Demokratie ist nichts gefährlicher als das Eigenlob. Nach Ihnen hier herunter zum Rednerpult zu gehen, ist immer gefährlich, weil hier eine Wolke des Eigenlobs steht. *(Abg. Peter: Bitte, darf ich unterbrechen: Marwan fragt, wann wir eine Untersuchung verlangt haben!)* Aber, Herr Kollege ... *(Abg. Marwan-Schlosser: Eine Aussprache habe ich gesagt!)* Herr Kollege Marwan-Schlosser ... *(Zwischenruf)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Es kann sich jeder zum Wort melden. Bitte keine Zwischengespräche! *(Abg. Peter: Die darf nur der Herr Withalm machen!)*

Hier gibt es keine Ausnahmen, Kollege Peter.

Abg. Zeillinger *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Ich erlaube mir, etwas zu bemerken: Der Herr Klubobmann der Volkspartei Withalm hat gestern lange Reden von der Bank gehalten, sodaß wir den Präsidenten bitter mußten, ihm ein Mikrofon einzuschalten, weil wir die Ausführungen des Klubobmannes hören wollten. Diese minutenlangen Ausführungen des Klubobmannes sind vom Präsidium nicht unterbrochen worden. *(Abg. Dr. Withalm: Minutenlang ist gut!)*

Aber ich möchte den Zwischenruf des Kollegen Marwan-Schlosser — ich nehme an, daß der Herr Präsident Ihren Zwischenruf gemeint hat mit seiner Rüge — trotzdem beantworten, Herr Kollege. Sie haben in dem Zwischenruf gefragt, wann wir eine Untersuchung oder eine Aussprache verlangt hätten. Herr Kollege, wir haben es Ihnen doch angeboten. Ich bin doch hier gestanden und habe gesagt: Ich habe hier Material, dessen Richtigkeit ich nicht prüfen kann; Material, das diesen Minister möglicherweise dem Verdacht des Mißbrauches der Amtsgewalt aussetzt. Und es sind Offiziere, deren Namen ich bekanntzugeben bereit bin, die bereit sind, vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu erscheinen — aber nur vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß —, um ihre Aussage zu deponieren.

Meine Damen und Herren von der Volkspartei! Sie haben eine Einheitsmauer gebildet. Sie haben erklärt, solange Sie 85 Mandate, also die absolute Mehrheit im Hause haben, wird gegen einen Minister nicht untersucht, ob er strafbare Tatbestände gesetzt hat. Im Gegenteil, es begann ein Kesseltreiben, nicht nur gegen alle jene, die im Verdacht gestanden sind, daß sie sich mit mir vielleicht irgendwo still und leise und heimlich getroffen haben. Es sind Untersuchungskommissionen hinausgeschickt worden, die festgestellt haben, wer mir Auskünfte gegeben haben könnte, es sind Strafversetzungen erfolgt. Und wie Sie ja wissen, es gab gerichtliche Auseinandersetzungen. Es wurde der Versuch gemacht, im Umweg über Zeugenaussagen, von mir herauszubekommen, wer die Gesprächspartner sind *(Abg. Dr. van Tongel: Genau so wie im Bauskandal!)*, das heißt, wer jene Leute sind, die bereit sind, allenfalls vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß auszusagen.

Sehen Sie, Kollege Marwan-Schlosser: Da sagen Sie: Es ist alles in Ordnung, die Opposition hat nie eine Änderung, hat nie eine Untersuchung, hat nie irgendwie eine Klarheit und Gegenüberstellung verlangt!

Wir haben die Diskussion, die objektive Prüfung verlangt. Wir haben uns sogar bereit erklärt, von vornherein die Konsequenzen zu ziehen und selbstverständlich eine bereinigende Erklärung abzugeben, wenn diese Untersuchung zugunsten des Ministers ausgeht.

Heute, Herr Kollege, ist der traurige Tatbestand gegeben, daß wir vor Gericht stehen. In einem Ehrenbeleidigungsprozeß ist das alles — das heißt, ein Bruchteil dessen, weil es auch nur ein Bruchteil der Betroffenen als Zeugen kommen —, nämlich die mißbräuchliche Verwendung des Dienstautos, die Tat-

Zeillinger

sache, daß die Gattin des Ministers ein Auto zuschanden gefahren hat und der Schaden dann irgendwo bei einem Regiment als Spesen verrechnet wurde, die Tatsache der politischen Kartei im Verteidigungsministerium, in einem sich jahrelang hinziehenden Ehrenbeleidigungsprozeß an das Tageslicht gebracht und von den Zeugen auch auf ihren Eid genommen worden. Herr Kollege, wäre es nicht sauberer und korrekter gewesen, vor drei Jahren das hier im Rahmen einer Untersuchung in diesem Hause zu überprüfen? Irgend jemand hätte die Konsequenzen ziehen müssen, entweder die Offiziere oder der Minister. Denn es kann nur einer von den beiden recht behalten. Aber, Herr Kollege Marwan-Schlosser, das war die Antwort auf Ihren Zwischenruf. Sie haben gesagt, wir hätten es nie verlangt. Sehr lautstark haben wir es verlangt, aber Sie haben es bis zum heutigen Tag abgelehnt. Wir Freiheitlichen resignieren nicht, aber wir stellen fest, an Ihrer Haltung hat sich in dieser Frage nichts geändert. Sie finden alles richtig, Sie finden jede sachliche und kritische Stellungnahme, die gar nicht aus dem Bereich der politischen Fraktionen, sondern aus dem Bereich von Fachleuten kommt, von vornherein als einen Angriff auf die Person des Ministers, auf die Österreichische Volkspartei.

Ich darf heute schon erklären: Wir Freiheitlichen bedauern es, daß die Regierungspartei den Vorschlag, die Landesverteidigung so wie andere Bereiche, etwa die Justiz, aus der Politik herauszuheben, sie total zu entpolitisieren, nicht aufgegriffen hat. Wir bedauern darüber hinaus — und hier komme ich jetzt in totalen Widerspruch mit dem Sprecher der Regierungspartei —, daß aus der Konzeptlosigkeit und aus der Planlosigkeit bis zum heutigen Tag kein Ausweg gefunden worden ist.

In Erwartung der Zwischenrufe des Kollegen Marwan-Schlosser und in bezug auf seine Ausführungen habe ich mir erlaubt, aus den jüngsten Erklärungen das eine oder andere mitzunehmen. Ich darf etwa — es ist schon heute zitiert worden — den Chef der Stabsakademie, Generalmajor Emil Spannocchi, zitieren, der erklärt hat: Die Idealisten im Heer können nicht zaubern, die Masse des Kadets fühlt sich frustriert, der Nachwuchs bleibt aus. Das sind Tatbestände. Und wo dann weiter eben der Verfassung des Artikels die Gründe für das Unbehagen der Militärs — die Konzeptlosigkeit und mangelnde Ehrlichkeit — bekanntgibt. Das ist nicht ein freiheitlicher Artikel, sondern das ist eine objektive Darstellung über die Situation im Bundesheer. Er spricht von der Konzeptlosigkeit und mangelnden Ehrlichkeit der verantwortlichen Politiker in Sachen Lan-

desverteidigung, die die „Feldherrngespräche“ nach der Aktion „Bärenatze“ überschatten.

Es wird hier weiter festgestellt, daß es im Bundesheer einen Leerlauf gebe, über den wir, Herr Kollege Marwan-Schlosser, nicht nur in den oft zitierten Aussprachen mit den Soldaten hier in diesem Haus gesprochen haben.

Hier darf ich, Herr Minister, sagen: Sie sind nur so informiert worden, wie es Kollege Marwan-Schlosser hier heute getan hat. Ich hoffe aber, daß der Herr vom Ministerium, der hier sitzt und eifrig mitschreibt, Sie objektiver informiert, als es hier getan wurde.

Nun, Herr Kollege, es wird auch bei den Soldaten bitter geklagt. Ich möchte jetzt gar nicht die politischen Fragen anschneiden, die auch immer wieder vorkommen. Aber Sie müssen doch zugeben, daß das, was gerade in den letzten Tagen hier von diesem jungen 19jährigen Soldaten vorgebracht worden ist, angefangen bei den sanitären Zuständen, bedenklich ist. Sie können sich gar nicht vorstellen, was das heißt! Ich bewundere den Mut dieser 19jährigen Burschen, die in Gegenwart ihrer Vorgesetzten uns eigentlich Dinge erzählen, wo ich als Abgeordneter manchmal sage: Es ist erschütternd, daß wir das nicht wissen, daß wir darüber nicht informiert worden sind. Sie haben uns über sanitäre Mißstände in Wiener Kasernen erzählt, die in das vorige Jahrhundert zurückgehen. Herr Kollege, Sie haben gesagt, es ist alles in Ordnung. Das sagen Sie 48 Stunden, nachdem junge Soldaten diese Anklage gerichtet haben! Mit dem Geld, das etwa diese eine Einheit für das Auto bezahlen mußte, das die Gattin des Ministers zuschanden gefahren hat, hätte man in der Kompanie die sanitären Anlagen einrichten können. Und da sagen Sie, Herr Kollege, es ist alles in Ordnung, es soll alles bleiben, der Prader soll bleiben, es soll sich nichts ändern.

Herr Kollege, ich sage Ihnen ganz offen, die konkreten Fragen nach dem Leerlauf, die immer wieder aus dem Kreis der 19jährigen gestellt werden, sind für mich interessanter und gewichtiger als jene Fragen, die dabei von Politikern aufgeworfen werden. Ich bin mir vollkommen im klaren, daß es zum Teil an der Unzulänglichkeit eines Einheitsführers liegen kann, aber ich darf Sie, Herr Minister, daran erinnern, daß wir Freiheitlichen erklärt haben, daß die Frage, ob sechs Monate oder neun Monate Dienstzeit, für uns keine politische Frage ist. Sie ist nicht von Politikern aufgeworfen worden, sondern von Militärs, die primär Sie informiert haben, die Ihnen Studien übergeben und gesagt haben, man soll diese und ähnlich lautende Vorschläge prüfen. Nach echt Prader-Art, die der Kollege Marwan-

13990

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Zeillinger

Schlosser lobt, hat der Minister entschieden: Das wird nicht geprüft! Daß sich ein Teil dieser Generäle und Militärs dann an Politiker wendet, ihnen das Konzept vorlegt und sagt: Meine Herren, versuchen Sie eine Prüfung zu erreichen, ist verständlich.

Herr Kollege Marwan-Schlosser, wir Freiheitlichen sind offiziell noch gar nicht für die sechsmonatige Dienstzeit eingetreten, aber seit Jahren bemühen wir uns, gestützt auf Vorschläge, die nicht von uns Politikern, sondern von Generälen ausgearbeitet und dem Minister übergeben worden sind, darüber eine objektive Diskussion, eine Prüfung dieser Studien zu erreichen. Vom Minister hören wir: Wir haben die Frage geprüft, es kommt nicht in Frage, daß die militärische Dienstzeit von neun auf sechs Monate gekürzt wird! Sehen Sie, das ist für einen Abgeordneten, der seine Aufgaben einigermaßen ernst nimmt, zu wenig. Wir wollen mit jenen Leuten aus dem Kreis der Militärs, die sagen sechsmonatige Dienstzeit und anschließend Waffenübungen, einmal ernsthaft diskutieren, die beispielsweise sagen, es ist ein Wahnsinn, daß hier Rekruten ausgebildet werden — wir haben heute Hunderttausende Rekruten ausgebildet —, die niemals wieder einberufen werden. Sie etwa in fünf oder sechs Jahren in einem Ernstfall einzuberufen und in einen Einsatz zu schicken, ist verantwortungslos, Herr Minister, das könnte kein Militär verantworten. Sie mußten aber selbst vor einiger Zeit im Ausschuß auf meine Frage zugeben, daß es nicht möglich ist, die Rekruten zu Waffenübungen einzuberufen, daß nur ein Bruchteil — man hat darüber gestritten, ob es ein Viertel oder ein Drittel ist — wieder zu Waffenübungen einberufen werden kann. Das heißt, wir berufen die Leute ein, wir bilden sie teuer aus, können sie aber niemals wieder einberufen und haben im Ernstfall nicht annähernd die Ausrüstung und die Waffen, um ein Fünftel oder ein Sechstel der einmal einberufenen Soldaten wieder einberufen zu können. Hier besteht doch ein Widerspruch, ein Widerspruch, der von uns Politikern aufgedeckt worden ist, hinter den sich aber auch eine beachtliche Gruppe von Militärs stellt, die eine Klärung wollen.

Herr Minister, Sie weichen jeder Diskussion aus, Sie lehnen es ab, darüber auch nur zu diskutieren. Wir haben genug Gremien, wir haben den Landesverteidigungsrat. Der Herr Kollege Marwan-Schlosser hat gestern gesagt, zwei können eine Tagesordnung beantragen. Ich glaube aber, Herr Kollege, wenn ein Minister nicht von sich aus das Gefühl hat, daß über so wichtige Fragen in den zuständigen Gremien debattiert werden soll, wenn die Regierung immer nur darauf wartet, daß wir Oppositionellen Anträge stellen, ihr die In-

itiativen zu ihrer Politik geben, dann ist es höchste Zeit, daß der 1. März mit einer gründlichen Änderung in diesem Staat kommt! Es ist doch kein Standpunkt, wenn Sie sagen: Wenn ihr nichts beantragt! — Herr Kollege, es ist vorgeschlagen worden, es ist verlangt worden, es ist aber immer, wie man uns sagte, an der Person des Ministers gescheitert.

Ich darf hier in aller Offenheit sagen, ich bewundere den Mut der Militärs — wir kennen doch die Artikel in den Fachzeitschriften —, die sehr oft rein fachlich eine andere Meinung vertreten. Es ist überhaupt keine politische Frage, und ich will auch einem Minister keinen Vorwurf machen, wenn einer seiner Fachbeamten eine andere Meinung vertritt. Aber wenn dann zwei Meinungen im Raum stehen, dann muß man bereit sein, darüber zu diskutieren, wie es andere Minister in ihren Bereichen sehr oft getan haben. Das war dieser Minister aber nie. Er war nie bereit, irgendeine Fachfrage auf unpolitischer Ebene zu diskutieren. Ich muß leider sagen, daß jene Kritiker, die auch aus dem Generalstand kommen, nie an jenen Stellen gesessen sind, wo die Möglichkeit bestanden hätte, daß sie ihre Meinung in Gegenwart von Politikern vortragen. Ich muß es hier in der Öffentlichkeit sagen, weil ich vor wenigen Tagen wieder gefragt worden bin, auch brieflich. Keiner der Generäle, die dort sitzen, wo gesprochen werden könnte, hat einen derartigen Vorschlag seiner Kollegen aus dem Offiziersstand aufgegriffen und zur Diskussion gestellt. Ich will das in aller Offenheit klarstellen, weil man uns Politikern den Vorwurf gemacht hat, daß wir es nicht getan haben. Hier gibt es zwei Gruppen, hier gibt es zwei Meinungen, und es ist jener Moment gekommen, wo einmal sachlich und frei von Politik darüber gesprochen werden mußte. Das kann dieser Mann aber nicht, er kann nicht frei von Politik sagen: Da sind zwei Brigadiere und ein General, ich lade sie ein, ich stelle sie den Vertretern eines anderen Konzepts gegenüber, und in Gegenwart der Politiker sprechen wir darüber! Es gibt immer nur eine Meinung, und das ist die des Ministers. Und das, Herr Kollege, ist das gefährliche, und daran hat sich in all diesen Jahren nichts geändert. Das ist auch der Grund, warum wir die Amtsführung des Ministers ablehnen und warum wir glauben, daß eine Gesundung der Landesverteidigung solange nicht möglich ist, solange erstens die Regierungspartei nicht den Vorschlag aufgreift, die Landesverteidigung zu entpolitisieren, und zweitens der Stil des Ministers oder die Person des Ministers nicht grundlegend geändert wird. Solange wird sich im Bereich der Landesverteidigung nichts ändern.

Zeillinger

Es gibt eine alte Streitfrage, die fast jeden Tag bei diesen Diskussionen mit den Soldaten aufklingt, und ich darf sie dem Herrn Minister mitteilen, die Frage: Hat die Regierung beziehungsweise hat das Ministerium ein Konzept in der Frage der Landesverteidigung und ist dieses Konzept den Parteien bekannt? Ich darf hier gleich daran erinnern, daß Ihnen, Herr Minister, die Konzeptlosigkeit nicht nur von uns Freiheitlichen vorgeworfen wird, sondern auch von Generälen Ihres Ministeriums. Wir haben hier darüber bereits sehr oft diskutiert. Es ist durchaus möglich, daß Sie ein Konzept haben, aber nicht einmal hohe militärische Führer in diesem Staate kennen das Konzept. Da muß doch irgendein Fehler dabei sein. Zur Frage, ob wir Freiheitlichen Ihr Konzept kennen, darf ich hier noch einmal und in aller Öffentlichkeit erklären: Nein, dieses Konzept kennen wir nicht! Kollege Marwan-Schlosser hat eben den Hinweis gemacht, wir hätten im Landesverteidigungsrat etwa den Organisationsplan besprochen. Natürlich haben wir das, aber, Herr Kollege Marwan-Schlosser, dieser Organisationsplan ist doch nur ein Steinchen in einem Konzept. Da brauchen Sie nur die Artikel eines Spannocchi und so weiter zu lesen und ein bißchen hineinzuhören. Das ist doch nicht das Konzept! Oder Sie erklären, das ist das Konzept, dann sage ich Ihnen aber, das ist zuwenig. Es ist ganz unbestritten, der Organisationsplan ist besprochen worden. Ich bedauere auch hier, daß — das wußte ich damals noch nicht — verschiedene Vertreter einer gegenteiligen Anschauung über diesen Organisationsplan nicht im Landesverteidigungsrat waren. Wir werden also in Zukunft mehr trachten müssen, daß auch Leute beigezogen werden, die eine andere Meinung haben, daß sich das Gespräch nicht immer so einseitig zwischen Abgeordneten und Minister abspielt, denn die Diskussion sollte sich mehr zwischen den Abgeordneten und den Generälen abspielen und dort nicht immer nur die Meinung des Ministers als die Meinung des Ministeriums aufklingen. Das müssen wir einmal in aller Offenheit zur Ermutigung dieser Generäle sagen. Sie müssen mir verzeihen, aber wir werden sehr oft von Ihren Kollegen draußen gefragt: Da sitzen doch meine Freunde und Kollegen drinnen, die werden das doch gesagt haben! Ich darf die Vertraulichkeit nicht brechen, aber ich muß Sie enttäuschen, wenn ich an die Sitzungen in diesem höchsten Verteidigungsgremium denke.

Darf ich wiederholen: Ein Konzept über die Landesverteidigung ist uns bis zur Stunde nicht vorgelegt worden, ist nie zur Diskussion gestellt worden. Ich darf daran erinnern, daß etwa noch vor einem Jahr ein Brigadier — ich

habe das damals zitiert, ich habe das Protokoll hier — die Frage aufgeworfen hat, man müßte doch endlich einmal erkennen, auf welche Ziele das Ministerium hinarbeitet, auf welche Stärke hingearbeitet wird, von der Einberufung über die Ausbildung bis zur Ausstattung. Es ist ja nicht gleichgültig, ob man für ein Heer von 100.000 oder von 300.000 Mann die Panzerjäger, die Artillerie, die Bewaffnung und so weiter anschafft. Alle diese Fragen sind im höchsten Militärkreise unklar. Also nicht nur wir Politiker stellen sie, sondern auch die militärische Führung ist sich nicht im klaren, und dieses Schlummern eines anderen Teils der militärischen Führung, die offenbar in Ihrer engsten Umgebung steht, beunruhigt bereits jene hohen militärischen Führer, die etwas weiter weg stehen, und je weiter weg von Ihrer Person einer seinen Dienstplatz hat, umso größer ist der Mut, Herr Minister, immer wieder warnend den Mund zu öffnen.

Darf ich aber an Hand einiger Beispiele — die Zeit würde nicht ausreichen — den Vorwurf der Konzeptlosigkeit begründen. Kollege Marwan-Schlosser hat die Wehrmilliarde als Beispiel für ein gesundes, ausgereiftes und so durchgeführtes wie beschlossenes Konzeptes dargestellt. Herr Kollege! Sie brauchen gar nichts anderes zu machen, als die Regierungsvorlage mit dem zu vergleichen, was tatsächlich geschehen ist. Sie werden sehen, daß man am 17. April 1969 noch nicht den Überblick gehabt hat, was sich in den nächsten Monaten abspielen wird. Um Ihnen nur eines der Beispiele anzuführen, es würde zu weit führen, noch einmal die ganze Debatte über die Wehrmilliarde aufzurollen, hier heißt es:

„Im Zuge der von der Bundesregierung als notwendig erachteten Maßnahmen zur Stärkung der Landesverteidigung“ — nicht des Budgets, sondern zur Stärkung der Landesverteidigung — „sollen im Jahre 1969 über die aus dem Budget 1969 zur Verfügung stehenden Mittel hinaus 391 Millionen Schilling durch Kreditoperationen aufgebracht werden. Ein weiterer Betrag von rund 600 Millionen Schilling soll im Jahre 1970 zusätzlich bereitgestellt werden.“

Was ist geschehen, Herr Kollege? Sie rücken jetzt wieder von den zwei Tranchen ab. Wir haben gerade im Ausschuß gehört, daß die Wehrmilliarde nicht, wie Sie damals begründet haben, auf zwei Jahre — es waren damals ernste Stimmen da, die gesagt haben und die eingewendet haben, daß es wirtschaftlich nicht verkraftbar ist, ein Einwand, den wir durchaus gelten haben lassen — ... Aber im April haben Sie noch nicht gewußt, daß diese Wehrmilliarden drei Tranchen erfordern wird.

13992

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Zeillinger

Heute müssen wir aus dem Kreise der Militärs und übrigens auch der Fachjournalisten hören und lesen, daß dieser Wehrmilliarde natürlich die Wirkung wesentlich genommen worden ist, weil man nicht das Geld hat, weil man sie verzettelt hat auf drei Jahre. Das ist eine logische Folge. Warnungen, die aus dem Kreise der Militärs genauso ernsthaft an Sie herangetragen worden sind wie aus dem Kreise der Fachjournalisten. Ich glaube, Sie kennen Sie alle, ich brauche sie nicht zu wiederholen.

Ich muß also hier korrigieren. Der Sprecher der Regierungspartei hat erklärt, die Wehrmilliarde ist in dem Sinne, wie es beschlossen worden ist, als echte Injektion für die Landesverteidigung erfolgt. Nein. Schon sechs Monate nachher, Herr Kollege Marwan-Schlosser, ist man vom Zweijahreskonzept auf ein Dreijahreskonzept abgewichen. Man hat damit — ich muß Ihnen nicht alle Stimmen aus dem Kreise der Militärs und der Fachjournalisten zitieren — der Injektion die Spitze genommen. Das heißt also, Sie waren damals schon konzeptlos. Sie haben nicht übersehen, welche Möglichkeiten Sie haben, welche Mittel Sie haben, wie Sie sie einsetzen können. Nur soll man jetzt nicht die Öffentlichkeit anschwärzen und ihr sagen, es ist ein Konzept da, es ist ohnedies so geschehen, wie es beschlossen worden ist.

Die Wehrmilliarde wäre an und für sich eine gute Idee gewesen. Wir wären bereit gewesen, zuzustimmen. Sie wissen, daß wir Freiheitlichen nicht auf dem Standpunkt stehen, daß das Bundesheer zuviel Geld hat. Wir haben damals erklärt, wir stimmen nicht zu, weil das Konzept fehlt. Und ich kann Ihnen ruhig sagen, Herr General, diese Meinung ist nicht auf unserem politischen Boden gewachsen, sondern sie ist uns natürlich von Militärs gesagt worden. Wir haben ja nicht in der Fraktion Militärs sitzen. (*Abg. Staudinger: General Prader?*) General Prader! Bitte, ich weiß es nicht, aber das wäre eine Lösung, ihn zum General zu befördern und einen anderen Minister finden, das wäre unter Umständen ein Ausweg aus der Krise.

Wir haben damals gesagt, wir können nicht zustimmen, weil das Konzept fehlt, weil nicht klar erkennbar ist, ob tatsächlich die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und ob es eine echte Injektion wird und nicht doch letzten Endes verzettelt wird. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß uns auf Grund von Informationen, die wir hintenherum eingeholt haben, schon im April gesagt worden ist: Meine Herren, das, was da drinnensteht, stimmt ja gar nicht! — Das ist für eine Opposition Grund genug, dagegen zu stimmen.

Sie haben es aber — und das darf ich Ihnen wieder sagen — bewußt dem Hause verschwiegen. Sie haben es so dargestellt, als ob die Wehrmilliarde eine echte, der Landesverteidigung die notwendigen Impulse gebende Injektion werden würde. In Wirklichkeit ist es eine auf drei Jahre verzettelte Stützung des Budgets geworden. Der Sinn der Wehrmilliarde, wie er in den Erläuternden Bemerkungen ausgedrückt worden ist, ist nicht mehr da. Nur mit dem einen Unterschied: Wir freiheitlichen Abgeordneten haben das schon vor sechs Monaten erkannt, Ihre Fraktion aber hat, gestützt auf Ihre Informationen, dafür gestimmt. Jetzt haben Sie sie auf drei Jahre. Es stimmt nämlich nicht, was Marwan-Schlosser gesagt hat. Ich hoffe, der Herr Minister ist ehrlich genug und wird tun, was er im Ausschuß getan hat, und wird sagen: Ich bedauere, so ist es nicht gegangen, wir werden auf drei Tranchen übergehen. — Das steht aber im Widerspruch zu dem, was in den Erläuternden Bemerkungen steht. Das war mit einer der Gründe, warum wir Freiheitlichen das abgelehnt haben. Verstehen Sie nun, warum wir abgelehnt haben? Sie haben nämlich das geglaubt, was der Herr Minister in die Erläuternden Bemerkungen hineingeschrieben hat. Der Herr Kollege Marwan-Schlosser hat heute ... Sehen Sie, das ist es, was ich für gefährlich halte, das ist das Gefährliche: daß Sie so tun, als ob alles in Ordnung wäre.

Nein! Die Wehrmilliarde ist völlig danebengegangen, sie ist als Budgetabstützung benützt worden. Wenn Sie herausgehen und es bestreiten, bin ich bereit, Ihnen genauso wie im Ausschuß an Hand der Ziffern, Titel und Kapitel nachzuweisen, wo man überall eingespart hat, weil man ohnehin zusätzlich die Wehrmilliarde auf der anderen Seite bekommen hat.

Darf ich Ihnen ein anderes Beispiel bringen. Es war für mich ... Ich habe das bereits erwähnt, das ist kein Bruch des Geheimnisses. Der Bruch des Geheimnisses liegt ganz woanders. Ich muß hier erwähnen, der Verteidigungsrat ist streng vertraulich, und es würde keinem Menschen einfallen, darüber etwas zu sprechen.

Aber mich hat eines Tages ein Journalist angerufen und hat gefragt: Stimmt das, daß Sie beraten haben, 40 Jet-Trainer zu kaufen, ist darüber gesprochen und in dieser Hinsicht dann auch eingekauft worden? — Ich habe gesagt: Sie, ich darf Ihnen keine Auskunft geben, aber eines kann ich Ihnen sagen: Die Zahl 40 höre und lese ich heute zum erstenmal in der Zeitung.

Zeillinger

Ich will hier sagen — und das ist gar kein Geheimnisbruch —, was war. Der Herr Minister hat stundenlang im Verteidigungsrat — die Generäle sind daneben gesessen und jene, die einkaufen, alle sind dort gesessen — begründet, warum man 20 Jet-Trainer vom Typ Saab 105 Oe — weil es eine Sonderausfertigung für Österreich war, daher das „Oe“ — kaufen muß: finanziell genau das, was möglich ist, mehr ist nicht möglich, weniger geht nicht. — Es ist alles genau besprochen worden. Wir beschließen ja nicht im Verteidigungsrat, wir werden ja nur informiert. Aber es war das Konzept, 20 zu kaufen. Es wurden die Fragen beantwortet, ob alles geklärt ist, ob eine Liefermöglichkeit gegeben ist, ob nicht die Gefahr besteht, daß im Ernstfall keine Ersatzteile kommen, das alles ist in einem langatmigen Prüfungsverfahren geklärt worden. Dann sind wir in dem Bewußtsein auseinandergesessen, es sind 20 besprochen worden, und so wird es geschehen.

Ein findiger Redakteur der Wiener „Presse“, Urbanek, glaube ich, der hat viel früher als wir vom Verteidigungsrat gewußt, daß alle hereingelegt worden sind. Von 20 war gar keine Rede, 40 sind gekauft worden. Da steht es geschrieben, Sie können es lesen. (*Abg. Preußler: 20 auf Reserve!*) 20 auf Reserve, Kollege Preußler, weil wir damals Bedenken hatten, ob wir im Ernstfall Ersatzteile bekommen würden. Die Schweden — ich möchte diese Frage nicht noch einmal anschneiden — haben ein Gesetz, daß sie im Kriegsfall keiner kriegführenden Seite Material liefern werden. Sie haben uns jetzt eine lahme Zusage gegeben, daß sie dieses Gesetz vielleicht nicht anwenden werden. Also alles das ist doch dubios. Dieses Geschäft stinkt doch schon allmählich zum Himmel.

Ich frage Sie, Herr Minister, warum haben Sie uns von 20 erzählt, und warum haben Sie uns nicht reinen Wein eingeschenkt? Warum müssen wir erst von dem Fachjournalisten Urbanek erfahren, was wirklich geschehen ist?

Darf ich Ihnen die Antwort aus dem Ausschuß sagen. Sie scheint leider nicht in dieser Deutlichkeit in der „Parlamentskorrespondenz“ auf: „Die Produktionsgegebenheiten waren uns nicht bekannt.“ Das heißt, wir haben wohl darüber beraten. Meine Herren! Da geht es nicht um 50.000 S, da geht es — ich weiß es nicht — angeblich um einen Betrag unter einer Milliarde, andere sagen, es sind über 1000 Millionen, unbestritten geht es hier um 800, 900 oder 1000 Millionen. Da haben wir uns vorher gar nicht erkundigt, ob die Firma überhaupt steht, ob die überhaupt produzieren können und unter

welchen Bedingungen sie produzieren. Wir haben zuerst beraten, wir haben beschlossen und ihnen alles mitgeteilt. Wir haben unsere Karten auf den Tisch gelegt, allen kaufmännischen Grundsätzen zuwider, und nachher haben die gesagt: 20 werden wir gar nicht produzieren, wenn ihr nicht 40 nehmt, dann steht das Geschäft, das kommt ja gar nicht in Frage!

Zufälligerweise haben wir irgendwo in der Zeitung gelesen, daß der Herr, der da oben sitzt, gesagt hat, dann unterschreibe ich für 40. Da ist nur ein Unterschied von 800 Millionen Schilling! Herr Minister! Ich habe zuvor gesagt, ich werde einige Beispiele der Konzeptlosigkeit bringen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder haben Sie von Haus aus gewußt, daß 40 angeschafft werden, und Sie haben uns hereingelegt. Das ist die eine Möglichkeit. Oder Sie haben ein paar Wochen vorher noch nicht — wie nannten Sie es? — „die Produktionsgegebenheiten“ gekannt. Das heißt, Sie haben den Verteidigungsrat stundenlang darüber beraten lassen, ohne überhaupt zu wissen, ob die Produktionsgegebenheiten vorhanden sind. Herr Minister! Entschuldigen Sie, aber wenn das in einem kommerziellen Unternehmen ist, dann wirft man dem Direktor absolute Unfähigkeit vor und löst ihn ab. Oder Sie haben uns hereinlegen wollen. Ich bin gerne bereit zuzuhören, ob Sie einen dritten Weg sagen können. Aber das können Sie nicht bestreiten.

Lesen Sie die Protokolle des Landesverteidigungsrates, und dann lesen Sie den Artikel des Herrn Redakteurs Urbanek in der Presse. Das Erschütternde für mich war: Als ich hingekommen bin und gesagt habe, das muß doch klargestellt werden, sagte der Herr Minister: Nein, das wird nicht klargestellt, das ist richtig, so wie es dasteht, wir haben die Produktionsgegebenheiten nicht gekannt!

Meine Damen und Herren! So ist die Situation in der Landesverteidigung — da sagen wir natürlich: Konzeptlosigkeit, Planlosigkeit! —, wenn Sie heute in Gegenwart des Bundeskanzlers — das ist das Lustige, er hat den Bundeskanzler genauso dupiert wie die übrigen Mitglieder des Verteidigungsrates — etwas zur Beratung stellen. Die Herren Generäle und Intendanten des Verteidigungsrates, die dort sitzen und die wir auch gefragt haben, haben es auch nicht gewußt. Die haben es alle nicht gewußt? Sie alle haben die Produktionsgegebenheiten nicht gekannt. Sie alle haben ein Konzept entwickelt, das immerhin einen erheblichen Prozentsatz der verfügbaren Mittel unseres Verteidigungsbudgets bindet, und haben sich gar nicht erkundigt, wie die Firma steht, wie sie produziert, ob sie liefern kann?

13994

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Zeillinger

Da hat man nicht einmal entsprechende Offerte eingeholt?

Diese Frage werden wir natürlich im nächsten Verteidigungsrat sehr ernsthaft diskutieren, weil ein Verteidigungsrat vollkommen sinnlos ist, wenn er entweder düpiert wird oder wenn er mit unzureichenden Beilagen ausgestattet wird und wir erst aus Zeitungsartikeln erfahren müssen, was wirklich geschehen ist. Natürlich kommen dann Kritiken. Sie mögen vielleicht manchmal nicht berechtigt sein, aber sie sind in dem Moment berechtigt, wo man diese Konzept- und Planlosigkeit des Ministers erkennt. Natürlich steht dann hier, daß durch diese Monsterbestellung der Weg zum Kauf von Abfangjägern verbaut ist. Herr Minister, das kann doch gar nicht stimmen — ich habe mir jetzt mein Stenogramm durchgelesen; ich sage es jetzt nur allgemein, ohne die Vertraulichkeit zu brechen —, kann nicht richtig sein, wenn tatsächlich für 40 Jet-Maschinen unterschrieben worden ist. Dann ist etwas anderes einfach nicht möglich, außer der Finanzminister hat Ihnen hinten Geld in die Tasche gesteckt, von dem dieses Haus nichts weiß. Hier gehen doch Dinge vor, die nach dringender Aufklärung schreien. Das ist doch alles im höchsten Grade unseriös. Zum Schluß müssen wir noch einmal in den Inseraten der Zeitungen nachschauen, wie das Verteidigungskonzept des Ministers aussieht.

Herr Minister! Es ist ausgeschlossen, daß die Informationen im Verteidigungsrat gegeben sind, wenn es wahr ist, daß der Herr Generalintendant tatsächlich für 40 Jet-Maschinen unterschrieben hat. Hier ist ein Widerspruch, der bis zur Stunde nicht aufgeklärt ist. Ich kann hier ruhig öffentlich erklären — das ist ja nicht vertraulich —: Im Ausschuß haben Sie gesagt, das, was Sie im Verteidigungsrat gesagt haben, stimmt nicht — nein, das haben Sie nicht gesagt, aber das ist der Sinn. Sie haben gesagt: Die Produktionsgegebenheiten waren uns nicht bekannt. — Sie haben aber damit zugegeben, daß das, was Sie dem Verteidigungsrat gesagt haben, nicht stimmt. Das, was Herr Redakteur Urbanek in aller Öffentlichkeit geschrieben hat, stimmt.

Ich muß Ihnen sagen, da scheinen mir die Bedenken, die Herr Urbanek daran anschließt, sehr ernst zu sein. Man müßte sich einmal generell, nicht mit einem Minister, der das Ministerium völlig konzeptlos führt, darüber unterhalten. Herr Minister! Das können Sie nicht abstreiten: Sie haben dem Verteidigungsrat die Unwahrheit gesagt, und die Ausrede, daß Sie die Produktionsgegebenheiten nicht gekannt haben, können wir nicht gelten lassen.

Herr Minister, da müssen entweder Sie gehen, oder Sie müssen die dafür Verantwortlichen ablösen. Man kann nicht um 800 Millionen einkaufen, ohne sich vorher über die Produktionsgegebenheiten zu informieren. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Das aber nur als einer der vielen weiteren Punkte, der Ihre Konzeptlosigkeit aufzeigen soll.

Weil ich gerade bei der Luftraumüberwachung bin, darf ich daran erinnern, daß ein weiterer großer Widerspruch zwischen dem Herrn Bautenminister und dem Herrn Verteidigungsminister bei den Beratungen zu diesem Budget zutage getreten ist, die der Herr Verteidigungsminister zwar mit dem für ihn typischen Satz: Nein, das ist kein Widerspruch! abgetan hat, aber, Herr Verteidigungsminister, seien Sie mir nicht böse! Wenn wir das Protokoll anschauen, die wörtlichen Erklärungen, so ist hier ein klarer Widerspruch.

Ich muß Ihnen zuerst mitteilen, daß im Teilheft Bauten und Technik beim Ansatz 5/64833, Bauten für die Landesverteidigung — das sind also jene Bauten, die das Bautenministerium für die Landesverteidigung durchführt —, für Luftraumüberwachung nur mehr 500.000 S vorgesehen sind. (*Abg. Peter Zeillinger, du hast heute Spezialbetreuung durch das Ministerium, da schreibt ein Beamter deine ganze Rede mit!*) Es gibt ja ein Tonband darüber und außerdem ein wörtliches Protokoll. Wir haben im Ausschuß schon alles besprochen. Darüber werde ich übrigens dann noch kurz erzählen.

In diesem Teilheft sind für die Luftraumüberwachung nur 500.000 S im Jahre 1970 vorgesehen gegenüber 4 Millionen — ich habe das Teilheft hier, ich glaube aber, es ist unbestritten; das ist ja vom Minister auch nicht bestritten worden — im Jahre 1969 und 7 Millionen im Jahre 1968. Das heißt also, für die Belange der Luftraumverteidigung sind an Ausgaben — wir haben jetzt 175 Jahre Luftraumverteidigung — also nur mehr 500.000 S im nächsten Jahr drinnen.

Unser Klubobmann Abgeordneter van Tongel — er kann das bestätigen — hat den Bautenminister laut „Parlamentsskorrespondenz“ am 10. 11. 1969 gefragt: Herr Bautenminister, warum sehen Sie, obwohl Leute wie Marwan-Schlosser natürlich sagen: Es ist alles in Ordnung, es geschieht alles!, so auffallend wenig Mittel für die Luftraumverteidigung vor, kaum noch 8 Prozent von dem, was zwei Jahre vorher ausgegeben worden ist?

Der Herr Bautenminister erklärte: „Die vorgesehenen Beträge für die Luftraumüber-

Zeillinger

wachung dienen der Abrechnung bereits durchgeführter Vorhaben."

Das heißt, diese 500.000 dienen der Abrechnung bereits durchgeführter Vorhaben. Mit anderen Worten: Für neue Vorhaben ist Null drinnen.

Weiters sagte der Bautenminister: „Da keine planungsreifen Projekte vorliegen, sind im Augenblick keine weiteren Beträge im Budget erforderlich.“ — Das heißt, der Verteidigungsminister hat gar keine weiteren Beträge mit dem Bautenminister gemeinsam beim Finanzminister angemeldet. Der Bautenminister sagte auch ganz offen: Es liegen keine planungsreifen Projekte vor. Wir haben beide Minister in der Zwischenzeit mehrfach gefragt. Es bleibt der Bautenminister bei seiner Aussage, und der Verteidigungsminister sagt: Nein, das stimmt nicht, es sind planungsreife Projekte da.

Wenn planungsreife Projekte vorliegen, ist es ja auch wieder nutzlos, denn unter dieser Begründung werden ja im Jahre 1970 null Schilling — null Schilling, Herr Minister! — für Verteidigungsanlagen zur Verfügung stehen. Die 500.000 S dienen ja nur mehr der Ausbezahlung bereits fertiger Anlagen. Dann sind wir also glücklich von ohnehin schwachen 7 Millionen Schilling auf null Schilling heruntergesunken, weil der Herr Bautenminister sagt, daß Sie keine planungsreifen Projekte vorgelegt haben. Daher sind bei ihm keine Beträge im Budget notwendig.

Herr Minister! Sie haben natürlich die Möglichkeit, heute am Schluß wieder zu sagen: Das ist kein Widerspruch, aber abkaufen wird es Ihnen niemand mehr. Das ist ein Widerspruch. Der Bautenminister hat erklärt, Sie haben keine planungsreifen Projekte vorgelegt, daher hat er kein Geld mehr zur Verfügung gestellt und auch keines beansprucht. Ihre Antwort darauf ist nur: Das ist kein Widerspruch.

Nun schließt sich der Kreis. Verstehen Sie nun, warum ich gesagt habe, die Wehrmil-liarde ist optisch hineingeflossen, aber de facto hat man sich überall bemüht, einen Teil wieder einzusparen, da 7 Millionen, dort etliche Millionen. Ich möchte die lange Liste, die die Widersprüche, die Konzeptlosigkeit und die Planlosigkeit aufzeigt, nicht weiter aufzählen. Der Bautenminister nimmt uns ja geradezu das Wort aus dem Mund: Es waren keine planungsreifen Projekte vorhanden. Sie haben keinen Plan, das Ministerium plant einfach nicht mehr. Sie beschäftigen sich damit, einen politischen Terror im Bereiche der Landesverteidigung aufzuführen. Ich muß zum Schutze der anderen Ministerien sagen: Es gibt kein anderes Ministerium, wo sich die Beamten

nicht offen trauen, mit den Abgeordneten zu reden, sondern nur zu nächtlicher Stunde in Privatwohnungen. Das ist nur im Verteidigungsministerium der Fall, wo man als Einleitung von Gesprächen nur anonyme Anrufe bekommt. Dieser Druck und Terror ist von Monat zu Monat stärker geworden. Es hat vorhin ein Parteifreund erwähnt, daß eifrig mitgeschrieben wird. Das ist das gute Recht, aber auch eine Besonderheit des Verteidigungsministeriums, weil Sie viel zu viele Leute haben. Über die Personalpolitik im Verteidigungsministerium, Herr Minister, haben wir uns sehr ausführlich unterhalten. (*Abg. Staudinger: Das ist doch wirklich wurscht, wenn jemand mitschreibt!*) Ich benütze es als eine sprachliche Brücke. Es gibt Redner, die sich zu Hause alles aufschreiben, dann gibt es Redner, die frei aus dem Raum sprechen. Die müssen sich hie und da sprachliche Brücken bauen. Es war jetzt für mich eine Brücke, um zur Personalpolitik zu kommen.

Wir haben uns lange Zeit darüber unterhalten, daß auf der einen Seite gesagt wird, Sie werden einsparen, es wird alles getan, um zu sparen, besonders im Verteidigungsministerium. Ich glaube aber, daß wir bei einer Zunahme von 85 Bediensteten allein im Bereiche des Verteidigungsministeriums nicht von einer Einsparung reden können. Das war ja auch nie ernst gemeint. Bei anderen Ministern ist es möglich gewesen, aber nicht bei Ihnen. Das ist interessant. Es sind praktisch 1121 pragmatische Dienstposten veranschlagt und 551 im Dienstpostenplan. Wir haben also hier eine Differenz — ich glaube, der Herr Kollege Preußler hat in seiner Rede bereits darauf hingewiesen —, Sie haben um 500, 600 Leute — ich kann es in der Eile nicht nachrechnen — im Ministerium mehr, als Sie Planposten haben. Verstehen Sie nun die ununterbrochenen Klagen, verstehen Sie, warum man sagt: Bei der Truppe fehlen uns die Leute? Das ist Ihnen doch bekannt. Ich darf hier den Scherz wiederholen, den ein junger Offizier geschrieben hat: Wenn man im Verteidigungsministerium die Tür aufmacht und hineingeht, fällt einem gleich ein Bündel Offiziere entgegen. (*Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.*) Das stimmt doch, Herr Verteidigungsminister. Das heißt: Sie beschäftigen um 50 Prozent mehr Leute im Ministerium, als Ihnen bewilligt worden sind. Diese Leute fehlen doch in der Verteidigung!

Das ist unter Ihrer Führung von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Es gibt kein Ministerium, das einen solchen Wasserkopf hat, das derart überbesetzt ist. (*Auf die Plätze der Ministerialbeamtenweisend:*) Man braucht sich ja nur das Überquellen der Bänke an-

Zeillinger

schaun. Gestern sind 3, 4 Leute hier gesessen, und heute sitzen hier so viele Leute, die dürfen alle im Ministerium nicht abgehen, abgesehen von den Sektionschefs, die selbstverständlich bei einer solchen Diskussion anwesend sein müssen. Das fällt Ihnen, Herr Minister, offenbar alles gar nicht auf. Das sind natürlich für uns Abgeordnete sehr augenfällige Unterschiede, daher auch vielleicht der Zwischenruf meines Parteifreundes, der durchaus berechtigt war, denn ich bin überzeugt, andere Minister würden sagen: Ich habe gar keinen Beamten frei, der sich hier einen ganzen Tag hereinsetzt und etwas aufschreibt, was ich ohnehin fünf Minuten später nur durch Hinschicken eines Amtsboten schriftlich haben kann.

Die Personalpolitik, Herr Minister, ist in all den Jahren Ihrer Tätigkeit Gegenstand lebhaftester Kritik gewesen, und diese Personalpolitik ist von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Sicher gibt es Umstände, für die Sie nichts können; das ist eine kolossale Überalterung des Offizierskorps, das sind Umstände, die kriegsbedingt, Nachkriegsfolgen sind — es sind eine ganze Reihe von Fragen —; es ist sicher die Lust eines Mannes, die Unteroffizierslaufbahn einzuschlagen in dem Augenblick nicht sehr groß, wo er nicht eine gewisse Sicherheit hat, was mit ihm geschieht, wenn er einmal die besten Jahre seines Lebens hinter sich hat; das ist eine Klage, die wir immer wieder hören. Das sind sicher alles Umstände, die ich jetzt gar nicht einmal der Person des Ministers ankreiden will. Aber Sie haben doch einen Optimismus entwickelt, haben gesagt, es wird im Verteidigungsministerium besser, wir werden diese Stäbe ausräumen, wir werden der Truppe mehr Luft, mehr Unterstützung geben. Aber wenn man sich das Ergebnis anschaut, so kommt man darauf, daß das alles niederösterreichische Propagandareden gewesen sind; übrig bleibt die trockene Feststellung, daß der AAB sich seine Festung im Verteidigungsministerium weiter ausbaut. Wer irgendwo einigermaßen Beziehungen im AAB hat — herein mit ihm ins Ministerium! Noch um 100 Mann mehr, spielt doch gar keine Rolle, der Staat bezahlt alles. Wenn die blöden Parlamentarier 1100 beschließen, ich setze mir 1600 rein, ich bin der Prader aus Niederösterreich, und es geschieht das, was ich will.

Sehen Sie, Herr Minister, und dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Ihr Ministerium öffentlich kritisiert wird, wenn es nicht glaubwürdig erscheint und wenn, wie wir es ja gehört haben, uns 19jährige Burschen — Kollege Marwan-Schlosser hat das leider nicht zitiert — ganz offen fragen: Worauf führen

Sie es zurück, daß so wenig Wehrbereitschaft besteht, so wenig Bereitschaft, Österreich zu verteidigen, warum man nicht einrücken will? Das fragen uns die jungen Burschen, jene zum Teil Einjährig-Freiwilligen, die genauso wie wir gern eingerückt sind. Wir sind vielleicht auch nicht mit Lust und Liebe, aber gern eingerückt und haben es hinter uns gebracht. Also es müssen doch die Verhältnisse heute ganz anders sein, als sie vor etlichen Jahren noch gewesen sind.

Herr Minister! Für diesen Geist oder besser: für diesen Ungeist im Bereiche der Landesverteidigung, für diesen Ungeist machen wir Sie und einzig und allein Sie verantwortlich.

Und ich darf jetzt wieder hinuntergehen zu den Soldaten, die täglich drüben bei den Gesprächen mit den Abgeordneten praktisch eine Anklage gegen Sie erheben — es wird der Name Prader nie in den Mund genommen — und die immer wieder sagen: Warum gibt es solche Mißstände?

Darf ich aber gleich wieder einen Sprung hinauf machen. Nehmen wir jene Kritik des Brigadiers Duic, der die Spitzengliederung in unserer Bundesheer immer wieder einer scharfen Kritik unterzogen hat. Und was ist geschehen? Nichts! Keine Konsequenzen sind gezogen worden. Wenn ein Mann schon den Mut hat, sich in Widerspruch mit dem Minister und der führenden Clique im Ministerium zu setzen, dann muß er froh sein, wenn er nicht strafversetzt wird; aber daß etwa darüber diskutiert wird — das kommt doch überhaupt nicht in Frage! Eine so mangelnde Toleranz, eine so mangelnde Bereitschaft, Mißstände abzustellen, wie im Verteidigungsministerium stellen wir in keinem anderen Ministerium fest, und das sind genauso von OVP-Ministern geführte Ministerien; es könnte uns eine Lust sein, jetzt alle anzugreifen. Wir müssen das aber deswegen feststellen, weil wir Freiheitlichen ja immer wieder erklärt haben, wir wären interessiert, im Bereiche der Justiz und der Landesverteidigung die Hand zu einer überparteilichen Politik zu bieten. Es gibt einigermaßen erste Ansätze im Bereich der Justiz, aber eine vollkommene Verschlechterung, eine Verhärtung, eine totale Verpolitisierung, einen politischen Terror im Bereich des Verteidigungsministeriums, an dem leider nicht nur der Minister teilnimmt, sondern auch sehr viele auf Planposten sitzende übrige.

Meine Herren! Über eines müssen sie sich im klaren sein: Es wird einmal mit Hilfe — ich hoffe, auch der Abgeordneten der Volkspartei — gelingen, einen Geist, wie er in anderen Ministerien herrscht, auch in den Bereich der Landesverteidigung hineinzubringen, wo er wichtig ist, überall. Aber dann scho-

Zeillinger

nungslos gegen alle jene, die jetzt ihre Stellung politisch mißbrauchen. Und solche liegen zu Dutzenden bereits öffentlich fest. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der FPÖ. — Lebhaftige Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß meiner Ausführungen — es werden ja noch andere aus meiner Fraktion sprechen — noch einmal zurückblenden auf die Debatte im Vorjahr, als wir noch alle unter dem Eindruck der Ereignisse des 21. August gestanden sind und wo die Meinungen auseinandergegangen sind, ob es notwendig ist, Konsequenzen aus diesem 21. August zu ziehen, an dem die Vorgänge in der benachbarten Tschechoslowakei gewisse Schwächen in unserer Landesverteidigung aufgezeigt haben, an denen ich jetzt gar niemandem Schuld geben will, ich meine, es gibt oft Ereignisse, durch die man plötzlich Schwächen erkennen kann.

Es gibt differente Auffassungen in der Bundesregierung. Darf ich erinnern: Der Herr Bundeskanzler hat hier erklärt, er sehe keine Notwendigkeit Konsequenzen zu ziehen. Ich möchte hier anerkennen, daß der Herr Verteidigungsminister damals in aller Offenheit erklärt hat, selbstverständlich werde man im Bereich des Ministeriums die Konsequenzen daraus ziehen.

Ich darf Sie nun, Herr Minister, nachdem, wie Sie ja wissen, in letzter Zeit wieder verschiedene kritische Stimmen aus dem Bereich der Militärs gekommen sind, die behaupten — ich gebe das lediglich weiter —, es wären keine Konsequenzen gezogen worden, es wären die Zeichen des 21. August 1968 spurlos an der Regierung vorübergegangen, einladen, hier im Hohen Hause heute die Gelegenheit wahrzunehmen, nicht nur uns Abgeordneten, sondern auch jenen, die offenbar nicht wissen oder nicht erkennen, welche Maßnahmen ergriffen worden sind, mitzuteilen, ob und welche Konsequenzen man nach dem 21. August 1968 gezogen hat.

Ich darf auf Grund verschiedener Diskussionen in der Öffentlichkeit etwas klarstellen: Man soll nicht immer alles verniedlichen. Der Krieg ist nichts, über das man solche Märchen erzählen kann. Man soll nicht sagen: Nein, nein, damals war Österreich eh nicht gefährdet, die bösen Russen waren eh ganz brav, sie haben gar nichts getan, sie sind nur so an unserer Grenze gestanden und haben ein bisserl herübergeblickt. — Wir sollen der Öffentlichkeit ruhig sagen, daß natürlich die österreichische Neutralität von den Russen mißachtet worden ist, daß russische Maschinen

vor allem am zweiten Tag Ostösterreich unter Luftkontrolle gehalten haben, daß, völkerrechtlich gesehen, Aggressionshandlungen gesetzt worden sind, daß wir — kein Vorwurf, Herr Minister — natürlich nicht in der Lage waren — noch dazu in der Schrecksekunde, möchte ich fast sagen —, den Russen irgendwo einen Widerstand zu leisten und unseren Luftraum wieder frei zu machen — das wäre eine Utopie. Ich halte es nur für gefährlich — und das geht jetzt nicht gegen Ihr Ministerium, sondern das geht überhaupt gegen diejenigen, die die Situation verniedlichen —, so zu tun, als ob gar nichts gewesen wäre.

Es war voriges Jahr eine tragische Entwicklung in der Tschechoslowakei, wir leben hier am Rande der freien Welt, dasselbe kann sich nächstes oder übernächstes Jahr in einem anderen Nachbarland wiederholen, und ich glaube daher, wir sollten schon in besserer Form darauf vorbereitet sein, wir sollten vor allem einmal auch nicht immer diskutieren: Was ist Neutralität?, sondern wir sollten uns endlich einmal dazu entschließen, allen jenen, die so wie die Russen unsere Neutralität mißachten, auch die nötige Bereitschaft zu zeigen, unsere Neutralität gegen jedermann, auch gegen Unterzeichner des Staatsvertrages, zu schützen. Eine derartig klare Erklärung ist bisher von der Regierung nicht erfolgt; im Gegenteil, man hat immer versucht, das Ganze zu verkleinern und zu verniedlichen.

Zum Abschluß darf ich noch einmal sagen: Wir Freiheitlichen werden aus den angeführten Gründen und weil wir die Politik dieser Regierung ablehnen, auch das Kapitel Landesverteidigung ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Landesverteidigung **Dr. Prader**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Zuge der Diskussion ist immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß die Fragen der Landesverteidigung aus dem Bereich der parteipolitischen Auseinandersetzungen möglichst herausgehalten werden sollen und zu jenen Komplexen zählen sollen, die Anliegen des gesamten österreichischen Volkes sind. Darf ich dazu feststellen, daß das mein permanentes und ständiges Bemühen war und daß vor allem auch der Herr Bundeskanzler dieses Bemühen besonders unterstützt und in seinem Bereich auch weiterhin fortgesetzt hat.

Unmittelbar nach dem Regierungsantritt der monocoloren Regierung war einer der ersten Akte in dieser Beziehung die Vorlage der Wehrgesetznovelle 1966. Ein wesentlicher Faktor dieser Wehrgesetznovelle war der,

13998

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Bundesminister Dr. Prader

daß eine neue Konstellation des Landesverteidigungsrates geschaffen wurde in der Richtung, daß alle parlamentarischen Parteien mit in dieses höchste Beratungsorgan über die österreichische Verteidigungspolitik einbezogen werden. Erst ab diesem Zeitpunkt ist der Verteidigungsrat überhaupt aktiv geworden. In der Koalitionszeit ist er überhaupt kaum in Erscheinung getreten und mit Problemen der Landesverteidigung überhaupt nie richtig beschäftigt worden. Erst seit der monocoloren Regierung, erst seit der Wehrgesetznovelle 1966 ist dieses Instrument ein echtes, wirkliches Instrument zur Gestaltung der österreichischen Landesverteidigungspolitik — ich wiederhole — unter Einbindung und Heranziehung aller politischen Kräfte, die in diesem Hohen Haus vertreten sind, geworden.

Daher hat sich der Landesverteidigungsrat auch sehr wohl mit allen Fragen der Zielsetzung der Verteidigungsproblematik beschäftigt. Es wurde ja hier geklagt, daß eine gemeinsame Zielsetzung nicht vorliege. In diesem Landesverteidigungsrat wurden die Grundsätze der österreichischen Verteidigungspolitik beraten, sie wurden nach einer sehr umfangreichen Zeitdauer und nach Durchführung von vier Sitzungen in der Zeit vom 9. Jänner 1968 bis 17. Mai 1968 verabschiedet. Ein halbes Jahr fast haben diese Beratungen gedauert, nachdem die Vorlage am 16. Oktober 1967 bereits vom Verteidigungsministerium eingebracht worden war.

Hier wurde der erste Teil des Landesverteidigungsplanes beraten und auch einstimmig verabschiedet. Dieser Landesverteidigungsplan enthält gerade das, was hier als angeblicher Fehler, als Mangel kritisiert wurde, nämlich die grundsätzliche Zielsetzung der österreichischen Verteidigungspolitik, die Verteilung der Aufgabenstellung auf die diversen Bereiche der umfassenden Landesverteidigung. Er enthält auch bereits sehr wesentliche Detailbestimmungen und Vorsorgen für den Bereich der militärischen Landesverteidigung. Diese Konzeption — ich wiederhole — ist einstimmig verabschiedet worden.

Es wurde das Organisationsschema des Bundesheeres verabschiedet, und zwar in vier Sitzungen, beginnend vom 20. September 1967 bis zum 5. Februar 1968. Sehr umfangliche Beratungen wurden durchgeführt, und absolut war es nicht so — Herr Abgeordneter, das ist Ihnen genauso wie mir bekannt —, daß die ursprünglich von uns vorgelegte Konzeption in diesem Umfang auch verabschiedet wurde. Es sind sehr wesentliche Änderungen im Zuge der Beratungen an diesem Organisationsschema des Bundesheeres vorgenommen worden, das erstmalig ist und erstmalig nicht

nur eine Zusammenfassung der aktiven Armee, sondern auch eine Einbindung und Zielsetzung in bezug auf die Ausrüstung, auf die Gestaltung und auf die Größenordnung des Reserveheeres umfaßt. Ein gewaltiger Fortschritt, der hier erreicht wurde! Ich kann mir nicht vorstellen, wieso Sie, Herr Abgeordneter Zeillinger, angesichts dieser Gegebenheiten dann hier bemerken können, Sie seien über die Zielsetzung in bezug auf den weiteren Ausbau und die Größenordnung unseres Heeres nicht im Bilde. (*Abg. Zeillinger: Reden Sie doch nicht am Thema vorbei, Herr Minister! — Ruf bei der ÖVP: So wie der Zeillinger!*)

Wir haben im Landesverteidigungsrat auch die Operationsplanung völlig vorgetragen und alle politischen Kräfte dadurch in Kenntnis gesetzt, allerdings in jenem Forum, das dazu geeignet ist, kraft seiner Konstruktion, kraft seiner Geschäftsordnung und kraft der ihm erteilten Aufgabenstellung. Wir haben wesentliche Teile der Rüstungsfragen dort vorgetragen und unsere Absichten kundgetan.

Herr Abgeordneter, was versteht man eigentlich unter „Konzept“? (*Abg. Zeillinger: Andauernd düpiieren Sie den Verteidigungsrat!*) Was versteht man unter Konzept? Welche Konzepte meinen Sie? Meinen Sie die Organisationskonzepte, meinen Sie die Operationskonzepte, meinen Sie die Versorgungskonzepte, meinen Sie darüber hinaus die zivilen Landesverteidigungskonzepte, meinen Sie die Personalkonzepte? Sie sagen nur schlechthin: „Kein Konzept!“ Das ist schwer zu beantworten, wenn nicht konkret die Frage gestellt wird, um welche Konzeption es sich im entsprechenden Fall tatsächlich handeln soll. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte mit Betonung unterstreichen, daß nach der Geschäftsordnung des Landesverteidigungsrates zwei Abgeordnete das Recht haben, zu verlangen, daß eine Sitzung einberufen wird, daß dort jedes Thema zur Debatte gestellt werden kann. (*Abg. Zeillinger: Mit falschen Ziffern! Das ist uninteressant!*) Ich möchte feststellen, daß solche Verlangen nicht gestellt wurden. Ich möchte dazu auch feststellen (*Abg. Zeillinger: Solange Sie dort sitzen, haben Ihre Generäle nicht den Mut zu sprechen!*), daß Vorschläge irgendwelcher Art uns dort nicht vorgelegt wurden, damit sie gemeinsam geprüft, damit sie gemeinsam beraten und damit sie gemeinsam womöglich dann auch erarbeitet und verabschiedet werden können. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Zeillinger.*) Das sind die Fakten, und ich habe mich an die Fakten zu halten. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*) Und ich habe das Recht, hier von der Regierungsbank die

Bundesminister Dr. Prader

tatsächlichen Fakten auch der Öffentlichkeit klarzumachen. (*Abg. Zeillinger: Und ich erkläre, daß Sie im Verteidigungsrat mit falschen Ziffern operieren! Heben Sie die Vertraulichkeit auf, und wir bringen das hier vor!*)

Präsident Wallner: Ich bitte, den Minister nicht fortwährend zu unterbrechen. (*Neuerliche Zwischenrufe.*)

Bundesminister Dr. Prader (*fortsetzend*): Die Opposition hat gemeint, daß das Wehrbudget nicht entsprechend sei. Ich gebe Ihnen absolut zu, daß das Wehrbudget nicht entsprechend ist gemäß den Aufgaben, die zu bewältigen sind. Aber ich möchte Ihnen auch die andere Seite zu bedenken geben: Zeigen Sie mir einen Minister, der mit dem ihm zugeteilten Budget zufrieden ist! Natürlich will man mehr machen, natürlich will man rascher vorankommen, das liegt in der Natur der Sache. Und nehmen Sie es auch unserer Generalität nicht übel, wenn sie, die ja die Verhältnisse in der Umwelt, in den anderen vergleichbaren Staaten kennt, bei den dort gegebenen Möglichkeiten im Gegensatz zu unseren Möglichkeiten nicht immer Zufriedenheit ausstrahlt. Das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit hier sagen.

Diese Dinge sind ja nicht sehr populär, wie die Staatsnotwendigkeiten an sich nicht immer gerade in der Popularitätsrangliste an der ersten Stelle stehen, aber dafür sind sie umso entscheidender für unser gesamtes Staatswesen. Es geht uns natürlich auch in der Beurteilung durch die Öffentlichkeit so. Außer es zeichnen sich ernste Krisensituationen ab wie voriges Jahr, dann wird die Auffassung aufgeschlossener. Kaum aber ist wieder einige Zeit vorbei, dann ist auch so manche Initiative nicht mehr spürbar.

Dessenungeachtet möchte ich feststellen — und ich ersuche Sie, das an Hand der Ziffern zu kontrollieren —, daß seit dem Jahre 1966 bis zum Jahre 1970 immerhin eine Steigerung des Verteidigungsbudgets um 26 Prozent stattgefunden hat. Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen im Ausschuß vorgerechnet, daß wir bei Exemtstellung des Sofortprogramms — und durch die Exemtstellung wird ja klar erwiesen, daß diese Konzeption außerhalb des normalen Rahmens gestellt wird und gemäß der Planung auch zur Verwirklichung kommt — einen zusätzlichen Betrag von 282,1 Millionen Schilling gegenüber dem Verteidigungsbudget des Jahres 1969 haben. Dazu kommt noch die Tangente des Sofortprogramms. An diesen Ziffern ist nicht zu deuteln. Wer hier herausrechnen kann, daß es sich um eine Kürzung von 200 Millionen handelt — ich weiß nicht, wie man zu solchen

Ziffern kommen könnte. (*Abg. Preußler: Reden Sie mit Spannocchi selbst, Herr Minister, lassen Sie sich das erklären!*) Vielleicht gegenüber der Wunschliste, die wir erstellt haben, nicht aber kann es sich hier um eine faktische Kürzung gegenüber den Ansätzen des heurigen Jahres handeln. Das wissen Sie, Herr Abgeordneter (*Bundesminister Dr. Prader wendet sich an Abg. Peter*), weil Ihnen ja das Budget (*Abg. Peter: Das war der Preußler!*) und weil Ihnen ja auch die Budgetziffern vorliegen. Sie wissen das genau so gut wie ich. (*Abg. Preußler: Ihr Chef der Landesverteidigungsakademie! — Abg. Peter: Preußler, an die glaubt doch ein General nicht!*) Herr Abgeordneter, auch ein General kann sich irren! (*Abg. Peter: Prader ist gescheitert!*) Auch ein General kann sich irren. (*Abg. Weikhart: Nur der Prader nicht!*) Das habe ich auch nicht behauptet, das ist Ihre Behauptung. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Nur können Sie nicht Behauptungen aufstellen bezüglich dessen, was ich meine; Sie können mir nicht das in den Mund legen, was Sie gerne hätten, daß ich sage. Aber, Herr Abgeordneter, rechnen Sie die Ziffern in der Gegenüberstellung nach. Sie werden zu diesem Ergebnis kommen!

Ich wiederhole hier mit aller Deutlichkeit, daß sich an der Zielsetzung und an der Wirkung des Sofortprogramms nichts, aber schon gar nichts geändert hat! Herr Abgeordneter, vielleicht verfolgen Sie auch das, was wir seinerzeit gesagt haben, wozu dieses Sofortprogramm Verwendung finden soll:

Ein Betrag von 500 Millionen Schilling dient zur Verbesserung der Kraftfahrzeugausstattung. Das geschieht mit dem gleichen Tempo, so wie es bisher vorgesehen war.

Ein Betrag von 200 Millionen Schilling dient zur Verbesserung der Infrastruktur im Bereich unserer militärischen Anlagen. Zum Teil ist dieses Programm schon abgewickelt. Sie selbst wissen, daß das gewaltige und aufwendige Problem der Pistenerneuerung bereits bewältigt ist.

60 Millionen Schilling waren von vornherein in diesem Konzept für den Ausbau des Flugfunksystems vorgesehen. Das ist in Durchführung begriffen.

Wir haben von vornherein klar erklärt, daß 240 Millionen Schilling von diesem Betrag für Mannesausrüstung und zusätzliche Bewaffnung, für die Reserveverbände, insbesondere für die Aufstockung der Landwehrverbände, benötigt werden.

Genau dieses Konzept wird durchgeführt! Daher kann man schwer von einer Konzeptverwirrung, oder wie Sie das immer gerne

14000

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Bundesminister Dr. Prader

haben möchten, von einer Konzeptlosigkeit sprechen.

Eines ist tatsächlich sehr schwer, Herr Abgeordneter: auf der einen Seite jede Mittelzuteilung für die Landesverteidigung zu bekämpfen und auf der anderen Seite gleichzeitig die Durchführung von Vorhaben zu verlangen, die das Mehrfache dessen erfordern, was gegenwärtig an Mitteln zur Verfügung steht. Eben weil wir uns nach der Decke strecken, eben weil wir im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten unsere Konzeptionen langfristig entwickeln und durchführen, haben wir auch diese effektiven und unbestreitbaren Erfolge in unserer Ausrüstungskonzeption erreichen können. Das kann niemand hinwegdeuteln.

Deswegen haben wir auch in Verbindung damit, weil die Landesverteidigung und auch die Probleme militärische Landesverteidigung sich nicht nur in der Rüstungskonzeption ausdrücken, sondern auch in vielen anderen Bereichen, unsere anderen Konzepte dazugelegt: auf dem personellen Sektor durch Verbesserung der personellen Gegebenheiten, des Dienstrechtes, des Gehaltsrechtes, des Zulagenrechtes, durch Verbesserung aber vor allem auch der Grundlagen für jede Einsatzfähigkeit, durch Verbesserung der Mobilisierungsbestimmungen, der Einsatzmöglichkeiten durch Schaffung einer neuen Verfügungsmächtigung. Alle diese Dinge, die nicht vorhanden waren oder nicht in geeigneter Form vorhanden waren, wurden geschaffen. Sie wurden als wirksames Instrument geschaffen, sie wurden zu einem wirksamen Instrument für das österreichische Bundesheer, weil ja auch die Voraussetzungen für den Einsatz genauso wesentlich sind wie dann die Fähigkeit der Truppe, diesen befohlenen Einsatz zu leisten. Das, glaube ich, dürfen wir vermerken.

Herr Abgeordneter! Wenn Sie das Personalproblem anschneiden — auch andere Herren haben das getan —, so glaube ich, sind wir belesen genug, um vor allem auch die Diskussion in unserem westlichen Nachbarland, der Bundesrepublik Deutschland, sowie in anderen Bereichen zu verfolgen. Da zeigt sich nämlich, daß das Problem der Kaderpersonallage das Problem katexochen fast jedes Heeres ist, auch des österreichischen Bundesheeres!

Hier haben wir uns daher mit konzeptiven Vorschlägen beschäftigt, von denen ausgehend wir glauben, daß wir Anreize bieten, diesen nicht sehr angenehmen Beruf zu ergreifen. Herr Abgeordneter, das ist ein Problem, an dessen Lösung die gesamte österreichische Öffentlichkeit mitwirken muß, nämlich auch diesem Beruf jene Bedeutung, jene Achtung und jene Wertschätzung allgemein zuzu-

messen, die er nicht nur berechtigt fordern kann, sondern die wir auch benötigen, damit sich Menschen eben für diesen Beruf zur Verfügung stellen (*Beifall bei der ÖVP*) und damit es nicht ab und zu in Zeitschriften und Verlautbarungen so aussieht, als wäre das ein Beruf fast nur für Mörder. Das möchte ich hier von dieser Stelle aus mit besonderem Nachdruck festgestellt haben. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Beruf für „Mörder“? Da applaudieren sie noch! — Abg. Zeillinger: Haben Sie wirklich „Mörder“ gesagt, Herr Minister? — Abg. Peter: Das ist doch unerhört! — Abg. Zeillinger: Da applaudieren sie noch! — Lebhaftes Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Weitere anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Wallner (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Bundesminister Dr. Prader (*fortsetzend*): Auch die gesellschaftspolitische Situation ist für den Aufbau sehr entscheidend und sehr wichtig. Wir haben daher jene Maßnahmen getroffen, die ich Ihnen bereits genannt habe. (*Weitere Zwischenrufe. — Abg. Zeillinger: Das ist Diffamierung, Kollege Marwan-Schlosser!*)

Es wurde mir hier vorgeworfen: Wenn ich Vorschläge und Verbesserungsvorschläge, wenn ich neue Ideen bekäme, so würde ich a priori die Behauptung aufstellen, daß ich mich damit überhaupt gar nicht beschäftigen werde. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir uns mit jedem Vorschlag außerordentlich eingehend beschäftigen und daß wir nie den Standpunkt eingenommen haben, daß Vorschläge, die nicht unmittelbar aus unserem Hause kommen, nicht akzeptabel oder nicht untersuchungswert seien. (*Ständig anhaltende Zwischenrufe der Abg. Zeillinger und Peter.*) Im Gegenteil: Alles, was uns als Mithilfe angeboten wird, wird dankbarst entgegengenommen, und alles, was zweckmäßigerweise nach genauer Prüfung als verwertbar erscheint, wird dann tatsächlich auch verwertet.

Es wurde hier auch angezogen, wir hätten uns nicht mit der Frage der sechsmonatigen Dienstzeit auseinandergesetzt. (*Ununterbrochene Zwischenrufe. — Abg. Meißl: Er hat den Ruf des Bundesheeres soweit gebracht! — Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Zeillinger. — Abg. Peter: Das ist kein Paradeheer, das Bundesheer! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Anhaltende stürmische Zwischenrufe.*)

Präsident Wallner (*erneut das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, Zwischenrufe zu unterlassen und sich zum Wort zu melden!

Präsident Wallner

(Abg. Peter: Herr Prader soll nicht von Mördern reden in dem Haus! — Abg. Zeillinger: Wir lassen uns nicht als Mörder bezeichnen in diesem Haus! — Abg. Peter: Einen Ordnungsruf für Prader, Herr Präsident! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt neuerlich das Glockenzeichen.)

Bundesminister Dr. Prader (fortsetzend): Herr Abgeordneter Peter! Ich würde Sie bitten, daß Sie sich den Text dessen ansehen, was ich hier gesagt habe (Abg. Zeillinger: Sie haben „Mörder“ gesagt!), um vielleicht dann zu einer anderen Beurteilung zu kommen. (Weitere anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! (Abg. Zeillinger: Damit unterstellen Sie uns das ja! Das ist Diffamierung, was Sie da betreiben! Und dann wundern Sie sich, daß niemand Offizier werden will! — Weitere lebhaftige Zwischenrufe.)

Ich bitte Sie, sich doch zu beruhigen, damit wir die Verhandlungen in Ordnung weiterführen können. (Abg. Zeillinger: Sagen Sie das dem Minister, er soll nicht in diesem Haus solche Diffamierungen aussprechen! — Zwischenrufe der Abg. Peter und Melter. — Abg. Glaser: Benehmen Sie sich nicht wie Lümmeln! — Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ. — Abg. Zeillinger: Ich möchte wissen, Kollege Glaser: Wer ist ein Lümmel hier? — Weitere stürmische Zwischenrufe.)

Ich bitte, die Verhandlungen nicht zu stören. (Abg. Zeillinger: Kollege Glaser, wer ist ein Lümmel hier? — Abg. Anton Schlager: Sie sind ein Lümmel! — Abg. Jungwirth: Einen Ordnungsruf, Herr Präsident! Glaser hat „Lümmel“ gesagt! — Abg. Dr. Gorbach: Der Präsident kann den Ordnungsruf auch nachher erteilen!)

Man versteht hier überhaupt kein Wort mehr! Ich werde alles aus dem Protokoll feststellen lassen! (Weitere lebhaftige Zwischenrufe bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Weikhart: Einen Ordnungsruf, Herr Präsident! Das müssen Sie doch gehört haben! — Abg. Zeillinger: Das haben Sie nicht gehört, Herr Präsident?)

Sie müssen verstehen, daß bei diesem Lärm hier überhaupt nichts zu hören ist, überhaupt wenn ein einzelner etwas sagt! (Abg. Peter: Herr Prader soll sich eines anderen Tones bedienen, dann werden wir weiterdiskutieren können! — Abg. Weikhart: Das ganze Haus hört diesen Zwischenruf, diese Beleidigung, nur der Präsident hört es nicht! — Abg. Horr: „Lümmel“ sagt er, der Postpackschupfer! Da hört sich doch alles auf! —

Abg. Guggenberger: Das Volk wird wieder sagen: „Schaut euch das Parlament an!“)

Ich bitte nun die Zwischenrufe zu unterlassen, damit wir die Verhandlungen in Ordnung fortführen können. (Abg. Weikhart: Dann erteilen Sie doch endlich den Ordnungsruf! Das müssen Sie doch gehört haben da oben! — Weitere Zwischenrufe.)

Nach der Geschäftsordnung steht es mir zu, wenn ich selbst eine Beleidigung nicht gehört habe, das einwandfrei feststellen zu lassen, und das werde ich auch tun. (Erneute Zwischenrufe und Gegenrufe. — Abg. Horr: Glaser glaubt, er ist in einer Salzburger Bierhalle!) Ich bitte um Ruhe! (Weitere anhaltende Zwischenrufe und Lärm.) Ich werde einen Ordnungsruf erteilen, wenn ich festgestellt habe, was gesagt wurde. (Abg. Weikhart: Zuerst wird von „Mördern“ gesprochen und dann von „Lümmeln“, und der Präsident hört nichts! — Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe.)

Ich unterbreche die Sitzung auf fünf Minuten und werde in dieser Zeit feststellen, was hier vorgefallen ist.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 32 Minuten unterbrochen und um 11 Uhr 37 Minuten wiederaufgenommen.

Präsident Wallner: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich teile mit, daß ich inzwischen festgestellt habe, daß der Herr Abgeordnete Schlager zu Herrn Abgeordneten Zeillinger den Zuruf getan hat: „Sie sind ein Lümmel!“ Ich erteile ihm deswegen den Ordnungsruf. (Abg. Preußler: Der Abgeordnete Glaser war es! — Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)

Der Abgeordnete Glaser hat ebenfalls zu den Freiheitlichen gesagt: „Benehmen Sie sich nicht wie Lümmeln!“ Ich erteile ihm ebenfalls den Ordnungsruf. (Abg. Preußler: Na also!)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich bitte den Herrn Minister fortzusetzen.

Bundesminister Dr. Prader (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Es wurde hier die Meinung vertreten, daß wir uns nicht mit allen Vorschlägen und mit allen Auffassungen richtig und ernstlich auseinandersetzen würden. Ich möchte hier dazu feststellen und ich wiederhole, weil ich der Auffassung bin, daß meine Bemerkungen dazu vielleicht im Lärm untergegangen sind, daß wir uns sehr wohl und sehr gewissenhaft mit allen Auffassungen, mit allen uns zugekommenen Vorschlägen eingehendst beschäftigten, schon deswegen, weil wir wissen, daß viele, sehr viele gute Bemühungen vorhanden sind, die sich mit den Gedanken auseinandersetzen, wie man diese Pro-

14002

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Bundesminister Dr. Prader

blematik, die wohl zu den schwierigsten und heikelsten Problematiken überhaupt gehört, bewältigen kann. Vor allem auch, weil uns aus Kreisen Vorschläge zukommen, die die Bedeutung der Landesverteidigung besonders für einen neutralen Staat, besonders für einen neutralen Staat wie Österreich im Herzen Europas, betonen und ihn bejahen. Wir werden diese Vorschläge, wie ich gesagt habe, sehr dankbar zur Kenntnis nehmen und uns bemühen, herauszuschälen, wieweit wir vortragenes Gedankengut verwirklichen können.

Ich möchte heute die Gelegenheit benützen, zur Frage einer allfälligen Wehrdienstzeitverkürzung Stellung zu nehmen. Es wurde ja die Frage aufgeworfen, ob man nicht mit einer sechsmonatigen Wehrdienstzeit das Auslangen finden könnte.

Zunächst darf ich dazu sagen: Sechs Monate allein sind kein Wehrkonzept. Das ist nur ein Element in einer Gesamtkonzeption, wenn auch ein sehr wesentliches. Wenn man nun dazu Stellung nehmen soll, muß man das ganze System, das man plant, dazusagen, um überhaupt eine Bewertung und eine Beurteilung vornehmen zu können. Bis jetzt ist ein solches Konzept nicht vorgelegt worden.

Zur Frage der Wehrdienstzeit selbst möchte ich hier wiederholen, was ich bereits sehr oft gesagt habe, daß ich in dieser Frage absolut keine dogmatische Haltung einnehme. Entscheidend für die Beurteilung dieser Frage erscheint mir, ob unsere Armee, wenn diese Gegebenheiten angenommen werden, die ihr gestellten und verfassungsmäßig übertragenen Aufgaben dann noch erfüllen kann, ob sie ihnen gerecht werden kann, und in weiterer Folge wie nun die finanziellen Auswirkungen solcher Konzepte sind. Eine These aufzustellen und nachher erst die Auswirkungen zu prüfen, ist meines Erachtens ein unrichtiger Vorgang. Der Vorgang muß umgekehrt sein. Ohne genaue Kenntnis des unter Zugrundelegung einer sechsmonatigen Dienstzeit vorgeschlagenen Gesamtsystems ist auch eine eindeutige Berechnung der finanziellen Auswirkungen unmöglich.

Folgende Auswirkungen sind aber auf alle Fälle gegeben:

Ohne Mobilmachung wären keine einsatzfähigen Truppen mehr vorhanden. Die Zahl der präsentdienenden Soldaten würde sich um ein Drittel vermindern; von 33.000 auf 22.000, davon aber 11.000 in der Grundausbildung.

Da die technischen Einrichtungen Anlagen und Einheiten auf alle Fälle, auch bei einem verminderten Stand, auf vollem Stand gehalten werden müßten, blieben für die herkömmlichen Waffengattungen, also Infanterie,

Panzer, Panzergrenadiere, Panzerjäger und Artillerie, so gut wie keine Soldaten mehr übrig. Diese Verbände könnten nur mehr als Rahmenverbände geführt werden. Volumensmäßig würde dies die Stilllegung von etwa 100 Einheiten — das entspricht fünf Brigaden bei insgesamt sieben, die wir derzeit haben — im Gefolge haben.

Die Mobilmachungsbasis würde entscheidend geschwächt. Der Kadernmangel würde nicht vermindert, er würde ins Unerträgliche gesteigert, da dann nicht einmal mehr die Hilfsausbildner, die uns jetzt noch vielfach über Schwächen hinweghelfen, zur Verfügung stünden.

Die erforderlichen Wachdienste und ähnliche Dienste im gesamten Heer — 2500 täglich — müßten in gleichem Umfang mit viel weniger Soldaten bewältigt werden. Der sogenannte Leerlauf würde sich daher sehr erheblich steigern. Allein der Ersatz von nur 50 Prozent dieses Wachdienstes etwa durch Zivilwächter erfordert einen Betrag von 32,4 Millionen Schilling.

Derzeit sind rund 2600 Wehrpflichtige in unseren technischen Diensten tätig. Nur durch den Einsatz dieser Wehrpflichtigen ist es möglich, unseren technischen Betrieb halbwegs zu bewältigen. Der Abfall um ein Drittel müßte durch technisches Zivilpersonal ersetzt werden, das — abgesehen davon, daß es gar nicht aufbringbar wäre — Mehrkosten allein von 130 Millionen Schilling jährlich verursachen würde.

Für die Erhaltung der sofortigen Einsatzbereitschaft der Waffen und Geräte der stillgelegten Einheiten müßten Wartungsstellen (Depots und Parks) eingerichtet und mit zivilem Personal besetzt werden. Derzeit wird die Wartung der Geräte nicht nur des aktiven Heeres, sondern auch des Reserveheeres zu gut 90 Prozent von den Präsenzdienstpflichtigen selbst durchgeführt.

Statt der derzeitigen Instruktionen müßten jährlich längere Waffenübungen — etwa drei Wochen — durchgeführt werden. Diese können weder finanziell noch personell verkraftet werden. Ein Präsenzdiener kostet im Tag durchschnittlich 52 S, ein Wehrpflichtiger der Reserve hingegen im Durchschnitt 182 S. Dreiwöchige jährliche Waffenübungen — und das in viel größerer Breite, als das derzeit bei den Instruktionen geschieht — belasten die Wirtschaft und die Wehrpflichtigen persönlich viel mehr und stärker, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Das sind nur einige Hinweise, die die gewaltige Problematik erkennen lassen, die mit dieser Frage verbunden ist.

Bundesminister Dr. Prader

Auch ich bin, was ich hier betonen möchte, weil ich weiß, daß die Wehrpflicht eine gewaltige Belastung unserer jungen Menschen ist, der Auffassung, daß man diese nur in unumgänglich notwendigem Ausmaß auch zu dieser Belastung heranziehen und verpflichten sollte. Die Alternative kann aber nur sein: ein einsatzfähiges Heer oder gar keines. Jedes „Dazwischen“ ist weder gegenüber dem Steuerzahler noch gegenüber dem Wehrpflichtigen verantwortbar.

Ich möchte hier doch auch auf einen Umstand verweisen, weil man ja bei Beurteilung dieser Dinge letzten Endes — und das scheint mir vernünftig — auch die Beurteilungen in anderen Ländern, in anderen Armeen mit heranziehen muß, obwohl ich mir bewußt bin, daß man natürlich ein Analogon nicht herstellen kann. Wenn Sie die Regierungserklärung des neuen deutschen Bundeskanzlers Brandt lesen, der ebenfalls zu dieser schwierigen Frage Stellung genommen hat, so waren seine Ausführungen sehr, sehr vorsichtig. Er hat sich selbst bei einer Wehrdienstzeit von 18 Monaten in Deutschland noch nicht für eine kürzere Wehrdienstzeit ausgesprochen, sondern diese Frage sehr ernst und eingehenden Prüfungen anheimgestellt, um dann auf Grund des Ergebnisses eine Entscheidung treffen zu können.

Ich glaube, daß man die Frage der Dauer der Wehrpflicht in der Behandlung versachlichen, aus der Emotion herausnehmen muß, um so zu einem System zu kommen, das den Effekt, den ich genannt habe, sicherstellt und das auch dem anderen Bereich, soweit dies nur irgendwie möglich ist, gerecht zu werden vermag. Darum bemühen wir uns.

Ich habe immer erklärt, daß jedes System nicht ein System für ewig sein kann, daß es ständig zu durchleuchten und zu überprüfen ist, ob Verbesserungen möglich sind. Man muß aber bei Vorschlägen dieser oder jener Art — auch bei dem Vorschlag, den Sie, Herr Abgeordneter Preußler, in bezug auf die Einbindung der Ausbildungsverbände in Einsatzverbände gemacht haben — alle Dinge ins Kalkül ziehen. Dort, wo das ohne zusätzliche besondere Aufwendungen, und dort, wo das ohne Schmälerung der Mobbasis für unsere Reserve möglich war, ist es ja bereits geschehen. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

In diesem Stil wollen wir weiterhin an der Gestaltung unserer Wehrpolitik arbeiten. Ich glaube, daß bei verhältnismäßig geringen Mitteln in zielgerechter Verfolgung klarer Konzepte so wie bisher — die Erfolge beweisen das — auch eine Steigerung unseres Verteidigungspotentials möglich sein wird und

daß der weitere Aufbau hier vorangetrieben werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Bevor ich dem nächsten Abgeordneten das Wort erteile, bringe ich zur Kenntnis, daß der Ordnungsruf dem Anton Schlager gegolten hat; wir haben ja zwei Schlager hier im Haus.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mondl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Mondl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Legislaturperiode der ÖVP-Allein-Landesverteidigungspolitik geht nun zu Ende. Mein Kollege Preußler zog Bilanz, und es wäre am Anfang nichts hinzuzufügen gewesen. Kollege Marwan-Schlosser hat das Bundesheer dann aber von einer Warte aus betrachtet, die uns Österreichern völlig unbekannt ist. Wenn man jetzt auch noch gehört hat, was Herr Bundesminister Prader für einen Erfolgsbericht abgegeben hat, kann man sich nur eines vorstellen: Entweder bekommt er lauter Gefälligkeitsberichte in das Ministerium geliefert, oder — verzeihen Sie mir bitte diesen harten Ausdruck — Sie sind tatsächlich, Herr Bundesminister, mit Blindheit geschlagen.

Es wurde dauernd behauptet, es gehe um die Einsatzfähigkeit, ob das Bundesheer einsatzfähig ist oder nicht. Wenn das Bundesheer nicht einsatzfähig ist, wenn die Einsatzfähigkeit nicht gewährleistet ist, hat das Bundesheer ja überhaupt keinen Sinn. Herr Bundesminister, wir haben uns Jahre hindurch damit beschäftigt, ob die Einsatzfähigkeit der einzelnen Einheiten gewährleistet ist. Ich habe Sie im Vorjahr gebeten, Sie mögen um 7 Uhr früh zu irgendeiner Einheit der Gruppe I hinausgehen und die Antrittsstärken prüfen. Ich glaube, Sie haben es bis heute nicht getan, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß Sie heute von diesem Tisch aus einen solchen Erfolgsbericht gegeben haben.

Sie haben gesagt, das sei ganz einfach nur eine Pauschalbehauptung, das wäre nicht wahr. Herr Bundesminister, es kann doch nicht möglich sein, daß der Gruppenkommandeur der Gruppe III, General Paumgarten, der Gruppenkommandeur der Gruppe II, Bach, daß General Spannocchi, selbst General Lütgendorf, der Chef des Ausbildungswesens, Segür-Cabanac, also hervorragende Militärs, gerade das Gegenteil von dem aussagen, was hier Kollege Marwan-Schlosser erklärt hat und was Sie uns hier gesagt haben. Wenn dem so ist, daß Sie recht haben, dann müßten diese Herren abgezogen werden, sonst wäre es unmöglich, denn dann wären die unfähig. Irgendwo stimmt da etwas nicht, irgendwo ist hier ein Bruch vorhanden.

14004

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Mondi

Sie haben gesagt, wir bezeichnen die Berufssoldaten, Offiziere oder Unteroffiziere als Mörder. (*Abg. Hagenauer: Ist ja nicht wahr!*) Ich möchte hier eindeutig feststellen, daß dies von unserer Fraktion aus niemals erfolgt ist. Wenn das vielleicht im Zusammenhang mit der Diskussion über die Rangerausbildung betrachtet wird, dann muß ich sagen, daß wir nur hinsichtlich der Ausbildungsart Bedenken gehabt haben, jedoch nicht hinsichtlich der Tätigkeit.

Wir haben zu Beginn dieser Gesetzgebungsperiode in Angelegenheit der Landesverteidigung eine echte Zusammenarbeit angeboten. Dieses Angebot, Herr Bundesminister, wurde entgegen Ihrer jetzigen Aussage nicht angenommen. Es ist doch kein Vergleich, eine echte Zusammenarbeit oder die angezogene Arbeit im Landesverteidigungsrat. Im Landesverteidigungsrat ist doch überhaupt keine Chancengleichheit bezüglich der Zusammenarbeit vorhanden! Es fehlt uns ja dort jegliches Material, es fehlen jegliche Unterlagen, um die Dinge in Details zu prüfen.

Noch im Vorjahr, unmittelbar nach den Ereignissen des 21. August 1968, schien es vorübergehend so, als käme es noch zu einem gemeinsamen, den wirtschaftlichen und finanziellen Realitäten Rechnung tragenden Landesverteidigungskonzept. Einem von der ÖVP allein ausgearbeiteten Sofortprogramm wurde der Vorzug gegeben, der sogenannten Wehrmilliarde. Es wurde heute kritisiert, daß wir diese Wehrmilliarde abgelehnt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir genau gewußt haben, daß dieses Sofortprogramm ebensowenig dazu beitragen kann, am derzeitigen Zustand unserer Landesverteidigung im allgemeinen und unseres Bundesheeres im besonderen etwas zu ändern wie die Umorganisation 1962 und 1963 und die Reorganisationsmaßnahmen im Jahre 1968, haben wir diesem Sofortprogramm nicht unsere Zustimmung gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Machen wir uns doch nichts vor: Dieses Sofortprogramm, diese Wehrmilliarde ist und bleibt nichts als eine Summierung von Einzelwünschen ohne organischen Zusammenhang. Das ist das entscheidende.

Es hat damit begonnen, daß nach dem 21. August Kontakte waren, es hat sich ein echtes Gespräch angebahnt. Ich habe das hier im Hohen Haus bereits dargestellt und habe aufgezeigt, daß damals der Herr Bundeskanzler, der Abgeordnete Marwan und der Abgeordnete Glaser mit uns gesprochen haben. Dann war auf einmal ein Bruch, dann haben wir nichts mehr gehört, und die Dinge sind ganz anders gekommen. Es kam nun, wie es

kommen mußte, daß sich unser Landesverteidigungsinstrument, das Bundesheer, in einem solchen personellen und ausrüstungsmäßigen Zustand befindet, daß mit Recht die Frage gestellt wird: Was halten Sie überhaupt vom Heer?

Wenn heute der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser ausführlichst über Programmpunkte beziehungsweise über Wünsche und Forderungen sozialistischer Studentenorganisationen gesprochen hat, möchte ich ihn doch an die steirische Umfrage unter den Delegierten des ÖVP-Parteitages und an das Ergebnis dieser Befragung erinnern. War dort auch so ein Optimismus vorhanden, wie es heute hier dargestellt wurde? Die Zeitungen berichten uns jedenfalls etwas anderes darüber.

Noch negativer als die ÖVP-Delegierten reagieren maßgebliche hohe Militärs, Offiziere, Unteroffiziere, Dienstgrade sowie Chargen und auch ordentliche Präsenzdiener. Das erleben wir doch täglich bei den Diskussionen hier im Hohen Haus. Das ist auch irgendwie verständlich, denn sie sind es ja, die den tatsächlichen Zustand aus ihrer täglichen Praxis kennen, sie sind ja die eigentlichen Leidtragenden und können nicht begreifen, warum bewußt oder unbewußt zwar die staatspolitische Notwendigkeit einer umfassenden Verteidigungsbereitschaft immer wieder besonders unterstrichen, die Effektivierung dieser zumutbaren Verteidigung jedoch durch die Alleingangsmaßnahmen der Österreichischen Volkspartei immer mehr in Frage gestellt wird.

Es stimmt, wir haben uns im Landesverteidigungsrat unter anderem mit dem Organisationsschema des Bundesheeres in vier oder sogar mehr Sitzungen beschäftigt. Die sozialistischen Mitglieder haben ihre positive Mitarbeit durch 27 Abänderungsvorschläge — darüber ist heute schon so viel gesprochen worden, daß man von einer Geheimhaltung nicht mehr reden kann — bekundet, die fast zur Gänze angenommen wurden. Ich glaube, dadurch ist unsere positive Mitarbeit ja besonders bekundet worden.

Trotzdem muß ich in diesem Zusammenhang, um alle weiteren Legendenbildungen zu verhindern, mit aller Deutlichkeit feststellen, daß die sozialistischen Mitglieder des Landesverteidigungsrates Teile dieses Organisationschemas nicht billigen, und zwar aus folgenden Gründen. Der Gesamtrahmen entspricht nicht den realen Gegebenheiten, Herr Bundesminister. Das ist das entscheidende. Der strukturelle Aufbau des Bundesheeres entspricht nicht den österreichischen Erfordernissen. Die materiellen Voraussetzungen sind für die Erfüllung dieses Organisationschemas nicht sichergestellt. Und was uns als sehr wesentlich

Mondl

erschien: die oberste militärische Kommando-führung des Heeres ist noch immer nicht gesondert organisiert. Das sind die maßgeblichsten Teile dieses Organisationsschemas gewesen.

Wenn heute davon gesprochen wurde, daß die Zusammenarbeit besonderes im Landesverteidigungsrat sehr gut ist und daher gefördert werden kann beziehungsweise die Konsultationen der Partei, dann möchte ich sagen, daß wir eine Reihe sehr heikler Dinge besprochen haben, die wir nur sozusagen in einem 45-Minuten-Vortrag an den Kopf geworfen bekommen haben, und zwar ohne jegliche Unterlagen, ohne alles, und wir waren nicht in der Lage, zu prüfen, ob das gut ist, ob das schlecht ist, ob das so oder anders gemacht werden soll.

Aber diese maßgeblichen Gründe, die ich vorhin angezogen habe im Zusammenhang mit dem Organisationsschema, sind die Ursachen für das zunehmende Unbehagen und für die mangelnde Glaubwürdigkeit in Fragen der Landesverteidigung innerhalb des Bundesheeres und darüber hinaus in allen Schichten der österreichischen Bevölkerung. Die österreichische Bevölkerung steht der ständig in allen Bereichen demonstrierten Alibilandesverteidigung verständnislos gegenüber, ja sie lehnt sie ab. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu sind sowohl die finanziellen, aber auch die personellen Opfer viel zu groß! Entweder haben wir die ernste Absicht, die Unabhängigkeit, Freiheit und immerwährende Neutralität der Republik zu schützen — dann ist es die Pflicht, nach Ordnung, nach dem Rechten zu sehen — oder es werden andere außerhalb Österreichs diese Aufgabe übernehmen; was das kostet, haben wir ja schon einmal erlebt. Einen Mittelweg gibt es meiner Meinung nach nicht. Darüber müssen wir uns einmal im klaren sein.

Unser Parteiobmann, der Abgeordnete Kreisky, stellte vor kurzem fest: Österreich ist ein Staat mit begrenzten wirtschaftlichen Quellen, aber gerade weil unsere Quellen begrenzt sind, müssen wir darauf Wert legen, daß sich die Landesverteidigung um immer größere Effektivität bemüht, daß sie ihr Konzept immer wieder im Licht der sich rasch ändernden Bedingungen überprüft.

Ich glaube, das einzige, was unbestritten ist, das ist der Zweck unserer Wehrpolitik. Wenn wir die heutige Debatte verfolgt haben, dann steigen uns langsam aber sicher auch dabei Zweifel auf. (*Abg. Staudinger: Kollege Mondl! In undurchsichtigen Formulierungen war er immer schon sehr tüchtig, Ihr Parteiobmann!*) Meine Formulierungen, die wollen Sie mir doch selbst überlassen! Ich habe einem anderen auch noch nicht Formulierungen vor-

geschrieben. (*Abg. Staudinger: Nein, ich habe die Formulierungen Ihres Parteiobmannes gemeint! — Ruf bei der SPÖ: Die sind auch nicht schlecht!*)

Angesichts der modernen Formen der Bedrohungsmöglichkeiten — Krisen-, Neutralitäts- oder Konfliktfall — dürfen die Vorsorgen nicht nur auf den militärischen Bereich beschränkt sein. Wirtschaftliche, zivile und psychologische Maßnahmen werden die militärischen Komponenten ergänzen müssen. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Aber die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Koordinierung aller dieser Maßnahmen müssen erst geschaffen werden. Auf die zusätzliche Mitarbeit der Interessenvertretungen in diesen Fragen sollte besonders Wert gelegt werden. Die grundsätzliche Bejahung einer vorteilhaften internationalen Arbeitsteilung und die positive Einstellung zur Integration Europas sollte uns nicht hindern, die Bedeutung zu erkennen, die einer weitgehenden Unabhängigkeit Österreichs von ausländischen Zufuhren in Zeiten internationaler Spannungen und Konflikte zukommen kann. Eine solche weitgehende Unabhängigkeit wäre geeignet, in Krisenzeiten die Lage der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft zu erleichtern und die Führung einer selbständigen österreichischen Neutralitätspolitik zu unterstützen.

Nächstliegende Ziele müßten daher sein die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit den wichtigsten Gütern des täglichen Bedarfes sowie nach Maßgabe der verfügbaren Mittel weitere Vorkehrungen zur Verminderung störender Einwirkung internationaler Krisen auf die österreichische Wirtschaft. Meine Damen und Herren! Sollten künftig Gesetze zur Lenkung der Wirtschaft neu erlassen oder abgeändert werden, müßte hiebei auf diese Erfordernisse besonders Bedacht genommen werden. Ein Bevorratungsgesetz sollte auch die Möglichkeit einer Verpflichtung von Unternehmern zur Vorratshaltung bieten. Es hätte jedoch sicherzustellen, daß hiedurch keine übermäßige Belastung der Wirtschaft und keine Verzerrung der Wettbewerbsfähigkeit eintritt. Der Gewährung staatlicher Zuschüsse zu den Lagerkosten ist vor einer Kostenüberwälzung auf die Konsumenten der Vorzug zu geben.

Auf dem Gebiete der zivilen Landesverteidigung müßte vorerst einmal geklärt werden, mit welcher Intensität, mit welchen Mitteln, innerhalb welchen Zeitraums und auf welchem Wege die als vordringlich erkannten Maßnahmen realisiert werden sollten. Dazu bieten sich zwei Lösungen an: entweder eine umfassende Regelung der Materie auf neuer verfassungsrechtlicher Grundlage mit allen

14006

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Mondl

einfachgesetzlichen und finanziellen Konsequenzen oder die Ausschöpfung der bestehenden Rechtslage mit einer Gewichtsverlagerung auf den Katastrophenschutz, der sich den neuen Gefährdungsmomenten anzupassen hätte.

Die psychologisch-geistige Landesverteidigung muß darauf ausgerichtet sein, der gesamten Bevölkerung bewußt zu machen, daß das Lebensrecht Österreichs nicht nur eine Selbstverständlichkeit und Voraussetzung der Existenz aller ist, sondern daß dafür auch allgemein Vorkehrungen und individueller Verteidigungswille unerlässlich sind. Sie hat auch ein ungeschminktes Bild jener Wirklichkeit zu geben, Kollege Marwan-Schlosser, der sich Österreich auf Grund seiner geographischen Lage, seiner Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft gegenübersieht. Selbst Mängel und Schwächen sollten nicht beschönigt werden, denn wer sie erkennt und dennoch Österreichs Lebensrecht bejaht, der wird auch bereit sein, in Momenten der Gefahr für dieses Land einzutreten.

Im militärischen Bereich der umfassenden Landesverteidigung habe ich zu Beginn meiner Ausführungen einige maßgebliche Gründe aufgezeigt, die dazu beitragen, die derzeitigen bereits aufgezeigten Zustände auf diesem Gebiete zu schaffen. Wir glauben daher, daß ein gründlicher Wandel notwendig und überlegenswert wäre. Im Bundesheer selbst müßten klare Befehlsverhältnisse geschaffen werden. Die sind derzeit nicht vorhanden, Herr Bundesminister, auch wenn man behauptet, es wäre so. Einem bereits im Frieden gebildeten Führungsstab müßte das gesamte Bundesheer unterstellt werden. Es kommt in der Stunde X selbst darauf an, wo das Telefon steht und wie schnell einer in der Lage ist, es zu erreichen. Es muß besonders auf dem militärischen Gebiete eine bestens, präzise eingespielte Apparatur sein. Die Notwendigkeit der Ernennung eines militärischen Befehlshabers und eines Stabschefs müßte ebenfalls sehr ernstlich geprüft werden, wobei man diesen Befehlshaber, wenn man dazu bereit wäre, nur auf Zeit ernennen sollte, wobei nach ausländischem Muster zwei bis sechs Jahren ungefähr der Vorrang gegeben werden könnte. Ebenso ist notwendig, eine daraus resultierende Neugliederung des Bundesministeriums für Landesverteidigung unter Bedachtnahme auf alle Sparmaßnahmen unter der Berücksichtigung eines rationellen Dienstbetriebes vorzunehmen, sodaß die Verwaltungsaufgaben von den militärischen Führungs- und Planungsaufgaben getrennt werden.

Auch die wehrrechtlichen Grundlagen sind sehr lückenhaft und reformbedürftig. Wir haben gerade nach dem 21. August und auch unmittelbar in der Landesverteidigungsratsitzung vorher über die Klärung der Begriffe „Oberbefehl“, „Verfügungsgewalt“, „Befehlsgewalt“ und das Verhältnis dieser Begriffe zueinander diskutiert.

Schaffung eines funktionsfähigen und rasch wirksamen Mobilisierungssystems: Wir glauben, daß dieses Mobilisierungssystem besonders im Hinblick auf die zukünftige Ausrichtung des österreichischen Bundesheeres auf ein milizartiges System besonders wichtig wäre.

Die Herabsetzung des Wehrpflichtalters vom derzeit vollendeten 50. auf das 35. Lebensjahr, ja man könnte vielleicht sogar das 30. Lebensjahr in Erwägung ziehen.

Die Klärung von Pflichtwaffenübungen und des Begriffes Inspektion und Instruktion. Ich glaube, daß den wenigsten Abgeordneten bekannt sein wird, daß die ordentlichen Präsenzdiener und die Inspektions- und Instruktionenübenden einer differenzierten Rechtsbehandlung unterliegen. Diese Frage müßte einmal bereinigt werden, ansonsten könnte das unangenehme Folgen haben.

Ferner die Einführung eines gesetzlichen Moratoriums für alle Wehrpflichtigen, die den ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst leisten. Auch auf diesem Gebiet werden immer wieder Klagen laut.

Die Erweiterung der Rechte des Soldatenvertreters.

Die Erweiterung der Kompetenzen der bereits bestehenden parlamentarischen Beschwerdekommision.

Auf die Einführung eines Treuegelöbnisses für Waffendienstverweigerer und vor allem auch ihre irgendwie zweckmäßige Verwendung innerhalb des Bundesheeres sollte Wert gelegt werden.

Eine gesetzliche Festlegung, wann ein ordentlicher Präsenzdienst und wann die Pflichtwaffenübungen zu leisten sind, um dem Wehrpflichtigen und auch der Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, vorausschauend zu planen, und vor allen Dingen auch eine Änderung des Stellungswesens wäre notwendig.

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einige Überlegungen. *(Abg. Staudinger: Sie werden doch hoffentlich nicht zum Schluß kommen, ohne auf das SPO-Wehrkonzept einzugehen, das Kreisky schon vor einem Jahr angekündigt hat? Da werden Sie uns doch etwas darüber erzählen! — Abg. Weikhart: Das ist seine Angelegenheit! — Abg. Staudinger:*

Mondl

Wir erwarten es! — Abg. Weikhart: Ob Sie es erwarten oder nicht, ist uninteressant!

Nachdem wir von Ihnen heute das hohe Lied über den Erfolg einer vierjährigen ÖVP-Landesverteidigung gehört haben und vor einem Jahr aus ihren Reihen sehr wirkungsvoll vernommen haben, daß Sie die Konzeption als äußerst unbefriedigend empfinden, war der Herr Landesverteidigungsminister der einzige, der sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die derzeitige Konzeption goldrichtig wäre. Es hat sehr maßgebliche Persönlichkeiten nicht nur aus Kreisen der Militärs, sondern auch der Politiker ... (*Abg. Staudinger: Kollege Mondl, gehen Sie nicht daran vorbei, Kreisky hat ein Wehrkonzept gehabt!*) Ich weiß, daß auch der Herr Generalsekretär Vizekanzler Dr. Withalm einer von denen war, der diese Meinung vertreten hat. Sie aber waren nicht der Meinung, mit uns über eine Konzeption zu diskutieren. Daher haben auch wir keine Veranlassung, Ihnen hier die Möglichkeit zu geben, mit uns über eine derartige Konzeption zu diskutieren. (*Abg. Staudinger: Aber Kreisky hat davon gesprochen, wir glauben an ihn!*) Das ist doch meine Angelegenheit! Wir haben Ihnen bei den Erzählungen über die Erfolge dieser Landesverteidigungspolitik ja doch auch aufmerksam zugehört. (*Abg. Staudinger: Herr Kollege Mondl, Sie reden von Birnen, jetzt wollen wir von Äpfeln reden! — Abg. Weikhart: Diese Späße, Herr Kollege Staudinger, können Sie sich ersparen!*)

Ich komme zufälligerweise nicht aus der Wirtschaft, ich rede weder von Birnen, noch von Äpfeln, sondern ich gestatte mir, über die Probleme der Landesverteidigung zu sprechen. (*Zwischenrufe.*)

Präsident **Wallner**: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Mondl** (*fortsetzend*): Ich weiß ganz genau — das ist jetzt äußerst heikel —, daß ein ehrliches Interesse bei Ihnen überhaupt nicht vorhanden ist. Von Opfern für die Landesverteidigung möchte ich überhaupt nicht sprechen. Sie versuchen alles nur zu beschönigen, zu bagatellisieren und alles im besten Sinne darzustellen, sich über Birnen und Apfel zu unterhalten, sich aber nicht an Sachlichkeit zu halten. Reden wir lieber von Birnen und von Zwetschken, aber nicht über die Landesverteidigung. Das ist Ihre Art. Das stimmt alles, denn es ist alles goldrichtig. Nur diejenigen, die damit befaßt sind, sind nicht dieser Auffassung. (*Abg. Staudinger: Meine Anfrage wird wahrscheinlich schriftlich beantwortet!*)

Bei der Überlegung, welche Art der Wehrform die für Österreich günstigste sein könnte,

verfällt man allzuleicht der Versuchung, die gesamte Landesverteidigung in die Hände eines kleinen, aber gut ausgebildeten Berufsheeres legen zu wollen, das ähnlich einer Polizeitruppe keine andere Aufgabe hat, als den Staat zu schützen und während größerer Katastrophen zusätzlich Hilfsdienste zu leisten. Abgesehen davon, daß das keineswegs die billigere Form unseres Neutralitätsschutzes wäre, waren sehr gewichtige Gründe dafür maßgeblich, daß Österreichs Heer sich auf die allgemeine Wehrpflicht stützt. Denn sonst wäre dies wohl seinerzeit nicht vom Nationalrat beschlossen worden.

Die derzeitige Lösung der neunmonatigen Präsenzdienstzeit bei vierteljährlichen Einrückungsterminen hat sich allerdings als sehr unbefriedigend erwiesen. Ich glaube, über den viermonatlichen Einberufungsturnus könnte man sehr ausführlich diskutieren. Man ist aber absolut der Meinung, daß das ein vielseitiges Überstrapazieren des administrativen Apparates ist und daß es mit dazu beiträgt, daß die sogenannten Leerläufe und Lücken und Sonstiges, wie das alles genannt wird, in der Ausbildung vorhanden sind. Seit Jahren wird in Kreisen der Militärs, der politischen Parteien, der Bevölkerung und der Jugendorganisationen die Dienstzeitverkürzung, die Beibehaltung oder gar Verlängerung heftigst diskutiert. Nun — ich glaube, darüber sind wir uns alle einig — liegt es auf der Hand, daß für die Ausbildung reiner infanteristischer Einheiten — das heißt dieser Jägereinheiten — weitaus weniger Zeit notwendig ist, als derzeit aufgewendet wird.

Wenn man aber damit argumentiert, daß es nicht nur auf die Ausbildung ankommt, sondern auch darauf, präsenz Einheiten zu haben, dann müßte man sogenannte Sperrverbände schaffen durch Spezialeinheiten, durch welche dieses Vakuum ausgefüllt wird. Es wäre zweckmäßig zu überlegen, ob in Österreich ähnlich wie beispielsweise in Schweden die Möglichkeit einer variablen Dienstzeit ins Auge zu fassen wäre. Bei der Ausrichtung des Heeres auf ein milizartiges System wäre dies irgendwie möglich.

Die Herabsetzung des wehrpflichtigen Alters müßte schon deshalb zur Diskussion gestellt werden, weil über eine bestimmte Größenordnung des Mob-Heeres nicht hinausgegangen werden kann, weil die Ausrüstungsmöglichkeiten nicht unbegrenzt sind. Auf die Einberufung mindertauglicher Jungmänner könnte ebenfalls verzichtet werden. Wir sind sehr wohl der Meinung — Herr Bundesminister, wie Sie gesagt haben, das könnte eine Einengung bedeuten —, es könnte das derzeit präsenz Heer durchaus eingengt werden.

Mondl

Auf eine sinnvolle Verwendung der sogenannten Waffendienstverweigerer habe ich schon hingewiesen. Auf eine vereinheitlichte Vorgangsweise bei der Zurückstellung oder Befreiung vom Präsenzdienst müßte ebenfalls größter Wert gelegt werden. Der Passus in unserem Neutralitätsgesetz, daß wir uns verpflichten, unsere Grenzen zu schützen, bedingt, daß unser Schutz wirklich bereits an unserer Grenze beginnt. Das erfordert aber wieder — wie ich bereits gesagt habe — kleine, rasche bewegliche Einsatzeinheiten, sogenannte Sperrverbände, die zusammen mit den Grenzschatzeinheiten die vorläufige Sicherung der Grenzen übernehmen könnten, bis das aus der Reserve mobilisierte Heer sie in ihrer Schutzfunktion stärken könnte.

Der Schutz unseres Luftraumes, in der Öffentlichkeit oft diskutiert und kritisiert, kann sich tatsächlich nur auf eine Überwachungsfunktion beschränken. Bei der Konzeption eines den österreichischen Gegebenheiten entsprechenden Landesverteidigungsinstrumentes darf der mögliche Fehler einer Anlehnung in taktischer oder organisatorischer Hinsicht an einen der bestehenden Machtblöcke nicht vergessen werden. Auch die Miniaturausgabe eines Großmachtheeres geht daneben. Das beweist die Praxis. Vor allem das Debakel im Bundesheer nach der Umstellung 1962/63 in sogenannte Einsatz- und Ausbildungseinheiten beweist das. Davon haben wir uns bis heute noch nicht erholt.

Die Ausnützung der territorialen Gegebenheiten und eines auf diese zugeschnittenen Heeres erscheint weitaus erfolgversprechender. Schon um im Bereich des Realisierbaren zu bleiben, ist die Ausschöpfung aller vorhandenen Möglichkeiten von größter Wichtigkeit.

Ein weiteres sehr vordringliches Problem, mit dem sich jedes Friedensheer auseinanderzusetzen hat — da gebe ich Ihnen recht, Herr Bundesminister — ist die unweigerliche Überalterung seines Offiziers- und Unteroffizierskorps. Auch auf diesem Gebiete sollte etwas unternommen werden. Der oft diskutierte Vorschlag, dem Kaderpersonal in einem noch chancenfähigen Lebensalter den Übertritt in die Wirtschaft zu erleichtern, ist auch aus den vorangeführten Gründen wirklich überlegenswert. Maßnahmen zur Steuerung dieser Entwicklung werden sich früher oder später als unumgänglich notwendig erweisen.

Auch das Problem der manchmal gebrauchten Spezialisten müßte gelöst werden. Es ist einerseits nicht tragbar, hochbezahlte Spezialisten auf Dauer zu beschäftigen, die aber nur äußerst selten eingesetzt werden, andererseits ist es aber noch weniger tragbar, daß die

Landesverteidigung über diese Leute vielleicht gar nicht verfügt.

Nun zum Schluß kommend, gestatten Sie mir noch eine Feststellung. Neben allen militärischen Schutzvorkehrungen ist eine der sichersten Garantien für den Schutz der Neutralität und der Souveränität unseres Staates das diplomatische Bemühen Österreichs, möglichst viele internationale Organisationen dafür zu interessieren, ihren Sitz in Österreich zu nehmen.

Auch die Hilfsfunktion der Vermittlerrolle, ähnlich der Beistellung der Sanitätskontingente im Kongo und in Zypern, sowie der Beistellung von UNO-Beobachtern im israelisch-arabischen Konfliktraum wird sowohl unserem Image, wie auch unserem Schutz nur dienlich sein, wenn wir uns auf diese Weise weiter international betätigen.

Bei allen Anstrengungen muß das oberste Gebot auf internationaler Ebene die „Bemühung um gute und dauerhafte Friedenssicherung“ sein. Gleichzeitig soll aber hier mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß bei Einbeziehung Österreichs in eine Auseinandersetzung, gleichgültig von welcher Seite, der Gegner mit dem Widerstandswillen des ganzen österreichischen Volkes rechnen muß. Nur dann werden wir nach außen hin in unseren Verteidigungsbemühungen glaubwürdig erscheinen.

Allein mit dem vor fast 14 Jahren beschlossenen Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität und der Verpflichtung, diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen, der allgemeinen Wehrpflicht sowie den verschiedenen Regierungsbeschlüssen und Ressortübereinkommen über die umfassende Landesverteidigung ist es nicht abgetan. Vielmehr ist es die Aufgabe aller demokratischen Kräfte in der Republik Österreich, eine komplexe Lösung — wie schon mein Kollege Preußler sagte — dieses sehr wichtigen Problems der umfassenden Landesverteidigung zu finden.

Die Möglichkeit der Mitarbeit des ganzen Volkes und das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte ist aber nur dann gegeben, wenn diese Konzeption unserer umfassenden Landesverteidigung für alle österreichischen Staatsbürger überschaubar und damit auch popularisierbar ist. Denn das ist eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen. Diese Konzeption muß wirtschaftlich tragbar und vor allem finanziell realisierbar sein.

Wenn diese Konzeption den österreichischen Realitäten entspricht, dann müßte es gelingen, eine umfassende Landesverteidigung aufzubauen, die uns im Rahmen unserer Möglich-

Mondl

keiten maximalen Schutz gibt und die Österreich das erhält, worum es so lange kämpfen mußte: unsere Freiheit, Unabhängigkeit und die damit verbundene immerwährende Neutralität. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Steiner. Ich erteile es ihm. (Abg. **Staudinger**: Kollege **Mondl**! Beim Wehrkonzept hat der **Kreisky** nachgegeben! Der **Gescheitere** gibt nach! Er ist immer der **Gescheitere**! Er gibt immer nach! — Abg. **Dr. Hertha Firnberg**: Er ist bestimmt der **Gescheitere**! — Abg. **Staudinger**: Hat er eines angekündigt oder nicht? Wissen Sie das nicht? — Abg. **Weikhart**: Fragen Sie ihn selbst!)

Ich bitte, den Redner beginnen zu lassen!

Abgeordneter **Steiner** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt wieder die Möglichkeit, in einer beruhigten Atmosphäre zu sprechen, und möchte zweifellos den Wirbel auch nicht neuerlich heraufbeschwören. Ich muß aber schon sagen: Es war ein gelungener Wirbel der FPÖ, der hier heute aufgezogen wurde. (Abg. **Dr. Broda**, auf die Bänke der FPÖweisend: Jetzt hört ihr es!) Anscheinend ist die Hohe FPÖ in der letzten Zeit nicht in der Lage gewesen, sich in Presse, Fernsehen und Rundfunk so zu etablieren, daß sie gewissermaßen heute zu diesem Wirbel genötigt war.

Ich muß wirklich ehrlich sagen: Das dient zweifellos nicht dem Ansehen des Parlaments. Und besonders mein Kollege **Zeillinger** — als Salzburger Kollege — führt sich manchmal hier so auf, daß ich als Salzburger sagen müßte: Ich schäme mich fast für ihn. (Zwischenrufe des Abg. **Peter** und der Abg. **Doktor Hertha Firnberg**.) Herr Kollege **Zeillinger**, Sie können Gift darauf nehmen, daß wir diese unsere Meinung auch dann im Salzburger Wahlkampf entsprechend verwerten werden. Ich glaube, daß das entschieden zu weit führt. Ich habe Verständnis dafür, daß man sich als Opposition hier in den Vordergrund zu spielen versucht. Ich habe auch Verständnis für eine harte Aussprache und natürlich auch Verständnis für Zwischenrufe. Aber wenn man den Präsidenten anzubrüllen beginnt, dann, glaube ich, dient das dem Ansehen des Parlaments in keiner Form. Anscheinend ist die FPÖ daran nicht interessiert, hier ein angesehenes Parlament in Österreich vorzufinden. Ich möchte das einleitend gesagt haben, weil ich schon einigermaßen überrascht war, mit welchen Emotionen die Herren der FPÖ hier versucht haben, diesen Wirbel herbeizuführen. (Abg. **Dr. Androsch**: Kollege **Steiner**!

Das wäre eine zwingende Schlußkette, die Sie da aufrollen haben lassen!) Sicherlich, das wäre eine zwingende Schlußfolgerung. Ich komme aber dann sogar auf Ihre Rede zurück, Herr Doktor **Androsch**. Sie brauchen mich vorher gar nicht herauszufordern! (Abg. **Peter**: Was? An den **Androsch** traut er sich auch heran? Er traut sich viel! — Abg. **Dr. Gorbach**: Laß dich nicht von dem **Sperreuer** beeinflussen!) In keiner Weise!

Ich darf mich nun doch mit dem eigentlichen Kapitel Landesverteidigung auseinandersetzen. Ich möchte deswegen einige Worte dazu sagen, weil wir uns als Mitglieder des Landesverteidigungsausschusses natürlich heute durchaus nicht zu Freudenstürmen hinreißen lassen, sondern wir wollen ganz nüchtern feststellen, daß das Verteidigungsbudget gerade das Notwendigste an Mitteln hier zutage bringt. Es ist nun in Österreich einmal so. Die Mentalität des Österreicher geht in die Richtung, daß man nur das Notwendigste für die Verteidigung über hat. In diesem Sinne stimmt es, daß wir immer bei dem Vier-Prozentanteil am Gesamtbudget einpendeln. Aber darüber hinaus ist ja noch ein Sofortprogramm vorhanden, das uns gewährleistet, doch auch über dem Notwendigen entsprechend aufzutreten. Ein sparsamer oder sparsamster Einsatz der Mittel wird notwendig sein. Dieser sparsame Einsatz wird andererseits die Weiterführung unseres Beschaffungsprogramms, der Modernisierung der Waffen, Geräte und so weiter sichern.

Vor allen Dingen wird das eine gesichert werden: daß unsere Jungmänner einen ordentlichen Präsenzdienst, eine ordentliche Ausbildung, einen entsprechenden Bereitschaftsstand und die bestmögliche Unterbringung und Bewaffnung haben werden. Wir hoffen, daß auch in Zukunft diese für uns sehr wichtige Bewaffnungserneuerung, diese Geräteerneuerung vonstatten gehen kann.

Zum heurigen Manöver, von dem schon der Herr Abgeordnete **Marwan-Schlosser** gesprochen hat, darf festgestellt werden, daß sich die Truppe hervorragend bewährt hat und daß sie ein hohes Maß an Kampfkraft und Einsatzfreude gezeigt hat. In durchaus richtiger Form lauteten auch die Pressekommentare, daß die Truppe einsatzfreudig war. Auch ausländische Attachés haben sich — es ist verständlich, daß sie sich gegenüber Österreich positiv äußern — doch in sehr klarer Weise für diese Einsatzfreudigkeit unseres Bundesheeres ausgesprochen.

Meine Damen und Herren! Aber darüber hinaus waren wir in der letzten Legislaturperiode auch nicht untüchtig und haben hier im Hause sehr vieles dazu beigetragen.

14010

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Steiner

Ich möchte die legislative Arbeit doch auch etwas hervorheben und beleuchten. So haben wir während dieser drei Jahre und sieben Monate, von denen immer die Rede ist, vier Wehrgesetznovellen und drei Heeresgebührengesetznovellen beschlossen, die mit einem wesentlich höheren Abfindungsbetrag verbunden waren, und zwar sowohl für die Präsenzdienner als auch für die einzuziehenden Reservisten.

Zusätzlich haben wir noch zweimal eine Novellierung des Tapferkeitsmedaillenzulagengesetzes vorgenommen und elf Bundesgesetze, die dienst- und sozialrechtlicher Natur waren, beschlossen. Weiters wurden 16 Verordnungen, die zum Teil sehr wichtig waren, zur Ausführung dieser Gesetze erlassen.

Aber auch die Bundesregierung hat fünf sehr wichtige Beschlüsse durchgeführt. So zum Beispiel die Neuregelung der Verfügungsermächtigung für das Bundesheer, einen Beschluß betreffend die territoriale Verteidigung und die Aufstellung von territorialen Sicherungstruppen. Das war eine sehr wichtige Maßnahme. Weiters ein Beschluß betreffend die Organisation des Bundesheeres, auf die ich später noch zu sprechen komme, und letztlich einen Beschluß betreffend den Landesverteidigungsplan.

Meine Damen und Herren! Das sind wirklich sehr viele Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse, die in der bis jetzt abgelaufenen Zeit der Alleinregierung im Hause verwirklicht werden konnten.

Aber, wie gesagt, nur zeitweise gelang es uns, das Bundesheer wirklich aus der tagespolitischen Streitatmosphäre, die hin und wieder herrscht, herauszuhalten.

Die Herren Abgeordneten der SPÖ zum Beispiel betuern immer wieder — und auch heute war es wieder der Fall, sowohl der Herr Abgeordnete Mondl und der Herr Abgeordnete Preußler hat dasselbe getan —, sie betonen die positive Einstellung zum Bundesheer, sind also durchaus bereit, hier mitzutun, sie können es sich aber nicht verkneifen, dann immer wieder über ein gewisses Unbehagen zu reden. (*Abg. Horejs: Sogar die Soldaten sagen es! Gehen Sie doch zu einem Kontaktgespräch!*) Herr Kollege! Ich sage Ihnen das eine: Auch ich bin irgendwo in Österreich zu Hause, ich komme durchaus mit Präsenzdiennern zusammen, ich habe mit diesen Leuten bestimmt soviel Kontakt, wie Sie in diesem Sinne mit ihnen Kontakt haben.

Ich muß fragen: wer erzeugt denn dieses Unbehagen? Hier muß ich ehrlich sagen, wir sind es wahrscheinlich nicht. (*Abg. Robak: Der Prader!*) Dieses Unbehagen wird permanent von Ihnen vorgetragen und immer wieder

in der Form herausgestellt, daß man wirklich meinen möchte, es wäre ein Unbehagen vorhanden. (*Abg. Horejs: Sie unterhalten sich wahrscheinlich nur mit dem Herrn Minister!*)

Sie bezweifeln sogar die Zielsetzung. Der Abgeordnete Preußler, der schon sehr lange im Haus ist, der Reserveoffizier ist, seinerzeit sogar aktiver Offizier war, und seinerzeit die Wehrgesetze mitbeschlossen hat, bezweifelt im Finanz- und Budgetausschuß eine Zielsetzung des Bundesheeres.

Meine Damen und Herren! So darf man die Dinge nicht sehen. Man muß doch hier geradehlinig feststellen: Seinerzeit war ich dafür und stehe auch heute noch dafür gerade. Nicht daß ich hinterher versuche, einzuschleifen und alles in Frage zu stellen.

Oder die Organisationsform. Das wissen wir schon sehr lange. Wir werden einmal darüber diskutieren. (*Abg. Steininger: Es wird Zeit dazu!*) Aber ständig wird der Organisationsstand und die Form einer gewissen Zwieltichtigkeit unterworfen. Wer ist für dieses Unbehagen verantwortlich? Wir doch bei Gott nicht. Anscheinend sind es Sie, und ich darf Ihnen hier einige derartige zwieltichtige Aussagen der SPÖ vor Augen führen. (*Abg. Dr. Pittermann betritt den Saal.*)

Ja, jetzt kommt er sogar, der Herr Klubobmann der SPÖ. Er hat zum Beispiel in der „Sozialistischen Korrespondenz“ festgestellt, daß der Herr Verteidigungsminister beim Studium im Heimatkundeunterricht offenbar häufig gefehlt habe — das erklärte Abgeordneter Pittermann —, denn sonst hätte er von der Existenz von Gebirgen in Österreich schon gewußt, bevor er den Auftrag zur Millionenvergeudung gab. Das sagt der Herr Klubobmann.

Nun zum Abgeordneten Dr. Androsch — ich habe vorhin gesagt, ich komme auf ihn zurück —, das ist die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 21. Oktober dieses Jahres. Dr. Androsch ist als Wirtschaftsexperte bekannt. Er sagte, daß das Budget viel zu wenig Mittel für Investitionen enthalte, zu wenig Mittel für die Eigeninvestitionen des Bundes, für Bauten; für die Ausrüstung des Bundesheeres sind nur um 300 Millionen Schilling mehr vorhanden als 1966. (*Abg. Konir: Wo ist da der Widerspruch?*) Der Herr Dr. Pittermann spricht von einer Millionenvergeudung und Herr Androsch von zu wenig Mitteln.

Anscheinend hat hier der Abgeordnete Kreisky recht, der schon 1967 festgestellt hat — das ist die „Arbeiter-Zeitung“ vom 28.6.67 —, in Fragen der Landesverteidigung würde auch die SPÖ eine Ubereinstimmung benötigen; dafür sei zunächst eine starke innerparteiliche Diskussion notwendig. — Diese

Steiner

Diskussion scheint bis heute nicht zum Abschluß gekommen zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß, was Herr Dr. Pittermann damit gemeint hat. Er hat insbesondere die Luftraumüberwachung gemeint. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich möchte ihm empfehlen, die „Salzburger Nachrichten“ vom 3. Dezember 1969 zu lesen, wo steht, daß der Radarschutz selbst in Amerika nicht ausreicht und wo es möglich war, daß ein kubanischer Pilot, unter dem Radarschirm durchfliegend, selbst in Amerika eingebrochen ist. *(Abg. Dr. Pittermann: Ausreden haben sie nachher alle!)* Der Herr Abgeordnete Pittermann weiß sehr genau, daß eine Radar-Luftraumüberwachung in Österreich durchaus möglich ist. Aber das kostet Geld und nicht wenig Geld. Wir haben erst eine Station. Vom Kolomansberg aus wird man wahrscheinlich nicht ganz Österreich „überleuchten“ können. Das müßte eigentlich einem jeden von uns klar sein.

Aber diese Widersprüche gehen weiter, meine Damen und Herren. So waren Sie zum Beispiel auch gegen die Wehrmilliarde. Hier zu wenig Geld und da zu viel Geld, bei der Wehrmilliarde waren Sie dagegen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie aus logischer Folgerung heraus dann auch dagegen waren, daß mit diesem Wehrprogramm die Erneuerung des Kfz-Parkes des Bundesheeres durchgeführt wird. Sie waren damit auch gegen die Verbesserung von Rollbahnen und den Ausbau von Kasernen. Vor allen Dingen waren Sie damit gegen die Verbesserung der inländischen Auftragslage, nämlich dort, wo diese Fahrzeuge bestellt werden sollten, also gegen die Beschäftigung in den entsprechenden Betrieben *(Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg)*, und vor allen Dingen, gnädige Frau, waren Sie gegen die Jungmänner. *(Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)* Und ich sage Ihnen, weshalb Sie gegen die Jungmänner waren. Sie können ruhig darüber lachen, das macht mir gar nichts aus. Ich entschuldige mich und verbessere: Die gnädige Frau wird nicht gegen die Jungmänner sein, aber die Partei als solche ist gegen die Jungmänner. *(Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe auch schon ein paar Kinder. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Was hat das mit der Firnberg zu tun? — Heiterkeit.)* Wenn ich meinen Sohn zum Beispiel zum Bundesheer schicke — und das sind ja unsere Söhne —, erwarte ich, daß dort dieser junge Mann nicht nur gut ausgebildet wird, sondern daß er vor allen Dingen auch mit besten Geräten und Waffen ausge-

stattet ist, nicht daß er mit dem alten Gut herumoperieren muß, das wir zum Teil als Geschenk von den Besatzungsmächten übernommen haben. Dann schaut es nämlich nach Kriegsspielen aus. Wenn ich aber wirklich mit bester Bewaffnung und mit besten Geräten dienen kann, dann bin ich der Meinung, daß uns der Jungmann eher irgendwo ernst nimmt *(lebhaft Heiterkeit bei der SPÖ)* — von ihm sollen wir ernstzunehmen sein. Sie *(zur SPÖ)* wird er nicht ernstnehmen, davon bin ich überzeugt. Denn Sie waren gegen diese Reorganisation. Sie waren dafür, daß man mit den alten GMCs herumfährt. Sie waren dagegen, daß wir mit ordentlichen Geräten und Waffen in Österreich aufkreuzen. Das ist doch eine Tatsache, die Sie nicht weglegen können. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Aber nicht genug damit, meine Damen und Herren! Sie sind damit auch gegen die Verbesserung der Wehrkraft, das wissen wir. Das Schöne ist, daß Sie dann doch im Finanz- und Budgetausschuß, wenn das Kapitel Landesverteidigung behandelt wird, auftreten und herumfratscheln und fragen — gerade der Abgeordnete Mondl ist ein sehr nachhaltiger Frager —: Was ist damit gemacht worden? Was haben Sie mit den Mitteln getan? *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das steht ihm zu!)* Wenn ich vorerst dagegen bin, dann soll man es auch denjenigen, die dafür waren, überlassen, was man mit den Mitteln tut. *(Abg. Steininger: Sie haben eine Auffassung von einer Volksvertretung!)* Der Herr Abgeordnete Zeillinger war plötzlich ganz überrascht und hat gesagt, jetzt kaufen wir plötzlich statt 20 Flugzeuge 40. Er hat sich da furchtbar mokierte gezeigt. Natürlich werden diese Anschaffungen durchgeführt. Sie waren nicht dafür, also haben Sie es auch gar nicht zu kritisieren. *(Heiterkeit. — Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.)* Herr Steininger, Sie können dann hergehen und hier Ihre Meinung sagen. Ich habe gar nichts dagegen. Natürlich, Sie sollten Ihre Meinung sagen. *(Abg. Libal: Das haben Sie nicht vom Klubobmann, das ist Eigenbau! — Heiterkeit bei der SPÖ.)* Wir haben eine gewisse individuelle Möglichkeit. Es ist ja nicht so wie bei der SPÖ, wo der Herr Pittermann befiehlt und ihr tanzen müßt. So ähnlich schaut es bei euch aus. Bei uns kann man ruhig eine eigene Meinung haben! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Das habe ich nicht gewußt, daß der Pittermann Ballettmeister ist!)*

Wir haben heute durch Zwischenrufe schon wiederholt gehört, wie es etwa mit dem schon lange angekündigten Finanzierungskonzept beziehungsweise Wehrkonzept der SPÖ sei.

Steiner

(*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Wechs: Ihr habt ja überhaupt kein Konzept!*) Hier haben wir wieder keine Möglichkeit, irgendwo etwas zu erfahren. Ich habe vor mir zum Beispiel diese drei Seiten Finanzierungskonzept der SPO-Programme; Sie haben da eine ganze Menge Programme, Hochschulkonzept, Sportkonzept, Justiz-, Humanprogramm, Wirtschaftsprogramm und so weiter, sogar über die Luftreinhaltung, über die Wasserreinhaltung, über die Lärmbekämpfung, überall entwickelt man Konzepte. Man könnte dankbar sein dafür. Was ich aber vermisste, ist, daß nirgends etwas vom Wehrkonzept drinnen ist oder von der Finanzierung unserer Landesverteidigung — (*Abg. Steininger: Kollege Steiner, Sie haben ja nichts beschlossen!* — *Abg. Peter: Steiner, Sie haben ja nichts beschlossen, was kritisieren Sie dann?*) Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist ein echter Mangel. Wir wären ja interessiert daran — der Herr Abgeordnete Staudinger hat das heute wiederholt zum Ausdruck gebracht. Aber dieses Finanzierungskonzepterl, wie wir uns das zu nennen getrauen, beinhaltet überhaupt nichts in dieser Form. Einige Aussagen darüber gibt es wohl vom Parteiobmann Kreisky, der sehr richtig und meist mit erhobenem Finger, sagt, es ist sehr wichtig, zu sagen, wie man es selber besser machen will. Und dieses *Bessermacher erwarten wir ja von der SPO.* (*Rufe bei der SPO: Wird auch geschehen!* — *Abg. Steininger: Nach dem 1. März!*) Ihr sagt ja immer, ihr werdet es besser machen! Ihr seid ja die Bessermacherpartei.

Abgeordneter Kreisky sagte also: Wir Sozialisten fordern, daß man auf ein Jahr zum Beispiel die Einrückungen einstellt. Das hat er am 22. 11. 1967 gesagt, inzwischen hat sich seine Auffassung schon wieder ein bißchen geändert. (*Abg. Libal: Steiner, am besten ist der Rückzug!*) Jetzt sagt er, eine große Partei, die sich anschickt, die Verantwortung im Staate zu übernehmen, muß auch zur Landesverteidigung ein klares Konzept erarbeiten. Ich frage nun: Wo ist dieses Konzept? (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie werden es doch noch erwarten können!*)

Meine Damen und Herren! Es wäre heute vielleicht der Tag gewesen, ein solches Konzept vorzulegen. Es könnte zum Beispiel der Herr Abgeordnete Preußler durchaus ein solches Konzept vortragen. Auch der Abgeordnete Mondl hätte es bringen können; wir haben vergeblich darauf gewartet. Ich hoffe nur nicht, daß jene Auffassung stimmt, die im sogenannten geheimen Finanzierungsplan der SPO auf Seite 11 drinnen steht. Das wäre sehr kritisch, denn darin heißt es — und dieses Zitat möchte ich noch bringen —:

Die derzeitige Einberufungspraxis wäre so zu ändern, daß ein geringerer Prozentsatz der Wehrpflichtigen einberufen wird.

Dadurch ließe sich eine Verringerung des Aktivstandes mit entsprechender Kostenersparnis im Budget erreichen.

Meine Damen und Herren! Wenn das das sozialistische Verteidigungskonzept ist, so bedeutet das nichts anderes als eine schrittweise, aber sichere Demontage unseres Bundesheeres. Das stünde auch in eklatantem Widerspruch zu den festgelegten Verpflichtungen, die wir in Österreich als neutraler Staat durch den Staatsvertrag übernommen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das wäre nichts anderes als eine Gefährdung unseres Staates und unserer Neutralität. Das, glaube ich, muß man Ihnen, wenn man die Dinge ernst nimmt, und Ihr SPO-Vorsitzender müßte ernst zu nehmen sein, hier wirklich vorhalten.

Die ganze Geschichte überhaupt ist bei Ihnen in irgendeiner Form unglaublich. Das darf ich beim gesamten Budget feststellen, nicht nur heute. Was sagt man denn da immer? Wir müssen viel mehr haben! Ein Wunsch wird an den anderen gereiht. In allen Kapiteln ist es dasselbe. Ich erinnere an das Kapitel Unterricht, an das Kapitel Soziales, das wir gestern behandelt haben. Mir erscheint das wie eine versuchte Quadratur des Kreises. (*Lebhafte Heiterkeit bei SPO und FPÖ.*) Mir kommt es vor, als ob hier eine Bewußtseinsteilung vor sich ginge. Man fordert: Hier muß man mehr geben, dort muß man mehr geben!, ein Wunsch über dem anderen. Und dann sagt man andererseits: die Regierung macht Schulden, die Regierung erhöht die Steuern, die Regierung führt neue Steuern ein, die Regierung verkennt die Steuerkraft der Österreicher und die Regierung gibt viel zu viel Geld aus!

Meine Herren, heraus mit der Sprache! Entweder — oder. Wenn ich die Wünsche der Staatsbürger erfüllen will, muß ich natürlich auch das Geld dafür haben, das müßte Ihnen klar sein. Wir sehen von all diesen konsequenten Aussagen nichts. Es ist wirklich ein mehr als verschwommenes Konzept, das Sie anbieten, überhaupt kein Konzept, Sie kritisieren ja nur, und Kritik allein scheint mir doch zu wenig zu sein. (*Abg. Weikhart: Das ist die Quadratur des Kreises!* — *Abg. Dr. Hertha Firnberg: Da haben Sie es aber nicht gelesen!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Ich komme bald zum Schluß, aber vorher erlauben Sie mir noch einige Feststellungen.

So sprach zum Beispiel der Parteivorsitzende Kreisky bei der Parteiobmännerdiskussion in Linz vor der Gewerkschaftsjugend. Er ver-

Steiner

sprach dort wieder, ohne die näheren Umstände zu erläutern, einfach sechseinhalb Monate Wehrdienst. (*Abg. Weikhart: Seien Sie vorsichtig! Das haben mehrere gehört!*) Wie ein Weihnachtsmann: Wenn ich gewählt werde, dann wird es so sein! Er sagt nicht dazu, meine Damen und Herren, wie dies etwa aussehen soll, wie die Organisationsform dann aussehen soll, was eine solche Änderung überhaupt kosten würde.

Der Herr Verteidigungsminister hat ja die Nachteile heute schon aufgezählt; ich kann es mir ersparen. Beim Rösch hat man seinerzeit wenigstens von einem Plan gesprochen, aber diese Deklamationen, die hier gemacht werden, müssen ein Unbehagen hervorrufen. Das Unbehagen in der Landesverteidigung erzeugen Sie, gerade mit solchen Deklamationen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das gefällt nicht einmal dem Prader!*)

Mir ist das Bundesheer zu schade, als daß man es als Wählerfang benützt. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Mir ist das Bundesheer zu schade, daß man hergeht und mit deklamatorischen Angeboten, die mit keinem Finanzierungskonzept versehen sind, vor die Öffentlichkeit tritt und auf Wählerfang geht. Wer so spricht, der täuscht, und das Täuschungsmanöver hat ja heute der Abgeordnete Preußler hier zum Ausdruck gebracht. (*Abg. Weikhart: Steiner! Mit dieser Rede fängt man nicht einmal einen Wähler! Mit Ihren Reden bringen Sie nicht einmal einen Hund hinter dem Ofen hervor!*) Bei Ihnen möchte ich das auch wiederholt in Zweifel stellen, das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Mit Ihren Reden fangen Sie auch bestimmt nicht viele! Bei uns draußen bestimmt nicht! Da können Sie Gift darauf nehmen, Herr Abgeordneter Weikhart! (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich bin sogar bereit, mit Ihnen in Salzburg zu diskutieren, wenn Sie wollen, vor jeder Versammlung! (*Abg. Weikhart: Das wäre ein reines Vergnügen mit Ihnen! — Ruf bei der SPÖ: In einer Bauernversammlung?*) Sie wollten mich persönlich herabsetzen, aber das ist Ihre Sache. Das war für Sie ein Ausrutscher. (*Abg. Libal: Steiner, der Schrecken der Etappe! — Heiterkeit.*) Herr Abgeordneter Libal! Sie fallen ja immer mit Zwischenrufen auf, aber meist nicht mit den geistvollsten. (*Abg. Libal: Ich stelle mich immer auf meinen Partner ein!*) Etappenhengst war ich, zumindest als ich beim Militär war, keiner. Sie sind zwar blessiert, ich habe das Glück gehabt, nicht blessiert aus dem Krieg hervorzugehen, aber als Etappenhengst brauche ich mich von Ihnen nicht herabsetzen lassen! (*Allgemeine Heiterkeit. — Beifall bei der*

ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Preußler: „Hengst“ hat er gar nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren! Wenn wir die Dinge ernster nehmen würden, als Sie es momentan tun ... (*Abg. Lanc: Da müssen Sie auch etwas dazu beitragen!*) Ich glaube, meine Partei trägt genug dazu bei. Wir haben gesagt, man soll auch über eine eventuelle Wehrdienstzeitverkürzung diskutieren, man sollte das Für und Wider beleuchten. Aber man muß die Dinge doch einigermaßen ernst nehmen, und ich bin der Meinung, daß Ihre zwiespältigen Aussagen, Ihre immer wieder veränderten Meinungen, die Sie hier darlegen, nicht dazu beitragen, das Bundesheer in Österreich als ernstesten Bestandteil unserer Republik zu untermauern.

Es wäre ein Phänomen, wenn die SPÖ später, in der nächsten Legislaturperiode darauf käme, daß man mit solchen Herabsetzungen, mit solchen unterschweligen Angriffen bei Gott nicht dem Bundesheer und der Wehrbereitschaft in Österreich dient, sondern daß man hier mit echter Diskussion, mit echter Auseinandersetzung die Dinge beleuchten sollte. Ich möchte Sie bitten, daß man das Bundesheer nicht als Wahlaussage benützt und nicht mit Versprechungen vor die Öffentlichkeit geht (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wer tut das? — Wer macht unterschwellige Behauptungen? Sie sagen etwas, was nicht der Fall ist!*), sondern, daß wir dieses Bundesheer aus dem Parteikampf herausnehmen und versuchen, hier im Hause eine gemeinsame Vorgangsweise zu finden und in der Öffentlichkeit eine gemeinsame ernste Auseinandersetzung zu führen. Nur dann, meine Damen und Herren, werden wir von unseren jungen Leuten, von unseren Präsenzdienern ernst genommen werden, aber ansonsten nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm. (*Zwischenrufe. — Zwischenrufe des Abg. Adam Pichler. — Abg. Peter: Herr Bürgermeister Pichler, einverstanden! Nur bitte einen Satz gestatten Sie mir dazu! — Abg. Machunze: Damit die Richtung stimmt! — Abg. Peter: Damit die Richtung stimmt!*)

Abgeordneter **Peter** (FPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach der Rede des Herrn Abgeordneten Steiner stehe ich unter dem Eindruck, daß die Österreichische Volkspartei die militärischen Absetzbewegungen eingeleitet hat. (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPO. — Abg. Weikhart: Und Frontbegradigung!*)

14014

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Peter

Ich habe zudem mit Genugtuung auf Grund der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Steiner zur Kenntnis genommen, daß die Österreichische Volkspartei durch ihn der Erwartung Ausdruck verliehen hat, sie würde von den „Jungmännern“ doch noch ernst genommen. Wie ernst wird sie nach Steiners Ansicht in den übrigen Bereichen der Wählerschaft noch genommen — das ist die Frage, die man aufwerfen muß und die erst am 1. März 1970 beantwortet werden wird.

Der Abgeordnete Steiner vertrat die Auffassung, die Vertreter der Oppositionsparteien hätten nicht das Recht, Dinge zu kritisieren, die sie nicht beschlossen haben und nicht zu beschließen beabsichtigen. Er hat aber dann Zug um Zug die Abgeordneten der Sozialistischen Partei aufgefordert, mit der Sprache herauszurücken. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weichs: Er ist eine zwiespältige Natur!*) Ich bin überzeugt, daß dieser Ausspruch heute noch aus den Reihen der sozialistischen Fraktion gewürdigt wird. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Die Österreichische Volkspartei hat dann weiter durch den Abgeordneten Steiner die Meinung vertreten, sie warte auf das Bessermachen im Bereich des österreichischen Bundesheeres.

Ein Bessermachen auf dem Gebiet der Wehr- und Verteidigungspolitik ist so lange nicht möglich, meine Damen und Herren der Regierungspartei, so lange Sie dazu den Willen nicht bekunden. Die ÖVP verfügt derzeit über die absolute Mehrheit dieses Hohen Hauses und bestimmt die Wehrpolitik ausschließlich. Sie trägt daher für die Wehrpolitik auch die Verantwortung.

Über der ÖVP-Wehrpolitik steht jenes Wort, das Verteidigungsminister Dr. Prader geprägt und heute wiederholt hat. Es lautet: „Im Bundesheer ist alles in Ordnung.“ Die Unabdingbarkeit dieser Behauptung entzieht jeder weiteren Diskussion die Grundlage.

Will man die heutigen Meinungsäußerungen des Herrn Verteidigungsministers wohlwollend kommentieren, dann müßte man sie als Oppositionssprecher mit folgendem Satz charakterisieren: „Der Irrtum, kunstvoll geschmückt, Herr Minister, blendet; nur die Wahrheit überzeugt.“ Mit der ungeschminkten Wahrheit könnten Sie sehr wohl Gegenmeinungen ändern. Solange Sie uns aber die Wahrheit vorenthalten — und das ist beweisbar und nachweisbar —, so lange werden weder Ihre Ausführungen noch wird die Wehrpolitik der Österreichischen Volkspartei überzeugen. Man muß Ihnen zumindest unrichtige Berichterstattung, unrichtige Information des Nationalrates zum Vorwurf machen.

Wenn nun der Minister und die Sprecher der Österreichischen Volkspartei so tun, als wäre wirklich alles in Ordnung und als gäbe es nicht hinauf bis zur höchsten Generalität eine intensive Diskussion über die Mängel des Bundesheeres, dann muß man dem entgegenhalten, daß das nicht wahr ist. Ich nehme nicht den Ausdruck „Lüge“ in den Mund. Nein! Es ist Demagogie. Demagogie ist ein politisches Kampfmittel, das den Tatsachen und Realitäten aus dem Wege geht. Herr Minister, Ihr Ministerium sollte gerade jenes Ressort sein, in dem Parteipolitik fehl am Platze ist. Aber unter dem Ressortchef Prader ist das Verteidigungsministerium das politischste aller Ministerien geworden. Diesen Vorwurf halte ich aufrecht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie haben „schweigende Generale“ in Ihrem Hause, und Sie haben „redende Generale“ in ihrem Ressort. Diese Tatsache, Herr Minister, können Sie nicht wegdiskutieren. Ich bin überzeugt, daß ein General des österreichischen Bundesheeres der Zweiten Republik nur dann redet — für einen so guten Soldaten halte ich ihn — und sich nur dann an die Öffentlichkeit wendet, wenn dies der letzte Ausweg ist, wenn er keinen anderen Weg mehr sieht, gegenüber seinem vorgesetzten Minister mit seiner Meinung durchzudringen. Der Tatsache, Herr Minister, stehen wir seit geraumer Zeit gegenüber, daß namhafte Generale vor die Öffentlichkeit mit ihren Bedenken hinsichtlich der Zustände im österreichischen Bundesheer getreten sind.

Die „redenden Generale“, Herr Bundesminister, bringen immer wieder zur Kenntnis, daß nach deren Meinung mit den derzeit verfügbaren budgetären Mitteln im Verteidigungsministerium weit mehr erreicht werden könnte, als erreicht wird, wenn sie sinnvoller eingesetzt würden.

Warum prüfen Sie die Argumente der „redenden Generale“ des österreichischen Bundesheeres nicht, beziehungsweise, wenn Sie die Argumente dieser Generale geprüft haben, warum sagen Sie dem Parlament nicht Ihre Meinung, ob diese Generale irren oder ob sie mit ihrer Auffassung im Recht sind. Solange aber die Unabdingbarkeit des Satzes: „Es ist alles in Ordnung!“, im Raum steht, so lange erweist die Österreichische Volkspartei dem Bundesheer der Zweiten Republik den schlechtesten Dienst.

Die Landesverteidigung ist personell und substanziell der schwächste Punkt — und man kann sagen — das schwärzeste Kapitel der schwarzen Alleinregierung.

Peter

Dieser OVP-Alleinregierung wurde mit den krisenhaften Ereignissen des 21. August 1968 bezüglich des Bundesheeres eine große Chance geboten. Aus der Augustkrise entstand eine große Aufgeschlossenheit der Bevölkerung, für das Bundesheer mehr zu tun, als dies bisher der Fall war. Dieser echten Bereitschaft des Volkes hätte die OVP-Alleinregierung mit entsprechenden Initiativen begegnen müssen. Diese Aufgeschlossenheit der Bevölkerung hat die Alleinregierung psychologisch nicht genutzt. (Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie, Herr Minister, bei der Auffassung bleiben und behaupten, daß die Offiziere des Bundesheeres keinen Schock aus der Entwicklung nach dem 21. August 1968 davongetragen haben, dann irren Sie. Gerade die krisenhaften Ereignisse des 21. August haben den Offizieren Ihres Hauses jene Mängel vor Augen geführt, die wir bewältigen müssen, um ernsthafte Situationen dereinst meistern zu können. Sie haben heute ein zum Teil verbittertes und enttäushtes Offizierkorps vor sich. Ein Offizierkorps, das sagt: Wir tun alles, was in unseren Kräften steht, aber man hört nicht auf uns. Man geht auf unsere Argumente nicht ein, und man wurschtelt weiter.

Herr Minister! Sie haben darüber hinaus ein enttäushtes Unteroffizierkorps, obwohl Sie sich der Bedeutung eines tüchtigen Unteroffizierkorps für eine Armee bewußt sein müßten. Sie haben Präsenzdiener, die sich über ihre Offiziere und Unteroffiziere lustig machen, weil Sie als Minister nicht willens sind, die Mißstände im Bundesheer zu beseitigen.

Das ist die Bilanz der OVP-Alleinregierung am Ende dieser Gesetzgebungsperiode beim Kapitel Landesverteidigung.

Allerdings ist diesem Heer der Zweiten Republik von Anbeginn an eine zweifache Hypothek mit auf den Weg gegeben worden. Von 1955 bis 1966 war es eine schwarz-rote Proporzarmee. Seit dem 6. März 1966 ist das österreichische Bundesheer vor allem durch Minister Dr. Georg Prader zu einer schwarzen Parteiarmee geworden. Und seit der Praderherrschaft befindet sich das Bundesheer auf dem Weg ins Chaos.

Ich halte daher am Ende dieser Gesetzgebungsperiode des Herrn Ministers Prader persönliche Schuld am Krisenzustand des österreichischen Bundesheeres mit allem Nachdruck fest. Herr Minister Dr. Prader hat die Personalpolitik des österreichischen Bundesheeres mit niederösterreichischen OVP-Methoden verseucht. Dieser Vorwurf wird von uns Freiheitlichen aufrechterhalten. Er hat mit Diffamierung nicht das geringste zu tun

(Abg. Dr. Haider: Ah wo!) — nein, Herr Haider —, so lange die Österreichische Volkspartei die Überprüfung dieser Vorwürfe verhindert. (Abg. Dr. Haider: Solange Sie keinen Ministersessel unter'm Hiniern haben!)

Die weitere Schuld des Ministers Prader besteht darin, daß während seiner Amtszeit ein OVP-Politruksystem im Bundesheer aufgebaut wurde, das die Personalpolitik schwerstens belastet. (Abg. Guggenberger: Bezeichnen Sie die gewählten Personalvertreter als Politruks? Das sind die gewählten Personalvertreter! Das werden wir den Leuten sagen! Das sind die gewählten Personalvertreter! — Gegenrufe bei der FPÖ.) Von Herrn Bersch angefangen bis hinunter zur Truppe sitzen diese OVP-Politruks im österreichischen Bundesheer. Es wird mit Hilfe von Spitzelmethoden nach oben berichtet, wie sich Offiziere in Casinos äußern. (Abg. Guggenberger: Das beweisen Sie!) Das ist die Politik, die Dr. Georg Prader eingeführt hat. (Abg. Guggenberger: Das ist eine unwahre Behauptung!) Stimmen Sie einem Untersuchungsausschuß zu, dann werden wir das beweisen. (Abg. Meißl: Wir möchten es ja beweisen! — Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ. — Gegenrufe bei der OVP.)

Zu den weiteren Hypothesen Dr. Praders gehört, daß er Wehrpolitik mit Parteipolitik verwechselt und daß unter seiner Ministerschaft eine Despotenherrschaft überlieferten Ausmaßes im österreichischen Bundesheer eingedrungen ist.

Unter Dr. Georg Prader ist das Bundesheer anstatt zu einer Leistungs- und Erziehungsschule für die männliche Jugend dieses Landes zu einem Willkürinstrument schwarzer niederösterreichischer Feudalherrschaft geworden.

Das Generalthema ... (Ruf bei der OVP: Jetzt werden Sie witzig!) Das ist nicht witzig, das ist eine betrübliche Tatsache. Anscheinend kennen Sie, Herr Abgeordneter Guggenberger, die Stimmung in Offizierskreisen nicht. (Abg. Guggenberger: Ich kenne sie sehr gut!) Sie wissen nicht, wie der OVP zugehörige Offiziere von diesen Methoden angeödet sind. Unsere Pflicht als Volksvertreter ist es, da Sie diese Mißstände Ihrem Minister verschweigen, es ihm von freiheitlicher Seite bewußt zu machen.

Des Ministers Prader Schuld ist es weiter, daß das Generalthema des „illegalen Dienstplanes“ des Bundesheeres lautet: Wie schlage ich von neun Monaten sechs Monate die Zeit tot?

Nun können Sie wieder sagen, die Freiheitlichen diffamieren Minister Prader. Nun können Sie wieder sagen: Das ist eine böse

Peter

willige Behauptung der Freiheitlichen gegenüber dem Minister. Dann lesen Sie wenigstens das Ergebnis der Untersuchungen nach (Abg. Guggenberger: Eine Diffamierung gegenüber dem ganzen Offizierkorps!), die die steirischen Delegierten der Österreichischen Volkspartei beim Bundesparteitag zu diesem Thema angestellt haben. (Abg. Guggenberger: Das ist eine Beleidigung des Offizierkorps, Herr Peter! — Abg. Zeillinger: Die Offiziere wollen doch aussagen gegen diesen Mann! — Gegenrufe des Abg. Guggenberger. — Abg. Lanc: Scheingefecht der Rechten! — Abg. Zeillinger: Sie lassen Sie ja nicht aussagen, die schweigenden Generale!)

Die Österreichische Volkspartei irrt, wenn sie meint, mit dieser Behauptung wäre eine Beleidigung des Offizierkorps verbunden. Im Gegenteil. Die Offiziere tun, was sie können. Aber der Rahmen dessen, was sie tun können, wird von oben her bestimmt. Und wenn das Benzin für die Fahrschule nicht da ist, dann kann die Fahrschule nicht durchgeführt werden. Wenn die Voraussetzungen für Verbandsübungen nicht gegeben sind, dann können die zuständigen Kommandanten keine Verbandsübungen ansetzen. Dann müssen wir eben zur Kenntnis nehmen, wie schwer sich das österreichische Bundesheer heute im Verband bewegt, weil ihm dieser Minister nicht die erforderlichen Übungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt.

Dem Verteidigungsminister scheint am Herzen zu liegen, die Parteipolitik noch unmitttelbarer und noch brutaler in das Bundesheer hineinzutragen, als es schon der Fall ist.

Die ÖVP hat mir vorhin den Vorwurf gemacht, ich würde Offiziere wegen des aufgezeigten Leerlaufes beleidigen. Leerlauf untergräbt Wehrbereitschaft — sagt eine Stimme aus dem schwarzen Lager. So kann ich Ihnen eine Stimme nach der anderen aus Ihrem schwarzem, aus Ihrem ÖVP-Lager zitieren. (Abg. Haberl: Landeshauptmann Krainer!) Vielleicht zählen Sie den Krainer nicht mehr zur Österreichischen Volkspartei. Das ist auch eine Möglichkeit.

Eine sinnvolle Neugestaltung des Ausbildungsprogrammes wird von Ihnen verlangt, Herr Minister. Das Zentralproblem des Bundesheeres ist heute der Leerlauf des Präsenzdienstes. Diesen Leerlauf stellen Sie ja auch in Abrede. Sie sind ja nicht einmal bereit, dort Ihre Meinung zu ändern, wo die Mißstände bereits schwarz auf weiß bewiesen sind. (Abg. Guggenberger: Die Hälfte seines Lebens wartet der Soldat vergebens!

Das haben wir schon vor 30 Jahren bei der Wehrmacht gehört! — Das war in der gut organisierten deutschen Wehrmacht! — Ruf bei der SPÖ: Das ist das Konzept der ÖVP. — Abg. Konir: Guggenberger gibt es zu! — Abg. Machunze: Peters dramatische Stunde ist angebrochen! Stören Sie ihn nicht dabei!)

Meine Damen und Herren! Herr Machunze spricht von „Peters dramatischer Stunde“. (Abg. Machunze: Jawohl! Im vollen Bewußtsein! — Zwischenruf des Abg. Meitler. — Heiterkeit.)

Herr Machunze, darf ich Sie daran erinnern, daß wir uns jetzt ... jenes Ressort behandeln ... (Abg. Dr. Haider: Wir behandeln uns nicht! Wir befassen uns damit!) Danke für die Richtigstellung. Es kann einmal ein lapsus linguae passieren. (Abg. Steininger: Der Haider ist ja so g'scheit!) Ich kann mir gut vorstellen, daß mich der Haider gern „schleifen“ möchte.

Noch einmal zurück zu Machunzes Zwischenruf von der „dramatischen Stunde“. Es könnte eine militärische Situation eintreten, die viel Blut erfordert. Daher kann man das Kapitel Landesverteidigung, Herr Machunze, nicht ernsthaft genug in diesem Hohen Hause diskutieren.

Bundeskanzler Dr. Klaus hat in den dreieinhalb Jahren seiner Alleinregierung von 1966 bis 1969 zahlreiche Wachablösen auf der Ministerbank durchgeführt, aber auf den Kommandanten der Hauptwache auf der Dominikanerbastei, Dr. Georg Prader, hat er bei der Wachablösung vergessen. Es kann auch sein, daß der Kommandant der Hauptwache den Befehl verweigert hat und auf seinem Posten verblieben ist. Es kann ebenso sein, daß Bundeskanzler Dr. Klaus zu schwach gewesen ist, um dem Kommandanten der Hauptwache auf der Dominikanerbastei den Befehl zu erteilen, zurückzutreten. Aber dieser Augenblick ist am 1. März 1970 gegeben. (Abg. Dr. Tull: Schicken Sie ihm eine seidene Schnur!) Ich bin ein humaner Mensch, Herr Tull, und bekenne mich im Gegensatz zu Ihnen nicht zu solchen Methoden! (Heiterkeit.)

Eines der Kardinalthemen des österreichischen Bundesheeres ist die Wachablöse auf der Dominikanerbastei, nicht zuletzt deswegen, weil es zu retten gilt, was für die Armee noch zu retten ist.

In diesem Zusammenhang darf ich zu dem Thema Bundesheer und öffentliche Meinung Stellung nehmen. Offiziell wird, wovon wir uns bei den Ausführungen des Ministers neuerdings überzeugen konnten, Selbstzufriedenheit ausgestrahlt. Praders Bilanz vom

Peter

21. November 1969 über das Mehrjahresprogramm für das Bundesheer, der Öffentlichkeit im ÖVP-Pressedienst übermittelt, strahlt Optimismus aus. Interessanterweise folgen dem Minister etliche Generale auf dieser Linie der Selbstzufriedenheit. Ich zitiere hier GeneralFreihslers Selbstlob über das Ergebnis des Manövers „Bärentatze“ und stelle fest, daß sich dieser Brigadier bei der Feststellung der amtlichen Meinung über den Verlauf des Manövers „Bärentatze“ des Pressedienstes der Österreichischen Volkspartei bedient hat. Sie können das auf Seite 2 dieses ÖVP-Pressedienstes unmißverständlich nachlesen. Ich sähe es lieber, wenn sich die Generale des Bundesheeres in offiziellen Pressediensten des Landesverteidigungsministeriums äußern und nicht Zuflucht beim Pressedienst der Österreichischen Volkspartei suchen würden. Aber vielleicht ist die Veröffentlichung im ÖVP-Pressedienst gar nicht der persönlichen Initiative des genannten Brigadiers entsprungen, sondern entspricht es der Ansicht des Ministers, daß Meinungsäußerungen von Generalen im Pressedienst der Österreichischen Volkspartei am Platze sind.

Zu dieser offiziellen militärischen Meinung, die Selbstzufriedenheit über das österreichische Bundesheer verbreitet, steht im krassen Gegensatz die öffentliche Meinung. Ich habe schon auf den Leerlauf in der Ausbildung, die qualitativen Mängel des Kaderpersonals und die Konsequenz daraus, daß die Dauer des Präsenzdienstes bedauerlicherweise umstritten ist, verwiesen. Die steirischen Delegierten des ÖVP-Parteitages haben die Frage untersucht, was die Öffentlichkeit vom österreichischen Bundesheer derzeit hält. Es war eine betrübliche Negativbilanz, die auf diese Art und Weise zusammengetragen wurde. ÖVP-Funktionäre haben klipp und klar nachgewiesen, daß Minister Prader Schönfärberei betreibt, anstatt eine nüchterne und leidenschaftslose sachliche Diskussion abzuführen. Wir Freiheitlichen bedauern, daß unter Minister Praders Ressortführung nie die Bereitschaft bestanden hat, die Belange des Bundesheeres auf einer sachlichen und fachlichen Ebene zu diskutieren.

Herr Minister, lockern Sie den parteipolitischen Druck in Ihrem Hause, dann werden Sie auch bessere Erfahrungen auf dem Gebiet des Kaderpersonals machen! Entrümpeln Sie die Dominikanerbastei und entrümpeln Sie die Stäbe vom Kaderpersonal, dann wird der Truppe mehr Kaderpersonal zur Verfügung stehen.

Eine der Standardkritiken kann man in den kurzen Satz zusammenfassen: Zuwenig Geld, aber zuviel Stäbe. Man konnte beim Manöver

„Bärentatze“ registrieren, wie viele Generale sich bei der Truppe eingefunden haben, die mit dem Manöver überhaupt nichts zu tun hatten. Man hat bei den im Einsatz befindlichen Kommandostäben festgestellt, daß viele dieser Besucher eher hemmend denn belebend gewirkt haben.

Nun darf ich zu dem Gegensatz kommen, den heute mein Kollege Zeillinger mit Ihnen in der Frage der SAAB 105-Ö ausgetragen hat. Herr Minister! Sie sprachen davon, daß auf Grund der Produktionsgegebenheiten zuerst nur 20, dann aber doch 40 SAAB 105-Ö bestellt werden konnten. Haben Sie aber den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates auch gesagt, warum die Produktionsgegebenheiten für 40 Stück zum Zeitpunkt der Bestellung nicht gegeben waren? Weil die SAAB 105 — damals noch nicht „Ö“; „O“, also Österreich, ist daraus erst nach unserer Bestellung geworden —, weil die SAAB 105-Ö zu dem Zeitpunkt, da Sie Bestellungenabsichten hegten, Herr Bundeskanzler (*Rufe bei der SPO: Noch nicht Bundeskanzler!*) — Österreich wird davor bewahrt werden! —, weil zu diesem Zeitpunkt, Herr Bundesminister, dieser Flugzeugtyp bereits außer Produktion war und die SAAB in Linköping erst wieder die Produktionsvoraussetzungen für diesen Flugzeugtyp schaffen mußte, den sie gar nicht mehr weiterbauen wollte. Schweden erzeugte inzwischen bereits 600 Draken, vor allem für den skandinavischen Raum. Schweden ist dabei die Draken-Produktion durch die des Viggen zu ersetzen. Diese Information habe ich mir anlässlich des Besuches österreichischer Parlamentarier in Schweden im September dieses Jahres vom Generaldirektor der SAAB, Doktor Mileikovsky, persönlich verschafft. Er hat mir mit allem Nachdruck gesagt, daß die SAAB 105-Ö eine bestimmte militärische Aufgabe erfüllt, daß aber die Schweden diesen Flugzeugtyp nicht mehr einsetzen. Für sie ist der Draken waffentechnisch und flugtechnisch schon überholt, daher beginnen die Schweden den Viggen zu bauen. Wäre es bei den 20 SAAB 105-Ö geblieben, wäre es besser gewesen, weil wir dann zu einem früheren Zeitpunkt zu einem moderneren Abfangjäger-typ als dem der SAAB 105-Ö kommen würden.

Das sind einige der unrichtigen Informationen, die Sie, Herr Minister, uns immer wieder vorsetzen. Somit ist die Kritik des Kollegen Zeillinger vollinhaltlich zutreffend. Das ist der Prader-Stil, das ist jene Prader-Politik der Unlauterkeit und der Unaufrichtigkeit, die dem Bundesheer in der Endkonsequenz schadet und die wir Freiheitlichen bekämpfen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Peter

Was schrieb Ihnen zum Beispiel Dipl.-Ing. Urbanek vor einigen Wochen ins Stammbuch? Dr. Prader ist hart im Nehmen, Dr. Prader hat seine Standfestigkeit bekundet, Dr. Prader läßt dem Bundesheer seine „Bärentatze“ spüren, aber beim Kampf um das Wehrbudget gegenüber dem Finanzminister, da verließ ihn der Mut! Das schrieb Ihnen ein Fachmann des Militärwesens ins Stammbuch, ein Offizier, der schon im ersten Weltkrieg seine Pflicht für Österreich erfüllt hat. Bei diesem Kampf um das Wehrbudget gegenüber dem Finanzminister haben Sie weder Schwung noch Standfestigkeit noch Kampfbereitschaft bekundet. Sie begnügen sich lieber mit dem Zauberstück der Wehrmilliarde, das mein Kollege Zeillinger bereits behandelt hat, so daß ich es mir ersparen kann, darauf einzugehen.

Nun stehen wir vor Dr. Georg Praders letztem Kraftakt „Bärentatze“. Wie er ihn angelegt hat, konnten wir heute bereits zur Kenntnis nehmen. Herr Minister! Es war gelinde gesagt, ein unglücklich angelegter Kraftakt, mit dem Sie heute vor das Parlament getreten sind. Besser wäre es gewesen, Sie hätten sich mehr um den Nachholbedarf des österreichischen Bundesheeres gekümmert, Sie hätten während Ihrer Ministerschaft eine bessere Ausbildung gewährleistet und Sie hätten sich zeitgerecht um eine bessere Ausrüstung gekümmert.

Sie wissen auch, daß uns besonders von ausländischen Fachkreisen nach Ablauf des Manövers „Bärentatze“ ein Vorwurf gemacht wurde, den Sie und die Herren Ihres Hauses mit einer Handbewegung abgetan haben. Man machte Österreich den Vorwurf, daß der Generalstab des Bundesheeres noch in den Kategorien des zweiten Weltkrieges denken würde. Dem darf ich hinzufügen, daß die Österreichische Volkspartei auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik ebenfalls in den Kategorien des zweiten Weltkrieges denkt, wie das der Abgeordnete Guggenberger durch seinen Zwischenruf heute eindeutig unter Beweis gestellt hat.

Darf ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit ganz wenige Erfahrungswerte aus dem Manöver „Bärentatze“ in Erinnerung rufen, obwohl gerade das Urteil des Brigadiers Freihörsler, des offiziellen Sprechers des Ministeriums, nur ein positives und nur ein gutes gewesen ist. Es wurde in der Manöverkritik Freihörslers Darstellung nicht ein einziges Einbekenntnis, nicht ein einziges Selbstbekenntnis über aufgetretene Mängel der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

Noch unabdingbarer ist das Werturteil im positiven Sinn, das der Minister selbst in dem

zitierten „ÖVP-Pressedienst“ zum Ausdruck gebracht hat. Auch hier ist, wenn man mit den Offizieren spricht, die im Manöver waren, leicht nachweisbar, daß die Dinge ganz anders gelaufen sind, Herr Minister, als Sie es in der Öffentlichkeit darstellen. Die mangelnde Bereitschaft, wirkliche Fehlerquellen aufzuzeigen, in der Öffentlichkeit zu diskutieren und abzustellen, ist einer der größten Vorwürfe, den ich Ihnen gegenüber persönlich zu erheben habe.

Das eklatante Defizit an Fla-Waffen, das sich beim Manöver „Bärentatze“ herausgestellt hat, ist von Ihrer Seite nicht diskutiert worden. Der Mangel an Nachtkampfeinrichtungen ist zutage getreten. Der Mangel an leichten Brückengeräten konnte bei diesem Manöver ebenfalls nicht übersehen werden. Sie sprechen von dem so erfolgreichen und zufriedenstellenden Fortschritt der Motorisierung des Bundesheeres. Wo waren denn — nachdem Teile der Einsatztruppen mit kommerziellen Autobussen antransportiert wurden — die geländegängigen Gruppenfahrzeuge, Herr Bundesminister? Die Kommandanten haben geklagt, wie sehr es an diesen Gruppenfahrzeugen mangelte. Wann kommt der Pinzgauer aus dem Stall der Steyrwerke zu den Einheiten des österreichischen Bundesheeres? Er erreicht eher die Schweizer Miliz als das österreichische Bundesheer. Wie ist es mit den Mängeln in der Ausbildung der Kraft- und Panzerfahrer, wie sie im Verlauf des Manövers zutage getreten sind? (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Waren Sie im Manövergebiet?*) Ich habe mich sehr eingehend, Herr Wiesinger, mit den Offizieren unterhalten, die den Manövertruppen zugeteilt waren. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Haben Sie es gesehen? Waren Sie dort?*) Ich gebe wieder, was ich mir von Augenzeugen und Teilnehmern zur Kenntnis bringen habe lassen. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Selber miterleben, Herr Kollege Peter!*) Das ist der „Steiner“-Grundsatz: Wenn Sie nicht mitbeteiligt sind, dann halten Sie den Mund, wenn Sie nicht dort gewesen sind, dann reden Sie nicht mit. Das lehne ich ab.

Wie schaut es, Herr Minister, mit den Mängeln in der Manöverleitung aus? Wie schaut es mit der schlechten Unterrichtung der Schiedsrichter bei dem abgelaufenen Manöver aus? Daß sich die Stäbe zu schwerfällig erwiesen haben, kann ebenfalls nicht von der Hand gewiesen werden. Und wie sieht es vor allem mit der Zusammenarbeit zwischen den Stäben und den Truppen aus?

Und warum, Herr Minister, ist das Manöver „Bärentatze“ 16 Stunden früher als beabsichtigt abgebrochen worden? Die Begründung des

Peter

Brigadiers Freihsler lautet: Das Manöverziel sei vorzeitig erreicht gewesen; wozu hätte man die ermüdete Truppe weiter strapazieren sollen? — Dipl.-Ing. Urbanek hält dem entgegen: Die noch vorgesehene Panzerschlacht mußte abgebrochen werden, weil die Einheiten zur Durchführung derselben aus technischen Gründen nicht mehr in der Lage waren. Wenn es nicht stimmt, dann nehmen Sie dazu Stellung! Es ist höchste Zeit, daß man davon etwas erfährt.

Herr Minister! Anstatt daß man jetzt von Ihrer Seite ganz offen die Hand auf die Wunden legt, die im Bundesheer vorhanden sind, tun Sie so, als ob alles in Ordnung wäre. Wenn Sie der Bevölkerung in den letzten dreieinhalb Jahren gesagt hätten: Wir brauchen mehr Verständnis, es schaut so und so aus, ihr müßt uns helfen, diese Fehler zu beseitigen, diese Mißstände abzustellen, dann hätten Sie wahrscheinlich eine weitaus erfolgreichere Landesverteidigungspolitik betreiben können. Interessant ist, daß der Abgeordnete Marwan-Schlosser in diese Lobhudelei von A bis Z einstimmt: Alles in Ordnung, keine Mängel, keine Fehler, alles bestens. Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn in der Bevölkerung eine andere Auffassung vorhanden ist, weil diese ja immer wieder Präsenzdienern begegnet, die dem Volke sagen, wie groß der Leerlauf in Ausbildung und Betrieb ist, und weil man immer wieder von Offizieren und Unteroffizieren über deren Sorgen hört. Wir können nur den Offizieren und Unteroffizieren danken, die in einer ausweglosen Situation befehlsgemäß auf ihrem Platze bleiben und die Pflicht erfüllen.

Denken Sie doch auch an die gesellschaftliche Stellung des heutigen Offizierkorps. Die gesellschaftliche Stellung des Offizierkorps war unter einem Minister Graf und unter einem Minister Schleinzer wesentlich besser als unter einem Minister Dr. Georg Prader. Das sind Probleme, die Sie unmittelbar betreffen. Auch wenn Sie Zivilist sind, Herr Minister, stehen Sie an der Spitze Ihres Offizierkorps. Dieses Offizierkorps verdient eine andere Behandlung des Bundesheeres, als Sie sie der Armee in diesem Hohen Hause dreieinhalb Jahre hindurch zuteil werden haben lassen.

Sie sprachen heute davon, was alles an umfassender Landesverteidigung in Österreich vorhanden wäre. Ich erinnere mich nur dessen, was vor ganz kurzer Zeit die Herren Drimmel und Spannocchi zum Problem der Geistigen Landesverteidigung gesagt haben. Es gibt im Bereich der umfassenden Landesverteidigung genau so große Mängel wie auf dem Gebiet der Geistigen Landesverteidigung. Interessant

ist, daß die Ziele der Geistigen Landesverteidigung in den „Monatsheften“ der Österreichischen Volkspartei postuliert werden und daß dann der Kommandant der Landesverteidigungsakademie, Generalmajor Spannocchi, erst das wiedergeben kann, was die ÖVP aus der Feder des Herrn Kronhuber über die Geistige Landesverteidigung postuliert hat.

Überall Parteipolitik! Überall ÖVP-Politik auf dem Gebiet der Verteidigung! Überall Mißbrauch der Verteidigung durch die Österreichische Volkspartei. Überall Mißbrauch des Bundesheeres durch Dr. Georg Prader! Daher nein zum Kapitel Landesverteidigung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Landesverteidigung Doktor **Prader**: Herr Abgeordneter Peter! Sie haben eingangs Ihrer Ausführungen die Behauptung aufgestellt, ich hätte erklärt: Im Bundesheer ist alles in Ordnung. — Herr Abgeordneter! Ich habe diese Erklärung nie abgegeben und, Herr Abgeordneter, es sind daher auch alle Folgerungen, die Sie an diese Erklärung geknüpft haben, falsch. Was wir hier getan haben und worauf auch ich hingewiesen habe, ist der Umstand, daß auch im Bereich der militärischen Landesverteidigung eine gewaltige weitere Aufbauarbeit geleistet wurde, und das, Herr Abgeordneter, wird wohl auch kaum bestritten werden können.

Sehen Sie sich die Novellen zur Wehrgesetzgebung an, die Grundlagen, die damit überhaupt erst für eine echte Einsatzbereitschaft eines Mobilheeres geschaffen wurden. Herr Abgeordneter, sehen Sie sich auch im sozialrechtlichen Bereich die Vorschriften an, die wir zur Absicherung unserer Präsenzdiener und auch unseres Kaderpersonals getroffen haben, alle Änderungen, Neuerungen und Verbesserungen im Heeresgebührengesetz. Es ist Ihnen noch die Diskussion über die Verfügungsermächtigung bekannt. Gerade von Ihrer Seite wurde sehr kritisiert. Alles neu geordnet in einer der Verfassung gemäßen und den militärischen Notwendigkeiten entsprechenden Form.

Ich habe bereits auf das neue Organisationschema des Heeres verwiesen. Ich verweise auf die ganz einschneidenden Bestimmungen, die wir auf dem Gebiete des Dienstrechtes geschaffen haben, um die Kaderpersonallage zu verbessern. Konstruktive Akte wurden gesetzt, neue Wege sind hier gegangen worden, um diesen Mängeln abzuweichen. Die Befehlsstruktur wurde wesentlich verbessert.

Bundesminister Dr. Prader

Es wurde ein Armeekommando geschaffen, wir haben einen Einsatzstab geschaffen, wir haben beide Einrichtungen erstmalig institutionalisiert. Sie wissen, daß die Trägerorganisation für unser Armeekommando eine permanent-aktive Truppe, nämlich jene des Kommandobataillons ist.

Und wir haben letzten Endes, Herr Abgeordneter, auch die Verteidigungsakademie geschaffen. Sehr unter Ihrem Protest seinerzeit. Ich erinnere Sie daran. Ich meine nicht, unter dem Protest der Freiheitlichen, sondern unter dem Protest der Sozialisten. Nun sind bereits zwei weitere Zweigstellen errichtet, und dieses Institut hat sich bewährt. Es konnte Gewaltiges schaffen. Es machte die entscheidendsten Bereiche und Faktoren Österreichs mit der Konzeption der österreichischen Landesverteidigung bekannt.

Sonst bekritteln Sie immer die Propaganda, heute ist das Gegenteil geschehen: Wir wären zu zurückhaltend, um diese Problematik der Bevölkerung darzustellen, sie aufzuklären, ihr die Dinge auch entsprechend mitzuteilen.

Wenn Sie das Gebiet der Rüstung meinen, nun wir haben das Schützenpanzerprogramm abgeschlossen — eine gewaltige Leistung, Herr Abgeordneter! Wir haben die Fla-Ausstattung entgegen Ihren Ausführungen in ganz gewaltigem Stil mengenmäßig verbessert — ich sage Ihnen gerne, im Hohen Haus tue ich das nicht, die Stückzahl, Sie können mich darüber fragen, und auch die neuen Konzeptionen, die hier sind.

Wir haben für den ersten Programmteil den Abschnitt, den wir jetzt bewältigt haben, die ganze Panzerabwehrfrage fast erledigt. Wir haben jetzt noch den Panzerjäger K ins Programm miteinbezogen, und die Serienproduktion läuft an. Wir haben im Bereich der Ausstattung unserer Luftstreitkräfte mit modernsten Maschinen gewaltigste Erfolge erzielt. Herr Abgeordneter, zeigen Sie mir eine Hubschrauberflotte einer anderen Armee, in der kein Kolbenantriebwerk mehr vorhanden ist.

Wir haben hier die modernsten Maschinen herangezogen. Wir haben eine gewaltige Hubschrauberflotte, etwas, das vor einigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre, und, Herr Abgeordneter, ich darf in diesem Zusammenhang auf Ihre Ausführungen hinsichtlich des SAAB 105 verweisen.

Herr Abgeordneter! Die SAAB 105 hat mit dem Draken oder dem Viggen überhaupt nichts zu tun. Diese beiden Geräte können nicht in Vergleich gestellt werden. Die Aufgabenstellung ist eine völlig andere, bewußt eine völlig andere, und hier handelt es sich um abschließliche Interzeptoren. Herr Abgeordneter,

Sie wissen genauso wie wir, daß wir derzeit materiell, personell und funktionell Interzeptoren noch nicht betreiben können und auch die Abklärung anderer Fragen noch Vorgegebenheit ist, um überhaupt daran zu denken. Sie kennen aber auch unsere Konzeption, und das ist die Basis, daß dann überhaupt diese Spitze aufgebaut werden kann. Daher wird sehr konzeptiv, sehr konsequent vorgegangen. Denn zunächst etwas anzuschaffen, um nachher festzustellen, daß die Grundlage dafür überhaupt fehlt, das wäre Konzeptlosigkeit, und wir gehen eben den umgekehrten Weg, den eines völlig klaren Konzeptes. Wir dürfen das feststellen, davon können Sie sich überzeugen.

Wir haben, Herr Abgeordneter, auf dem Artilleriesektor viel getan, und wir werden jetzt zusätzliche Rüstungsgüter bekommen. Wir haben auf dem Pioniersektor Gewaltiges geleistet, wir haben unser Brückenmaterial verbessert, wir haben das andere Pioniergerät wesentlich aufstocken können, wir haben auf dem Fernmeldesektor ganz hervorragende Ausstattungen der Truppe zur Verfügung stellen können, Sie kennen die Geräte. Und man kann doch nicht sagen (*Zwischenruf: Donauschiffe!*), auch das gehört dazu, weil ich ja 50-Tonnen-Fähren auch transportieren muß, Herr Abgeordneter.

Wir haben in der Kfz-Ausstattung, in der Kfz-Erneuerung doch entscheidende Fortschritte erzielt. Aber, Herr Abgeordneter, wenn man dann sagt, man sollte mehr tun, und stimmt dann gegen die Mittel, dann werden die Dinge schwierig (*Beifall bei der ÖVP*), denn eines bringe ich nicht zusammen: alles das ohne Geld zu beschaffen. Dazu bin ich nicht in der Lage, das gebe ich Ihnen ganz offenherzig zu.

Und so ist es ja immer auch tatsächlich in der Wirklichkeit. Sie meinen, einer hätte da kein Benzin für die Fahrschule gehabt. Herr Abgeordneter, das ist einer jener Rationalisierungseffekte, den man zum Beispiel zusätzlich erreicht. Ich habe dem Hohen Haus erst in Beantwortung einer Anfrage kürzlich sagen dürfen, daß wir dann, wenn das Sofortprogramm durchgezogen ist — und das wird in der Zeitzielsetzung geschehen, die wir Ihnen gesagt haben —, allein Treibstoffersparnisse von 13 Millionen Schilling haben werden. Aber eines möchte ich Ihnen auch sagen — mit aller Deutlichkeit —: daß eben, um rationalisieren zu können, auch beim Heer, genauso wie in jedem anderen Bereich, zunächst die entsprechenden Investitionen notwendig sind, und um die geht es. Und um solche handelt es sich zum Beispiel bei der Wehrmilliarde, die nicht ein Exterieures

Bundesminister Dr. Prader

außerhalb der Planungen ist, sondern sinngemäß in den Planungen bereits verankert ist, nur das Tempo der Durchführung dieser Planungen steigert.

Wenn ich Ihnen das sage, Herr Abgeordneter, dann bin ich mir sehr darüber im klaren, daß wir noch sehr viel aufholen und sehr viel leisten müssen. Die Prämissen, die das Bundesheer rein gebäudeausstattungs-mäßig bekommen hat, waren ja mehr als entsetzlich, das waren Startbedingungen mit fast nichts. Und heute ist ein Aufbau vollzogen worden bei diesen geringen Mitteln, der immerhin beachtliche Fakten bereits vorweisen kann. Österreich hat die kürzeste Wehrdienstzeit und das geringste Wehrbudget. Und trotz dieser Gegebenheiten wurden die Aufbauleistungen ermöglicht, die ich genannt habe.

Herr Abgeordneter, Sie zitieren Zitate. Es gibt sehr viele Meinungen. Ich konzidiere Ihnen als Opposition, daß Sie vornehmlich diese zitieren, die Ihnen zu Gesicht stehen und passen. Aber, Herr Abgeordneter, diese Zitate müssen in einem anderen Rahmen gesehen werden, besonders nicht im Hinblick auf den Herrn Prader, denn der Adressat, der in diesen Ausführungen gemeint ist, ist ein völlig anderer, und ich würde Sie bitten, einmal von der richtigen Richtung zu adressieren und dann unter Umständen auch an jene, die ununterbrochene Mängel an der Landesverteidigung feststellen, den Verteidigungsminister auffordern, alles mögliche zusätzlich beschleunigt zu machen, und dann, wenn es darauf ankommt, die Grundlage dafür zu geben, nämlich das Geld, immer nur ein „Njet“ dazu zu sagen haben. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Meißl.)*

Unrichtige Berichterstattung und Informationen von mir. Herr Abgeordneter, derartige pauschale Anschuldigungen war ich von Ihnen nicht gewohnt, noch dazu in diesem Stil. Ich rechne dies der Vorwahlzeit zu und nicht Ihrem persönlichen Format. Ich möchte das hier ausdrücklich feststellen.

Warum Argumente nicht geprüft werden. Alle Argumente prüfen wir, Herr Abgeordneter. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, das zu tun. Das machen wir — ich habe es heute schon erklärt —, es ist nicht immer möglich, auch von allen Überprüfungsergebnissen der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen. Wenn Sie glauben, mit der Methode Erfolg zu haben, zu differenzieren zwischen schweigenden und redenden Generalen — Herr Abgeordneter, ich glaube, eines wünschen Sie auch nicht, genauso nicht wie ich: daß die Armee einmal aus der Verfassung ausbricht! Das

war immer das Wesenhafte, und das ist immer ein Ehrenschild der alten österreichischen Armee und auch immer der neuen Armee gewesen, daß sie nie selber, auch nicht durch ihre militärischen Persönlichkeiten, Politik gemacht hat, sondern die Gestaltung der Politik ausschließlich den verfassungsmäßig hierfür zuständigen Organen überlassen hat.

Herr Abgeordneter! Sie fragen dann um die Meinung, die Sie da und dort hören. Wenn es aber um die Verantwortung geht, Herr Abgeordneter, dann fragen Sie nur mich, mit Recht nur mich, weil das der Verfassungsrechtslage entspricht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was meinen Sie daher mit dieser Differenzierung, mit diesem Anruf etwa an die „schweigenden Generale“, sich den „redenden Generalen“ anzuschließen, oder an die „redenden Generale“, in die Schweigepflicht zu treten? Ich werde Ihnen sagen, wo die Generalität zu arbeiten hat: Gemeinsam im Verteidigungsministerium an der Erarbeitung und Überprüfung aller Konzeptionen. Das ist ihre Aufgabe, dort wichtig und richtig zu wirken, aber nicht in dem Stil, von dem Sie glauben, daß es einer besseren Parteiopportunität entspricht. *(Beifall bei der SPÖ. — Dr. van Tongel: Das ist ja unerhört! — Rute bei der ÖVP: Was? — Abg. Dr. van Tongel: Parteiopportunität!)*

Wir haben ein sehr sinnvolles Ausbildungsprogramm. Mit der Durchführung sind wir bei weitem noch nicht zufrieden. Das konzidiere ich Ihnen absolut. Ich versuche alle Mittel und Methoden anzuwenden, um zu diesem erstrebten Ziel zu kommen. Hier gibt es zweifellos auch viele Hindernisse. *(Abg. Horejs: Steiner hat aber das Gegenteil behauptet!)*

Wir haben eine Ausbildungskommission in meinem Hause ins Leben gerufen. Es gehört die Gewerkschaftsjugend dazu, die politischen Parteien haben daran teilgenommen; ihnen, dem ganzen Forum, den Schulvertretungen, wurde ja dieses Schulausbildungskonzept vorgelegt. Es wurde diskutiert. Es ist, glaube ich, auch als gut und richtig befunden worden.

Die praktische Durchführung läßt noch ab und zu entscheidend zu wünschen übrig. Auch unser oberstes Ziel ist es, daß der junge Österreicher, der Soldat ist, dann, wenn er das Heer verläßt, auch für seinen Persönlichkeitsbereich etwas Wertvolles mit in das Leben nehmen kann. Das muß das Endziel sein. Ich behaupte nicht, daß wir das jetzt schon in allen Bereichen erreicht haben, aber unsere Arbeit ist ausschließlich darauf ausgerichtet, diesem Endziel immer besser entgegenzukommen.

14022

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Bundesminister Dr. Prader

Herr Abgeordneter! Nun darf ich doch noch etwas sagen: Ich hätte Ihnen bessere Informationen gewünscht. Sie haben im Zusammenhang mit der Manöverkritik Aussagen dazu von mir kritisiert. Seien Sie mir nicht böse, ich habe da überhaupt keine abgegeben. Von wo Sie das her haben, weiß ich nicht. Denn dazu Stellung zu nehmen, fühle ich mich nicht berufen. Dazu hat unser Generalstab Stellung zu nehmen. Ich habe allerdings auch hier die Verantwortung zu tragen.

Aber wenn Sie nun sagen, es wurde der Mangel an geländegängigen Fahrzeugen kritisiert, wenn Sie vor allem sagen, der Brigadier Freihöfer hätte bei der Pressekonferenz, die ich veranstaltet habe und wo wir auch zu den Manövern Stellung genommen haben — das ist ja gemeint — keine Schwächen genannt und keine Fehler und keine erkennbaren Mängel aufgezeigt, dann, Herr Abgeordneter, irren Sie! Mit ungeheurer Nüchternheit hat er eine ganze Liste dort heruntergesagt, was wir an Mängeln bei diesen Übungen festgestellt haben. *(Abg. Peter: Was Sie betrifft, stimmt alles nicht! Presseklub Concordia, 21. November! Es stimmt ja nie etwas, was Sie sagen! — Abg. Zeillinger, ein Blatt schwenkend: Da ist es, in Ihrem Pressedienst! Da ist davon die Rede! Jetzt streiten Sie das ab!)* Herr Abgeordneter! Dagegen muß ich mich verwahren *(Abg. Zeillinger: Dr. Prader vor dem Presseklub Concordia am 21. November: Da ist die Rede davon! Das streiten Sie jetzt ab! Hat der Ellinger gelogen, ja oder nein? — Rufe bei der ÖVP: Nicht genügend, setzen!)* Was heißt das? Wenn Sie mir da etwas herzeigen, von da hinten, und sagen: „Das streiten Sie ab!“, das ist ein bisserl billig! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)*

Herr Abgeordneter! Erkundigen Sie sich bei den Herren von Ihrer Presse, die dort waren. Sie werden Ihnen sicher die richtige Information geben.

Aber, Herr Abgeordneter Peter, entschuldigen Sie, wenn ich Sie noch inkommodiere. *(Abg. Peter: Lange höre ich nimmer zu!)* Ja, das ist Geschmacksache. Ich kann mir auch nicht immer das Angenehme aussuchen, Herr Abgeordneter! Sie haben gemeint: Geländegängige Fahrzeuge seien keine da, wann kommt endlich der Pinzgauer, und der sei schon wieder veraltet; bei den Schweizern sei er viel früher gelandet als bei uns. Ich muß Ihnen leider mitteilen: Er ist weder bisher bei den Schweizern gelandet noch bei uns, weil die Entwicklung der Prototyps bisher noch nicht fertiggestellt werden konnte. Das ist die Wahrheit, Herr Abgeordneter Peter.

Deswegen habe ich es beklagt, daß Sie schlechte Informationen erhalten haben.

Wenn Sie mich wegen der Geistigen Landesverteidigung befragen, werden Sie gestatten, daß ich bei der Behandlung des Kapitels Militärische Angelegenheiten verbleibe, weil nur das heute auf dem Programm des Hohen Hauses steht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Josef Schlager das Wort.

Abgeordneter Josef Schlager (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn der Herr Bundesminister für Landesverteidigung jetzt so vorwurfsvoll zur Opposition hingeschaut hat, so quasi: Warum gebt ihr mir nicht mehr Geld?, dann hätte er wieder in Ihre Reihen zurückschauen und diese Frage an den Herrn Finanzminister richten müssen, denn dieser ist in der monocoloren ÖVP-Regierung zuständig, daß er ihm sein Geld gibt. Wenn er sich dort nicht durchsetzen kann, dann ist er eben ein schlechter Verteidigungsminister.

Aber, Hohes Haus, meine Damen und Herren, gestatten Sie, daß ich in einer persönlichen Sache kurz etwas sage: Als es vorhin den Tumult gegeben hat, hat der Herr Präsident korrekterweise gesagt, er erteile dem Abgeordneten Schlager den Ordnungsruf. Ich möchte festhalten, daß es sich um den Anton Schlager handelte. Ich muß aber von dieser Stelle aus heute endlich einmal ersuchen und diese Bitte auch an die Presse und an den Rundfunk richten, immer vom Anton Schlager der ÖVP und vom Josef Schlager der SPO zu sprechen. *(Abg. Fachleitner: Von dem hört man nichts!)* Sie werden mich schon hören, und Sie haben mich schon gehört, aber so unqualifizierte Zwischenrufe und Beleidigungen eines politisch Andersdenkenden habe ich mir noch nie zuschulden kommen lassen! Das möchte ich Ihnen schon sagen. Das ist bei mir ein Grundprinzip. Und wenn ich mit politischen Gegnern oder politisch Andersdenkenden diskutiere, dann bleibe ich auf dem Boden der Fairneß und verlasse diesen Boden nicht. *(Abg. Staudinger: Kollege Josef Schlager! Aber Ordnungsrufe hat es drüben auch schon gegeben!)* Ich habe noch keinen bekommen und habe auch noch keinen gegeben; ich bin für Ordnungsrufe nicht zuständig. Das möchte ich einmal in aller Form sagen. *(Abg. Kern: Das ist ein braver Schüler. — Abg. Dr. Haider: Betragen römisch eins!)*

Und nun, meine Damen und Herren, ein paar Worte zum Abgeordneten Steiner. *(Abg. Anton Schlager: Es wäre mir zuwider, wenn sie mich mit dir verwechseln würden!)*

Josef Schlager

Du, da hast du wirklich recht. Ich habe dutzende Briefe bekommen von den Kriegsoffizieren. Du bist da herunter gestanden und hast gesagt: „Wir können auf die Grundrente verzichten!“ Die Kriegsoffiziere haben mir aus vielen Bundesländern geschrieben, wie ich denn so etwas behaupten kann. Ich habe ihnen zurückgeschrieben, daß diese Briefe dem Anton Schlager gehören. (*Abg. Anton Schlager: Ich habe gesagt: Die Abgeordneten und die Minister können auf die Renten verzichten! Und das vertrete ich auch heute noch!*) Du hast das anders formuliert. Ich erinnere mich sehr genau daran.

Der Herr Abgeordnete Steiner hat sich vorhin von diesem Pult aus lange Zeit mit dem Thema beschäftigt, welche Aussprüche Sozialisten getan haben, welche Aussprüche der Herr Abgeordnete Androsch getan hat und wie diese Aussprüche in Einklang zu bringen sind. Eines muß ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Wir, die sozialistischen Vertreter im Verteidigungsausschuß, haben immer sehr ernst und ehrlich mitgearbeitet. Wenn Sie wünschen, daß wir weiter so mitarbeiten, dann unterlassen Sie solche Unterstellungen! (*Abg. Nimmervoll: Das ist ja eine Drohung!*)

Eines können wir auch beweisen: Daß es überall dort, wo demokratische Sozialisten an der Regierung sind, mit der Wehrmacht und mit dem Wehrkonzept und mit der Landesverteidigung sehr ernst genommen wurde. Der Herr Bundesminister für Landesverteidigung hat sehr oft mit dem sozialistischen Schweden verhandelt, weil man dort die Landesverteidigung außerordentlich ernst nimmt. (*Ruf bei der ÖVP: Die Engländer auch!*) Wir nehmen es auch ernst in Verbindung mit unserer Neutralität, aber wir wehren uns natürlich auch mit aller Macht dagegen, daß das Bundesheer verpolitisiert werden soll.

Meine Damen und Herren! Ich will heute von diesem Pult aus einige Wünsche vorbringen. Gleich werden einige wieder sagen: Hier ist nicht die richtige Stelle, Wünsche anzubringen! Aber ich glaube, es ist die richtige Stelle! Der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser hat heute gesagt, bei diesen Kontaktgesprächen mit Angehörigen des Bundesheeres hat es eigentlich nie Beschwerden gegeben. Ich empfinde diese Kontaktgespräche als sehr wertvoll, ich finde jedes Gespräch mit Bundesheerangehörigen sehr wertvoll, aber ich glaube, wenn man diese Gespräche ehrlich und ernst nimmt, dann muß man auch einmal öffentlich sagen, was die Bundesheerangehörigen wollen. Es wird geredet und geredet, und in vielen Dingen, und zwar auch in vielen kleinen Dingen, wird einfach keine Abhilfe geschaffen. Beim letzten Kontakt-

gespräch zum Beispiel ging es sehr stark darum, daß es in Wien in der Albrechts-, in der Wilhelms- und in der Kagraner Kaserne sehr schlechte Unterkunftsmöglichkeiten gibt, daß die sanitären Anlagen sehr schlecht seien. Ich glaube, daß man solche Dinge abstellen kann. Soviel Geld ist in unserem Budget noch immer drinnen gewesen. Das Reden hilft nichts. Man soll für diese Mißstände eben echte Taten setzen.

Ich bringe einen Wunsch aus dem Kreis der Präsenzpflichtdiener vor. Sie wissen, welche schwere Belastung diese Präsenzdiener zu tragen haben. Es ist ein Unterschied, ob ein Grazer nach Graz oder ein Wiener nach Wien oder ein Innsbrucker nach Innsbruck einberufen wird. Er kann, wenn er Urlaub bekommt, nach Hause gehen. Wie ist es mit den Präsenzdienern, die 12 S Taggeld haben und etwa 100 km nach Hause zu fahren haben? (*Abg. Dipl.-Ing. Hämmerle: Die wollen das meistens gar nicht!*) Fragen Sie die Präsenzdiener, wenn Sie so etwas sagen! Das ist eine Behauptung, die keinen Boden hat! Ich glaube schon, daß man sich überlegen müßte, daß auch diese Präsenzdiener in bestimmten Zeitabständen nach Hause fahren können, aber nicht auf ihre Kosten, sondern sie sollen für diese Fahrt nach Hause auch einen Fahrschein bekommen. Es gibt doch auch Präsenzdiener, die verheiratet sind, die zuerst studiert haben und nach dem Studium einberufen wurden und natürlich auch zu ihrer Frau nach Hause fahren möchten.

Meine Damen und Herren! Ich bin Standesbeamter, ich weiß, was mit dem Ehegesetz zusammenhängt. Eine Vernachlässigung der ehelichen Pflichten bringt ja gewisse Schwierigkeiten mit sich! (*Heiterkeit.*) Es wäre selbstverständlich, daß man einen solchen Präsenzdiener auf Kosten des Staates nach Hause fahren läßt, nicht auf seine eigenen Kosten oder so, daß ihm die Frau das Geld schicken muß. (*Abg. Fachleutner: Das gehört zur Blutauffrischung!*)

Der Kollege Preußler hat im Verteidigungsausschuß bei den Budgetberatungen in Erkenntnis dieser Lage und vor allen Dingen, weil wir alle wissen — das wurde in diesem Hohen Haus schon des öfteren diskutiert —, daß die Preise angezogen haben, ausgeführt, daß es notwendig wäre, das Taggeld wieder zu erhöhen. Sie haben für diesen Antrag sehr taube Ohren gehabt. Wenn Sie ein ehrliches Bekenntnis zu den jungen Menschen ablegen wollen, die in unseren Bundesheer dienen, dann stimmen Sie doch diesem Vorschlag zu!

Es wurde auch bei dem Kontaktgespräch gesagt, daß in den Garnisonen richtigerweise Automaten für antialkoholische Getränke auf-

Josef Schlager

gestellt werden. Das ist sehr lobenswert. Aber wenn diese antialkoholischen Getränke an diesen Automaten in einem kleinen Flascherl 4 S kosten, dann muß ich schon sagen, daß dieser Preis sehr teuer ist. Man müßte auch da etwas dazutun, damit man das ändern könnte.

Vor allem: Der Herr Bundesminister hat früher von dieser Bank aus leidenschaftlich gesagt, daß er den jungen Leuten das Einrücken leichter machen, daß er die Begeisterung anheizen will. Dazu muß ich ihm erwidern: Dann soll er die gehaltlichen Fragen, von der Zulage für die Unteroffiziere angefangen bis zu all den Dingen, die im Raum stehen, endlich einmal lösen! Wenn die Gehaltsfragen ordentlich gelöst sind, dann, so bin ich überzeugt, haben wir auch genug Menschen, die Interesse für das Bundesheer bei uns zeigen.

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich eine sehr, sehr ernste Sache vorbringen. Vor ungefähr vier Wochen ging durch die österreichischen Zeitungen die Meldung, daß ein Präsenzdiener zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt worden ist. Man hat in einer Zeitung geschrieben: Watschenaffäre in der Kaserne endete vor Geschworenen. Wenn man diesen Bericht durchliest, dann kommt man zu einem erschütternden Ergebnis. Es handelte sich noch dazu um den Freund dieses jungen Mannes, der an diesem Tag sein Tagesvorgesetzter war. Der junge Mann war sich ja gar nicht dessen bewußt, was er damit anstellt. Ich bin auch ein alter Soldat gewesen, und ich habe mich sofort gefragt: Ist denn der nie belehrt worden? Hat man dem nie gesagt, was er damit anstellt, wenn er so was macht, welche Strafe er sich zuzieht?

Ich sage Ihnen noch etwas. Die Öffentlichkeit und die vielen Mütter in Österreich waren über diese Meldung auch erschüttert, denn sie haben sich auch nicht vorgestellt, daß einer, der beim Bundesheer ist und eine solche Sache macht, schlagartig mit einem Jahr schweren und verschärften Kerker eingesperrt wird. Man muß unterstreichen: Auf diesem Gebiet stimmt doch etwas nicht!

Ich kenne den Artikel 84 unserer Verfassung. In Österreich gibt es keine Militärgerichtsbarkeit außer für Kriegszeiten, und dazu bekennen wir uns auch, und es soll auch so bleiben. Was aber nicht bleiben soll, so meine ich, das soll die Art und Weise sein, wie Militärdelikte verfolgt werden, daß zum Beispiel wegen einer Ehrenbeleidigung eine harte Strafe ausgesprochen wird.

Da ist zum Beispiel ein junger Mann, den ich persönlich gut kenne, freiwillig eingerückt. Nach zwei oder drei Monaten Dienst zer-

streitet er sich mit seinem Stubenältesten, und in seiner Verzweiflung — er war freiwillig eingerückt! — rückt er aus und kommt nach 14 Tagen wieder zurück und hat dann das Strafverfahren zu gewärtigen. Er ist abgeurteilt worden. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Na was denn?*) Natürlich (*Ruf bei der ÖVP: Wir waren auch Soldaten!*), aber was anderes! Das haben ja wir nicht gekannt! Was anderes ist jetzt. (*Abg. Fachleutner: Belobt sind wir worden?*) Nein! Der junge Mann rüstet dann ab und hat in der Strafkarte die Strafe drinnen, die beim Militär damals war. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Na klar!*) Ich bin Gemeindegemeinsekretär. Man kennt die Eltern, man kennt den jungen Mann, der ist völlig in Ordnung, und wenn dieser junge Mensch eine ordentliche Stelle bekommen soll, dann kommt die Anfrage nach einem polizeilichen Führungszeugnis, und was ist dann? Dann ist die Karte verpfastert. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Wenn er nicht seine Pflicht erfüllt beim Bundesheer!*) Meine Damen und Herren! Ich bin für Ordnung, ich bin für Pflichterfüllung! (*Ruf bei der ÖVP: Eine schöne Pflichterfüllung!*) Ich bin hundertprozentig für Disziplin! Aber ich bin der Meinung, man soll endlich in unserem Militärstrafgesetz etwas ändern.

Meine Damen und Herren! Ich stehe auf diesem Gebiet nicht allein da. Was man bei uns draußen oder vielfach überhaupt nicht versteht, das ist ja etwas anderes. Wir haben vor kurzem einen Bauskandal mit anderen Verurteilungen, mit außerordentlich milden Verurteilungen gehabt. Das denkt sich der Mensch da draußen. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Sie meinen, er kann kommen und gehen, wann er will!*)

Worum geht es jetzt wirklich? Es geht endlich um mehr Rechtsschutz für den Staatsbürger, und vor allen Dingen geht es um die Änderung des militärstrafrechtlichen Teiles im Strafgesetz. Daß ich auf diesem Gebiete mit meiner Meinung nicht allein dastehe, ist ein anderer Beweis. Warum regen Sie sich denn darüber so auf? (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Wir regen uns nicht auf!*) Sie haben sich doch darüber aufgeregt!

Der Abgeordnete Zeillinger sagt sehr deutlich, laut Protokoll vom 13. Dezember 1968: Es ist höchste Zeit, daß man hier eine Änderung trifft. Der Abgeordnete Dr. Kranzlmayr sagt am 13. Dezember 1968, „daß die Bestimmungen des geltenden Militärstrafrechtes, die aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts stammen, den an sie gestellten Anforderungen einfach nicht mehr gerecht werden“. Er sagt weiter: „... ich glaube, daß er“ — der Ressortentwurf — „in Kürze nach Abstimmung mit

Josef Schlager

dem Bundesministerium für Landesverteidigung in die Begutachtung geschickt und dann dem Hohen Hause vorgelegt werden kann.“

Meine Damen und Herren, was sagt denn der Herr Bundesminister für Justiz auch wieder in dem gleichen Protokoll? Er sagt sehr deutlich eines: Bitte denken Sie doch daran, was vor einem Jahr hier im Hohen Haus gesagt wurde. Man solle das nicht alles so leicht nehmen, man soll doch auch etwas tun.

„Ich wurde auch wieder vom Herrn Nationalrat Zeillinger und vom Herrn Abgeordneten Dr. Kranzlmayr nach dem Stand der Reform des Militärstrafrechts gefragt. Ich darf sagen, daß das Bundesministerium für Justiz schon vor einem Jahr“ — also 1967/68 — „einen neuen Entwurf eines Militärstrafgesetzes ausgearbeitet hat, der dann auch Gegenstand eingehender Beratungen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung war. Dieser überarbeitete Entwurf wurde nun dem Landesverteidigungsministerium zu einer abschließenden Stellungnahme zugeleitet. Nach Einlangen dieser Stellungnahme wird der Entwurf allgemein zur Begutachtung versendet werden. Auch hier“ — sagt nun der Herr Justizminister — „zögere ich nicht zu sagen: Ich bin der Meinung, daß wir dringend ein neues Militärstrafrecht benötigen und daß das jetzige durchaus veraltet ist.“ Also nicht Schlager sagt es, das sagt der Justizminister! „Ich messe dieser Reform größte Bedeutung bei und hoffe, noch in dieser Legislaturperiode den Entwurf dem Hohen Hause vorlegen zu können.“

Nach dieser Aussage, Herr Bundesminister für Landesverteidigung, hat man den Eindruck, daß heute noch der Entwurf für ein neues Militärstrafrecht bei Ihnen liegt, denn sonst hätte der Herr Justizminister den Entwurf schon längst dem Hohen Hause zur Begutachtung zugesandt.

Klarerweise heißt es so auf Seite 10.569 im Protokoll vom 16. Dezember 1968:

Aber Sie finden uns ja auf einer Ebene, Sie kennen unser Programm: Mehr Rechtsschutz für den Staatsbürger! Das sozialistische Programm sieht ja auch folgendes vor: Modernisierung des überalteten Militärstrafrechtes. Die Ahndung geringfügiger Verstöße gegen die militärische Disziplin. Soll den Disziplinarbehörden unter Wahrung rechtsstaatlicher Kontrolle über das Disziplinarverfahren überlassen werden. Wir können uns also auf diesem Gebiete treffen! Aber warum geschieht denn nichts? Eine sehr ernste Mahnung, meine Damen und Herren, und ich möchte Sie schon bitten, auch diesen Dingen mehr Ihr Augenmerk zuzuwenden.

Ich habe mir heute vorgenommen, von diesem Pult aus einmal mehr unerfreuliche Dinge aufzuziehen. Ich habe vor kurzem ein Fernschreiben bekommen und habe den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung im Verteidigungsausschuß auf die Tbc-Fälle aufmerksam gemacht. Der Herr Bundesminister hat mir in dieser Ausschusssitzung sehr stereotyp und ziemlich lakonisch geantwortet: Das kann eben einmal vorkommen. Sicher, das kann einmal vorkommen. Wie schaut aber der Fall wirklich aus? (*Der Redner zeigt das Fernschreiben vor und liest*): Name, Geburtsdatum, Maturant, ordentlicher Wohnsitz dort und dort, so und so. Zum ordentlichen Präsenzdienst des Bundesheeres am 29. September 1969 eingerückt. Dienststelle, Dienstort, Ausbildungsgement Klagenfurt und so weiter in die Reserve entlassen am 28. Oktober 1969. — Warum meine Damen und Herren? Durch den Röntgenzug wurde am 10. Oktober 1969 ein Lungenschaden festgestellt. — Moment, mit Untersuchung vom 13. Oktober wurde durch den Lungenfacharzt in Klagenfurt Lungen-Tbc festgestellt. Der Betroffene ist trotz dieser Diagnose bis 27. Oktober 1969 zum uneingeschränkten Aubsildungsdienst herangezogen worden, mit einer Lungen-Tbc, die bekannt war. Die Eltern des schwererkrankten Präsenzdieners sind verzweifelt und erheben schwerste Anklage gegen die für diesen Fall verantwortlichen Stellen des österreichischen Bundesheeres.

Meine Damen und Herren! Ich mache es mir nicht so leicht, so etwas hier im Hohen Hause zu sagen, ohne nicht vorher grundsätzlich darüber nachzudenken, wo können denn überhaupt Fehlerquellen bei der Assentierung, bei der Untersuchung entstehen? (*Abg. Jungwirth: Die nehmen alles!*) Das ist doch völlig klar. Ich habe mir bei der Überprüfung dieser Sache auch den Rechnungshofbericht angeschaut. Darin steht auf Seite 71 ein interessanter Vergleich. Ich weiß, er hinkt zum Teil. Ich kenne auch die Hintergründe. Aber der Vergleich ist interessant. (*Abg. Jungwirth: In Deutschland werden 47 Prozent als tauglich gemustert, bei uns 91 Prozent!*)

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz der Stellungswehrpflichtigen für den Dienst im Bundesheer geeignet ist. Hier heißt es: „Im Jahre 1968 kamen rund 45.000 Wehrpflichtige ihrer Stellungspflicht nach, von denen nach ärztlicher Untersuchung rund 82,94 Prozent für tauglich mit der Waffe . . . erklärt wurden.“ Im Vergleich zur Bundesrepublik: Von je 100 Mann 47 Mann tauglich. Jetzt könnte einer, der diesen Rechnungshofbericht völlig unbefangenen liest, sagen: Entweder sind die

14026

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Josef Schlager

österreichischen jungen Menschen so viel gesünder und die Deutschen sind um vieles kränker, aber daran liegt es nicht. Ich habe es mir auch überlegt und habe einmal nachgesehen, wie es denn überhaupt bei den Stellungsuntersuchungen zugeht. Ich habe mir das einmal angeschaut. Eine solche Stellungsuntersuchung beginnt ungefähr um 8 Uhr früh. Dann kommt zuerst selbstverständlich die Belehrung des Vorsitzenden der Stellungskommission für die Eingerückten. Dies dauert eine Stunde, manchmal auch etwas länger. Die Stellungskommission beendet ihre Arbeit meistens um 1 oder $\frac{1}{2}$ 2 Uhr. Und nun werden 70 oder 80 — Herr Bundesminister, vor kurzem waren es sogar noch 90 — in dieser kurzen Zeit schnell untersucht. Ich bin überzeugt, wenn man die Sache ernst nimmt, daß die Zeit, in der der betreffende Arzt die Untersuchungen durchführen muß, einfach für eine gründliche Untersuchung nicht ausreichen kann.

Sie werden mir jetzt sagen: Es kommt ja die Einstellungsuntersuchung. Bei der Einstellungsuntersuchung, die dann mit dem Röntgenzug durchgeführt wird, ist auch schon allerhand passiert, daß man verschiedene Krankheiten nicht erkannt hat. Ich wundere mich über diesen Fall neuerlich.

Mein Freund Troll hat vor zwei Jahren — Herr Bundesminister, Sie werden sich erinnern können — bekanntgegeben, daß es in Straß eine ähnliche Affäre gegeben hat. Dort waren fünf Leute mit Lungen-Tbc behaftet. Es war ein Kamerad, der offene Lungen-Tbc hatte, der die anderen angesteckt hat. Das hatte man nicht erkannt. Darin glaube ich, meine Damen und Herren, liegt ein sehr ernstes Problem. Man müßte sich einmal überlegen, ob man nicht für die grundsätzliche Zusammenstellung der Stellungskommission ein anderes System finden könnte.

Ich weiß, daß zum Beispiel das Schweizer System besser ist. Da wir aus Schweden Flugzeuge bekommen, darf ich Ihnen auch vorlesen, wie in Schweden die Assentierung vor sich geht. Es ist sehr wichtig, Beispiele zu haben, um solche Vorkommnisse in Zukunft auszuschalten. In Schweden ist es zum Beispiel so: Die Schweden untersuchen die Stellungspflichtigen zwei Tage äußerst gründlich. Es werden EKG, Grundumsatz und so weiter gemacht, was eben medizinisch notwendig ist. Zwei Tage lang werden die jungen Menschen untersucht, und ich bin überzeugt, in der Erkenntnis, daß die Gesundheit unserer jungen Menschen äußerst wertvoll ist. Sie ist eines der wertvollsten Güter, die wir überhaupt besitzen.

Und dann geht es weiter. Die Untersuchung erstellt ein Grundleitbild als Norm, und man kann dann für jeden Wehrpflichtigen ganz genau sagen, wie viele Punkte er über der Norm und wie viele Punkte er unter der Norm hat. Dementsprechend wird er dann unter Verwendung von Computern zu der für ihn geeigneten Waffengattung einberufen. Also eine ganz korrekte Auslese; das wäre doch nur wünschenswert. Der Mann selbst erfährt natürlich auch das Ergebnis seiner Untersuchung, und hier ist es interessant, daß die jungen Menschen bestrebt sind, möglichst weit über der Norm zu liegen.

Ich glaube, man müßte sich überdenken, ob nicht eine ähnliche Möglichkeit auch bei uns in Österreich gegeben ist; denn ich glaube, diese Sache ist außerordentlich ernst. Ich kenne die Eltern, von denen ich dieses Telegramm habe: kerngesund, kein Kranker in der Familie; sie waren erschüttert. Der Mann steht im öffentlichen Leben, und die Eltern sind konsterniert. Bitte, soweit zu den Stellungsuntersuchungen.

Nun, Herr Bundesminister, komme ich zu einem Ihnen schon bekannten Problem, und zwar zu den Munitionsbunkern im oberen Murtal. Diese Geschichte oder diese „Affäre“, wie man sie nennen kann, haben wir aus der Zeitung „Die Neue Zeitung“ erfahren. Ich setze eines voraus, Herr Bundesminister: daß wir im Verteidigungsausschuß genau wissen, wie notwendig die Anlage von Munitionsbunkern ist, wie notwendig die Streuung dieser Lager ist und daß es überaus schwer ist, für einen solchen Zweck die entsprechenden Flächen zu bekommen. Das ist uns vollkommen bekannt. Sicherlich werden Sie, wenn Sie solche Pläne haben und sie ausführen wollen, von uns keinerlei Vorwürfe erhalten.

Als aber diese Zeitung diese Meldung brachte, haben Sie wenige Tage nach dieser Meldung dieser Zeitung eine Berichtigung geschickt, und zwar vom Bundesministerium für Landesverteidigung, Presse- und Informationsdienst. Wenige Tage nach dem Erscheinen dieser Zeitung haben der Abgeordnete Troll und ich an Sie auch eine Anfrage gerichtet. Und sehen Sie, hier kann man wieder einmal feststellen: die Wertschätzung zwischen Presse und Parlamentsabgeordneten. Antwort für die Presse: Zwei Tage. Wir bekamen die Antwort gestern, einen Tag vor der heutigen Sitzung. Natürlich kann man in dieser kurzen Zeit Ihre Antwort nicht sehr gründlich prüfen. Aber wir haben in dieser Anfrage unter anderem auch nach den Kosten des Objektes und dergleichen mehr gefragt. — Ich kenne das Objekt, ich kenne die Straße, ich kenne den Paalgraben. Ich gebe zu, daß dieser Graben für

Josef Schlager

diesen Plan in Ordnung ist und daß man dort ein Munitionslager errichten kann, wobei diese Errichtung jetzt mit der neuen Landesstraße und durch den künftigen Fremdenverkehr auch irgendwie problematischer werden wird. Die Fremdenverkehrsleute werden sicherlich früher oder später bei Ihnen vorsprechen. Früher war das ein Grabenweg hinein durch den ganzen Paalgraben; jetzt wird die Landesstraße ausgebaut. Es wird für viele Fremde wahrscheinlich ein Durchzugsgebiet werden, weil diese Fremden lieber über die Paal als über die Turracherhöhe fahren werden. Da werden Sie wahrscheinlich mit Ihrem Bunkerbau von der Straße weiter weggehen müssen, als es jetzt geplant ist, soweit ich die Situation dort kenne.

In dieser Frage haben Sie mir geantwortet, daß Sie dieses Objekt um 2,720.000 S gekauft haben. Da habe ich mir schon die Frage gestellt: Es wurde hier ein Objekt gekauft, das kein Wasser hatte, sodaß schlagartig für das Wasser 300.000 S ausgegeben werden mußten, daß schlagartig nach dem Kauf des Objektes das Dach vollkommen repariert werden mußte und daß für die Dachreparatur neuerlich ein Betrag, ich glaube von 98.000 S, ausgegeben worden ist.

Nun sagen Sie — sicherlich richtig —, Sie haben das Objekt erworben als Basislager für die kommenden Munitionsbunker, die da gebaut werden sollen, und eventuell gleichzeitig auch als Erholungsheim und als Schiausbildungszentrum. Was das Schiausbildungszentrum betrifft, möchte ich sagen, ich kenne das Gebiet sehr gut, aber da müssen die Soldaten sehr weit wegfahren, damit sie in ein lawinensicheres Gebiet kommen und man verantworten kann, daß man die Menschen dort schifahren lassen kann. In diesem Zusammenhang haben Sie hier geantwortet, daß eben für diese Munitionslager dieses Kaltwasser erworben wurde. Einheimische Sachverständige sind über den Kaufpreis anderer Ansicht. Mehr will ich gar nicht sagen.

Ich habe Sie gefragt, ob Sie einen gerichtlich beeideten Sachverständigen beigezogen haben. Sie haben mir das bejaht. Sie haben einen Grazer gerichtlich beeideten Sachverständigen beigezogen, obwohl sich ein Parteifreund von Ihnen, ein Baumeister in Murau, sicherlich über diesen Auftrag gefreut hätte und obwohl vor allen Dingen dieser Sachverständige das Objekt gekannt hätte.

Aber was mir aufgefallen ist: Sie haben dieses Objekt gekauft für den Bau dieser Munitionsbunker. Sie hatten aber beim Objektkauf noch keinen Grund für die Munitionsbunker. Also der Grundkauf mit den 23 Hektar wurde erst ein Jahr später durchgeführt.

Sie antworten mir hier sehr stereotyp, daß von einem Ankauf von 40 Hektar Grund nicht die Rede ist. Herr Bundesminister, das weiß ich auch. Aber eine korrekte Beantwortung hätte heißen: Nein, vom Ankauf der 40 Hektar ist keine Rede, aber 23 Hektar haben wir dort gekauft. Der Kaufvertrag war vom November 1968, und erst 1969 wurden auf dem Grund die Versuchsbohrungen gemacht, um festzustellen, ob der Grund überhaupt zur Anlage der Munitionsbunker geeignet ist. Da ist doch die Frage berechtigt, warum nicht zuerst die Versuchsbohrungen auf dem Grund gemacht wurden und dann der Kauf des ganzen Objektes getätigt wurde.

Ich weiß, daß dieses Objekt Kaltwasser lange ausgeschrieben war, nur hat sich damals kein Käufer gemeldet. Das Bundesheer war also sicherlich hochwillkommen. Ich sage nochmals zu dieser Sache, zur Anlage der Munitionsbunker: keine Frage. Aber dann haben Sie die 23 Hektar dazugekauft. Ich rede schon gar nicht mehr von der anderen Geschichte.

Nun sagen Sie, daß Sie die 25 Hektar um 2,2 Millionen Schilling gekauft haben. Aber diese 2,2 Millionen Schilling mußten deshalb ausgegeben werden, weil sich darunter auch Gebäude befanden. Für die Gebäude und Objekte wurden 930.000 S ausgegeben.

Herr Bundesminister! Gebäude, Objekte zur gefälligen Ansicht. *(Der Redner zeigt jetzt Photographien von Holzhütten.)* 930.000 S für ungefähr neun oder zehn solcher Hütten, die ich hier gezeigt habe, bei denen höchstens der Holzpreis zum Verheizen noch interessant ist und wo man sagen kann: Alles mitsammen macht maximal vielleicht 90.000 S aus.

Was mir aber besonders auffällt, ohne Rücksicht darauf, was nun alles aus dieser Geschichte wird und kommt: Wir sagen uns doch, auf der einen Seite haben wir keine Mittel, es muß gespart werden. Da müßten doch auf der anderen Seite solche Dinge außerordentlich genau geprüft werden. Es ist hier ein Betrag von 2,2 Millionen Schilling gezahlt worden. Man sagt, damals sind auch die 180 Hektar vom Murer angeboten worden. Bitte, ich sage Ihnen noch einmal, der Murer ist kein Parteifreund von uns. Der Murer war immer auf Ihrer Seite, seit eh und je, er ist ein großer Bauer dort. Aber natürlich, jetzt steht ihm das Wasser bis zum Hals, jetzt schaut er halt dazu, wie er seine Lage verbessern kann. Sie waren nicht bei ihm, Herr Altbundeskanzler, aber ein Sekretär von der ÖVP war vor kurzem bei ihm und wollte ihm einen Vorschlag machen.

Wie Sie sehen, bin ich über diese Sache außerordentlich genau informiert. Ich will sie

Josef Schlager

gar nicht so breittreten. Aber etwas muß ich schon sagen: Wir haben den Herrn Bundesminister gefragt, wie hoch der Kaufpreis ist. Unter Zugrundelegung, daß man für diese alten Hütten 930.000 S einsetzt, erhält man dann einen Quadratmeterpreis von 5 S. — Sehr geschickt, möchte ich sagen. Aber ich habe hier auch als Beispiel von den 180 Hektar das Almhaus. Das befindet sich in einem wesentlich anderen Zustand.

Daher wäre zumindest diese Frage auch objektiv zu prüfen. Ich glaube, Sie brauchen noch mehr Grund dort, Herr Bundesminister; ich glaube, Sie werden heute oder morgen sicherlich auf den Grund noch kommen, aber Sie hätten diesen Grund wahrlich zu einem günstigen Preis erhalten.

Die ganze Aktion, die hier gestartet wurde — unsere schriftliche Anfrage, die wir an den Herrn Bundesminister gestellt haben —, hat doch etwas anderes zugute gehabt. Ursprünglich wurde von Nagerle ein Preis zwischen 20 und 30 S pro Quadratmeter angeboten. Jetzt, nachdem all dieser Wirbel war, nachdem die Interventionen waren, haben Sie ohne Berücksichtigung der Gebäude den Grund immerhin für 10 S erhalten. Wenn man den Wert dieser Gebäude nach dieser Berechnung abziehen würde, was ich aber nicht anerkennen kann, würde der Grund je Quadratmeter nur 5 S betragen.

Herr Bundesminister! Wir Sozialisten haben durch die Anfrage Ihnen Steuermittel sparen geholfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Glaser das Wort.

Abgeordneter **Glaser** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute vormittag befand ich mich in einem Zustand der Erregung *(Ruf bei der SPÖ: Hypnose!)* und ließ mich in dieser Erregung zu einer Bemerkung hinreißen, die ich bedaure und wofür ich mich, ebenso wie der Kollege Anton Schlager, entschuldige. Ich bitte aber, diese Erregung zu verstehen.

Was ist dem vorausgegangen? Minutenlang konnte Minister Dr. Prader nicht sprechen, weil ihn die fünf freiheitlichen Abgeordneten durch ihr Gebrüll daran gehindert haben. In diesem Gebrüll sind Bemerkungen gefallen wie — vom Herrn Abgeordneten Zeillinger —: „Das sind Lausbübereien, was sich der Minister hier leistet.“ Der Herr Abgeordnete Peter: „Das ist ein Blödsinn, was der hier sagt“, und in dieser Art ist es weitergegangen. Daraufhin sagte ich unter anderem: Benehmen Sie sich nicht wie Lümmeln!

Ich bedaure, daß ich das, was ich mir gedacht habe, laut sagte.

Ich bitte aber noch etwas zu verstehen. Seit dem Beginn der Budgetdebatte ist es im großen und ganzen in diesem Haus ruhig und sachlich zugegangen. Trotzdem aber habe ich einige Dinge „konserviert“, die auch bei dieser Diskussion beziehungsweise bei diesem von den Freiheitlichen wieder inszenierten Wirbel zum Ausbruch gekommen sind.

Zum Beispiel war es gestern die Frau Abgeordnete Wondrack, die die ÖVP des Stehlens und des Einbrechens beschuldigte. Während meiner Rede war es der Herr Abgeordnete Dr. Kleiner, der die ÖVP — die Abgeordneten hier herüber — als Meute bezeichnete. Es war der Herr Abgeordnete Lanc, der ebenfalls bei einem Diskussionsbeitrag von mir diesen als dummdreist bezeichnete. Der Herr Abgeordnete Kostroun war es, der von „Blödsinn“ gesprochen hat. Und schließlich und endlich hat heute den Vogel abgeschossen der Herr Abgeordnete Horr mit einer ganz persönlichen Diffamierung — Sie finden sie sogar in der „Parlamentsskorrespondenz“ —: „Was will denn ...“ — entschuldigen Sie, daß ich seinen Jargon jetzt nachmache — „Was wüll denn der Pakltrager?“

Meine Damen und Herren, ich wende mich an Sie von der sozialistischen Seite: Er spielte damit darauf an, daß ich von Beruf Postbeamter — zwar nicht im Paketdienst, sondern im technischen Dienst, im Fernmeldedienst — war. Aber von dem ganz abgesehen, was würde jemand von Ihnen sagen, wenn etwa ein Abgeordneter der Volkspartei rufen wollte: Was will denn der — und jetzt den Beruf des Abgeordneten Horr nennt, den er vor 20 oder 30 Jahren ausgeübt hat — denn er hat mindestens 20 Jahre weder einen Hammer noch eine Kelle in der Hand gehabt — und ihm das irgendwie vorhalten wollte? *(Abg. Kostelecky: Briefträger sind anständige Leute!)*

Noch einmal, meine Damen und Herren: Ich bemühe mich wirklich, das sachlich darzustellen; ich habe auch zum Ausdruck gebracht, daß es mir leid tut, genauso wie dem Kollegen Schlager, daß wir uns in dieser Erregung dazu hinreißen ließen. Aber das andere sei auch hier einmal festgestellt, was dem alles vorausgegangen ist.

Nun zu einigen Diskussionsbeiträgen und dann einiges Grundsätzliches. Ich darf dem Abgeordneten Schlager von der sozialistischen Seite *(Ruf bei der SPÖ: Josef!)* — wenn ich sage: „dem Abgeordneten Schlager von der sozialistischen Seite“, dann glaube ich, ist das klar und deutlich genug ausgedrückt — sagen, daß beispielsweise bei der Diskussion im Finanz- und Budgetausschuß, Kapitel Justiz, Herr Justizminister Dr. Klecatsky

Glaser

— sinngemäß — zum Ausdruck brachte, daß der Entwurf eines neuen Militärstrafrechtes auf Beamtenebene bereits fertiggestellt wurde und in den nächsten Tagen zur Begutachtung ausgeschickt wird. Das war etwa Mitte November dieses Jahres, also vor zwei oder höchstens drei Wochen. Ich habe das in der Eile nicht mehr genau feststellen können.

Der Entwurf dürfte inzwischen zur Begutachtung ausgeschickt sein. Ich darf aber auch namens der Österreichischen Volkspartei feststellen, daß wir nicht nur nichts dagegen haben, sondern hundertprozentig für eine Neuregelung militärischer Straftatbestände eintreten und daß, sobald das Begutachtungsverfahren abgeschlossen ist — ich glaube nicht, daß Sie wollen, eine so wesentliche Sache möge ohne Begutachtungsverfahren gehen —, eine diesbezügliche Vorlage die Zustimmung der OVP-Fraktion des Hauses finden wird.

In den Diskussionsbeiträgen der beiden freiheitlichen Abgeordneten, die sich ja weniger dadurch ausgezeichnet haben, daß sie konkrete Vorschläge machten oder konkrete Anregungen brachten, sondern im wesentlichen vom Anfang bis zum Ende das Bundesheer in seiner Gesamtheit und den Bundesminister ganz im besonderen — ich möchte sagen — in Grund und Boden verdonnert haben, darf ich Ihnen nun eine Stellungnahme zitieren, die von einer Zeitung stammt, dem „Salzburger Volksblatt“. Die Salzburger Abgeordneten werden mir recht geben, wenn ich sage, das ist jene Zeitung, die wesentlich dazu beigetragen hat, daß der Abgeordnete Zeillinger in Salzburg überhaupt ein Grundmandat hat, und die sicherlich auch durch ihre Berichterstattung wesentlich am Mandatsgewinn der Freiheitlichen bei der letzten Landtagswahl beteiligt war. Also eine Zeitung, die der Österreichischen Volkspartei nicht nur nicht nahesteht, sondern ihr und auch dem Verteidigungsminister Dr. Prader immer sehr kritisch gegenübersteht.

Das „Salzburger Volksblatt“, Ausgabe 15./16. November dieses Jahres, und zwar gezeichnet von einem der maßgebendsten Redakteure dieser Zeitung, Dieter Wallisch, schreibt unter der Überschrift „Das Schwert ist schärfer geworden“ folgendes — ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten nur zwei Absätze und nicht den ganzen Artikel —:

„Wir müssen“ — so schreibt Dieter Wallisch — „uns für das Bundesheer keineswegs schämen. Das große Herbstmanöver unter dem bedrohlich klingenden Namen ‚Bärentatze‘ deckte zwar auch einige Schwächen auf — was ja der Sinn einer derartigen Übung ist —, zeigte aber auch, daß unsere

Burschen“ — er spricht nicht von „Buben“, wie der Abgeordnete Zeillinger, sondern er spricht von „unseren Burschen“ — „seit 1965 erheblich dazugelernt haben. Wer Gelegenheit hatte, auch die damalige Verbandsübung mitzuverfolgen, kann diese Tatsache nur bestätigen.“ Und der Redakteur Dieter Wallisch vom „Salzburger Volksblatt“ kommt zu der Schlußfolgerung:

„Führung und Soldaten haben dazugelernt. Das Schwert ist schärfer geworden. Das haben auch die anderen erkannt. Allein schon hierin liegt ein wichtiges Moment. Denn wir wollen keinen Krieg. Auch wenn wir gut gerüstet sind. Es genügt, möglichen Angreifern zu beweisen, daß sie bei einem Marsch durch Österreich mit Verlusten und erheblichen Verzögerungen rechnen müßten. Das könnte einen solchen Durchmarsch schon unrentabel machen. Und damit“ — so schließt Dieter Wallisch vom „Salzburger Volksblatt“ — „ist auch der Zweck erfüllt, der uns ja viel Geld kostet. Nach diesem Manöver können die Steuerzahler ruhiger schlafen.“ Meine Herren von der freiheitlichen Seite, Ihnen sei das besonders gesagt.

Dann darf ich noch etwas sagen. Es wurde heute ein Blatt des OVP-Pressedienstes hoch gehalten. Nach dem, was der Abgeordnete dabei sagte, zu schließen, war es eine Mitteilung über die Pressekonferenz nach dem Manöver „Bärentatze“. Bei dieser Pressekonferenz ist von einem der anwesenden Offiziere, General Freihsler, eine Stellungnahme abgegeben worden. Nicht die des Ministers und auch nicht eine private Stellungnahme des Generals Freihsler zu irgendeinem politischen Problem, sondern es war so wie bei jeder Pressekonferenz, von welchem Ressort immer sie veranstaltet wird, daß die hohen und höchsten Beamten des betreffenden Ressorts dabei sind, um auch die Möglichkeit haben, etwas dazu zu sagen. Das ist hier geschehen, und hier hat eben General Freihsler seine Meinung geäußert.

Es möge mir doch niemand böse sein, wenn ich zu diesem Thema den Generälen und hohen Generalstabsoffizieren, die in letzter Zeit verschiedene Stellungnahmen abgegeben haben — es wurden hier ja nur einige zitiert, aber man könnte das zwei, drei Jahre zurückverfolgen, und da gab es sehr viele Stellungnahmen —, etwas sage. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich das sage, aber ein offenes Wort soll auch einmal gesprochen werden: Es wäre sicherlich an der Zeit, wenn sich die Herren Generäle und hohen Generalstabsoffiziere selbst einmal einig würden, welche Form der Verteidigung, welche Schwerpunktbildungen und so weiter tatsäch-

Glaser

lich die richtigen wären, denn es gibt hier sehr viele unterschiedliche Stellungnahmen von dem einen oder anderen General. Mein Salzburger Kollege Preußler wird mir das bestätigen. Der eine meint, in Österreich ist es mit einer forcierten Infanterieaufrüstung getan, es gibt genug, die die Auffassung vertreten, ohne Panzerverbände ist jede Verteidigung von vornherein sinnlos, es gibt Darstellungen von Offizieren der Luftstreitkräfte, die wieder zum Ausdruck bringen, ohne wenigstens geringe Luftraumüberwachung, ohne eine bestimmte Anzahl von Abfangjägern und so weiter haben wir von vornherein keine Chancen, und es gibt andere, die der Meinung sind, es müßte vor allem die Luftabwehr wesentlich verstärkt werden. Man kann aber nun nicht einfach hergehen und, je nach dem, wie es einem gerade paßt, bald aus dem einen Artikel, bald aus dem anderen zitieren, meistens aus dem Zusammenhang einer Ansprache oder eines Vortrages gerissen, sagen, die Generalität, die Offiziere sind dieser oder jener Auffassung, oder gar, sie seien grundsätzlich gegen die Person des Ministers eingestellt.

Es wurde von freiheitlichen Sprechern gesagt, das Offiziers- und das Unteroffizierskorps würde den Minister ablehnen, das Offiziers- und das Unteroffizierskorps würde sich einen anderen Minister verdienen, und ähnliche Bemerkungen mehr.

Meine Damen und Herren! Wer so wie ich — und zwar meine erste Waffenübung nach diesem Krieg noch als Unteroffizier, meine späteren als Reserveoffizier — Gelegenheit hatte, im Rahmen von zwei- oder vierwöchigen Übungen die Dinge tatsächlich kennenzulernen, einen echten Eindruck zu gewinnen — den gewinnen Sie dabei viel besser, als wenn Sie an einer Führung auf einem Truppenübungsplatz, in einer Kaserne oder bei einem Manöver teilnehmen —, der wird Ihnen sagen, daß beim Großteil des Kadernpersonals die vielen Initiativen des derzeitigen Bundesministers Dr. Prader außerordentlich anerkannt und gewürdigt werden. Ich habe vor kurzem erst Gelegenheit gehabt, von einer Delegation von Unteroffizieren einen Dank an den Minister weiterzugeben, vor allem für seine Initiativen auf dem Sektor des Wohnungsbaues für das Kadernpersonal. Ich habe Gelegenheit gehabt, in Kreisen von Offiziersgesellschaften an sehr sachlichen Diskussionen teilzunehmen. In einem waren sich alle einig: daß der Bundesminister Dr. Prader sehr viele Initiativen ergriffen hat und diesen Initiativen im Rahmen des Möglichen auch ein entsprechender Erfolg beschieden war.

Darf ich noch zu einem Thema, das im Laufe der Diskussion angeschnitten wurde, ein sehr offenes Wort sagen. Es ist dieses häßliche Wort vom „Leerlauf“ gefallen, und daraus resultierend die Behauptung, die Dienstzeit im Bundesheer sei zu lang, man käme mit sechseinhalb Monaten und drei vierzehntägigen Waffenübungen aus, wie es von sozialistischer Seite zum Ausdruck gebracht wurde. Sicherlich gibt es — das ist von niemandem geleugnet worden — Mängel, das stelle ich ausdrücklich fest, weder vom Abgeordneten Marwan-Schlosser noch vom Abgeordneten Steiner und auch nicht vom Bundesminister für Landesverteidigung; das ist eine der vielen Unterschiebungen, die hier geschehen. — Auch im Bundesheer wie in jeder Institution, die von Menschen geführt wird, gibt es Schwächen und Mängel. Es gibt auch Soldaten, die, wenn sie nicht ständig im Gefechtsdienst eingesetzt sind oder sich der sportlichen und körperlichen Ertüchtigung widmen können, von Leerlauf sprechen, die als Leerlauf zum Beispiel eine Putz- und Flickstunde nennen.

Ich gebe zu, daß auf diesem Gebiet das eine oder andere bei entsprechendem Einsatzwillen der Führer und Unterführer der einzelnen Einheiten verbessert werden könnte. Aber man muß vor allem auch eines berücksichtigen: das Bundesheer hat ja nicht nur die Aufgabe, auszubilden, sondern wir brauchen ständig verfügbare Einsatzverbände, so wie in Wien beispielsweise die Berufsfeuerwehr auch benötigt wird, wenn es gerade nicht brennt; dann könnte man dort auch sagen, wenn sie in ihren diversen Stationen in Bereitschaft sind, das ist Leerlauf, auch wenn sie eine ganze Woche nicht ausrücken müssen. Über eines sind wir uns doch im klaren, zumindest die beiden großen Parteien in diesem Hohen Hause: daß eine Landesverteidigung ohne sofort einsatzbereite Verbände, also ohne Verbände, die nicht erst durch Mobilmachung aufgefüllt werden müssen, sicherlich nicht denkbar ist. Ich bin aber überzeugt, daß es durch entsprechendes Bemühen aller, von den Kommandanten angefangen bis zu den Einheitsführern, Zugs- und Gruppenkommandanten, möglich sein wird, Stunden, die man vielleicht nicht als nützlich verwendet betrachtet, noch besser zu verwenden, vor allem dadurch, daß die körperliche Kondition unserer Soldaten durch entsprechendes Training wesentlich verbessert wird. Das wäre etwas, was ohne nennenswerte zusätzliche finanzielle Mittel herbeigeführt werden kann.

Meine Damen und Herren! Darf ich zu einigen grundsätzlichen Dingen noch etwas sagen. Seit 1965 sind die Gesamtausgaben

Glaser

im Staatshaushalt um 52 Prozent gestiegen, die Ausgaben für Soziales um 61 Prozent, für Bauten und Technik um 78 Prozent — hier vor allem Wohnungs- und Straßenbau —, und das Budget für Kultur, Unterricht und Bildung wurde in diesem Zeitraum fast verdoppelt, die Ausgaben dafür haben sich um 96 Prozent erhöht. Nur die Ausgaben für die Landesverteidigung sind lediglich um 46 Prozent gestiegen, also um rund 6 Prozent weniger als die Gesamtausgaben des Staates für das Jahr 1970. „Bedauerlich“, werden nun die einen sagen, „ja für den Staat geradezu gefährlich“, und „Bravo!“, „Ausgezeichnet!“ werden wahrscheinlich die anderen rufen, die meinen, daß das Bundesheer noch zuviel bekommt, oder Landesverteidigung überhaupt etwas ist, was heute schon überholt ist.

In den beiden Programmen, sowohl in dem der Österreichischen Volkspartei als auch im Programm der Sozialistischen Partei, ist in sehr klaren Worten zum Ausdruck gebracht worden, daß die Österreichische Volkspartei für eine wirksame Landesverteidigung eintritt, daß sie in der militärischen Neutralität die sicherste Garantie für die Wahrung der Eigenständigkeit unserer Republik erblickt; und die Sozialisten sagen in ihrem Programm: „Der demokratische Sozialismus hat die Pflicht zur Verteidigung des eigenen Landes stets anerkannt. Die SPÖ tritt daher für eine wirksame Verteidigung der Republik Österreich und ihrer Neutralität auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht ein.“

Nach diesen klaren Feststellungen klingt es etwas verschwommen, wenn im Programm der Freiheitlichen Partei, in der „Neuen Front“ vom 19. Oktober 1968 veröffentlicht, zur Frage der Landesverteidigung eigentlich nur steht: „Aufgabe der Landesverteidigung ist der Schutz Österreichs und seiner Freiheit.“ Aber es steht nichts darüber drinnen, daß zum Beispiel die Landesverteidigung auch zum Schutz unserer Neutralität notwendig ist. *(Zwischenruf des Abg. van Tongel.)*

Das Neutralitätsgesetz verpflichtet uns geradezu zur Landesverteidigung. Denn im Artikel I des Neutralitätsgesetzes heißt es: „Zum Zweck der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zweck der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.“

Ich darf jene Frauen und Herren Abgeordneten, die schon im Jahre 1955 in diesem Hause waren, auch daran erinnern, daß das erste, was der damalige und in die Geschichte unter der Bezeichnung „Freiheitskanzler“ ein-

gegangene Kanzler Julius Raab aus Moskau zur Neutralität sagte, war: „Neutralität nach dem Muster der Schweiz.“

Die Schweizer Neutralität ist eine bewaffnete Neutralität; eine Neutralität, für die von den Schweizer Staatsbürgern sehr große Opfer gebracht werden; Opfer, die den Schweizern allerdings in zwei Weltkriegen Blut und Tränen, Chaos und Zerstörung ersparten.

Ich möchte hier noch eine Randbemerkung über die Erfolge dieser Schweizer Neutralitätspolitik anbringen. Es gibt in der Schweiz noch Geldstücke, und zwar Franken, aus dem Jahre 1870 geprägt, die heute noch nach hundert Jahren die gleiche Gültigkeit und den gleichen Wert besitzen.

Dazu kommt noch etwas. Der Realismus der Schweizer und auch der Schweden ist allgemein bekannt. Dieser Realismus hält nichts von einem gewaltlosen Widerstand, wie er in letzter Zeit von dem einen oder anderen — meistens sind es ja Minigruppen — proklamiert wird. Gewaltloser Widerstand heißt, daß das Land bereits von fremden Truppen besetzt ist; gewaltloser Widerstand bedeutet, daß die Eigenständigkeit verloren und die Freiheit vernichtet wurde. Ich glaube, daß gerade das Beispiel im Norden unserer Grenze zeigt, daß auch die Theorie vom gewaltlosen Widerstand nur sehr kurzlebig war.

Verehrte Frauen und Herren! Die Landesverteidigung, das kam von allen hier zum Ausdruck — und ich freue mich, daß ich das heute hier doch mit einer gewissen Genugtuung feststellen kann —, abgesehen von den beiden freiheitlichen Sprechern, muß sehr ernst genommen werden. Sie hat nur dann einen Sinn, wenn im Bedrohungsfall auch tatsächlich zu den Waffen gegriffen wird, so wie es in anderen Ländern selbstverständlich ist und wie es in Österreich — wenn wir vom März 1938 absehen — auch immer der Fall gewesen ist. Denn über eine Landesverteidigung, von der man mit einem gewissen Augenzwinkern sagen würde: Na, wenn es ernst ist, dann ohnedies nicht!, muß ich sagen, daß es um den geringsten Prozentsatz, der dafür hergegeben wird, zu schade wäre.

Aus den heutigen Bemerkungen — und nicht nur heute, auch dann, wenn die Mitglieder des Verteidigungsausschusses irgendwo unterwegs sind, wenn man mit den verantwortlichen Mandataren auf der anderen großen Seite dieses Hauses spricht — habe ich den Eindruck gewonnen: Wir alle wollen, Gott gebe es, daß es nie dazu kommt, der Welt im Ernstfall beweisen, daß wir Österreicher unser Heimatland genauso lieben wie andere Völker und daß wir in diesem Land ein lebenswertes Leben führen wollen, für

Glaser

das es sich auch lohnt sich einzusetzen und, wenn es sein muß, es mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Frauen und Herren Abgeordnete! Ernste Verteidigungsabsicht erfordert beste Ausbildung, erfordert hinreichende Ausrüstung und hinreichende Bewaffnung. Ein Grundsatz, der nicht nur in den letzten Jahren oder Jahrzehnten, sondern seit eh und je gültig war, findet auch im österreichischen Bundesheer seine Anerkennung: Schweiß spart Blut, und beste Waffen, bestes Material und Gerät schützen gegebenenfalls das Leben aller unserer Söhne, und zwar ob sie von dieser oder jener politischen oder von gar keiner politischen Gruppe kommen.

Ich darf ein Wort — nicht der Kritik — als Feststellung anbringen. Vor kurzem habe ich in der „Sozialistischen Korrespondenz“ gelesen, durch eine bessere Ausrüstungspolitik könnte viel eingespart werden. Weiters glaube ich mich nicht zu täuschen — ich lasse mich aber vom Herrn Klubobmann Dr. Pittermann gerne korregieren, wenn es nicht so gewesen ist —, daß der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Herr Dr. Kreisky, bei der Fernsehdiskussion in Linz sinngemäß sagte: Keine teuren Waffen!

Was sind teure Waffen, meine Frauen und Herren? Gibt es billige Waffen, die einen Zweck erfüllen, oder wurde nicht gerade von dieser Stelle aus schon so oft kritisiert, daß diese oder jene Waffen oder dieses oder jenes Gerät überholt wären oder durch andere ersetzt werden müßten?

Ebenso verlangte Dr. Kreisky: Weniger Einberufungen! — Nach welchen Grundsätzen sollte weniger einberufen werden?

Ich habe in Diskussionen mit Vertretern von Jugendverbänden, die diese Frage angeschnitten haben, die Gegenfrage gestellt: Soll gelöst werden, soll nach bestimmten Berufen vorgegangen werden? (*Zwischenruf des Abg. Mondl.*) In dem Augenblick, in dem man konkret auf diese Problematik eingegangen ist, war es mit der Einigkeit schon vorbei. Etwa auf die Frage, welche bestimmte Berufsgruppe nicht einberufen werden sollte, weil man sie gegebenenfalls zu etwas anderem brauchen würde, erhielt ich sofort die Antwort: Niemand weiß doch, ob er in ein, zwei oder drei Jahren in diesem Berufe noch tätig ist. Auch die selektive Einberufung — wie es zum Teil in Deutschland der Fall — hat nicht die Zustimmung der Jugend gefunden. Ich habe bis heute keinen realisierbaren Vorschlag gehört, wie man die Art der Einberufung ändern könnte.

Darf ich mich — bevor ich zu meinem vorletzten Punkt komme — nochmals dem

Abgeordneten Zeillinger zuwenden. Der Abgeordnete Zeillinger hat — ich habe das schon erwähnt — geradezu eine Kanonade auf den Herrn Bundesminister losgelassen und hat gesagt, alle seine Ausführungen und alles, was die Freiheitlichen wollten, wäre nur von dem Bestreben nach Sauberkeit und Korrektheit gekennzeichnet. Ich wäre auf das Thema nicht eingegangen, wäre es von irgendeinem anderen, außer dem Herrn Abgeordneten Zeillinger, vorgetragen worden. Denn, meine Frauen und Herren, wenn jemand so etwas sagt, dann soll er einmal zuerst vor seiner eigenen Türe zu kehren beginnen. In diesem Haus sitzt kein einziger Abgeordneter — zumindest ist bis heute nichts bekanntgeworden —, der von einer anderen politischen Gruppe Millionenbeträge unter einem falschen Namen entgegengenommen hätte, um damit für eine bestimmte politische Stimmabgabe zu sorgen, wie es beim Abgeordneten Zeillinger und seinen damaligen Parteifreunden der Fall war.

Sie können sagen, daß man dazu stehen kann, wie man will. Ich frage zum Beispiel den Abgeordneten Weikhart: Was würden Sie sagen — ich sehe Sie hier sozusagen im Geiste am Rednerpult stehen —, wenn Sie Grund hätten, zu sagen: Dieser oder jener Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei hat den Freiheitlichen soundso viele Millionen gegeben oder von den Freiheitlichen bekommen, damit sie gegen einen Standpunkt der Sozialisten auftreten. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Oskar Wechs: Der hat Visionen!*) Ich glaube, Sie würden das, so wie ich, als das bezeichnen, was es auch ist: unsauber, unkorrekt und ähnliches mehr. (*Abg. Weikhart: Ich habe das erstere auch nicht gutgeheißen!*) Ich freue mich, daß sich unsere Ansichten zu dieser Frage decken und daß Sie das auch nicht gutgeheißen haben.

Zu dieser Angelegenheit möchte ich eigentlich den Ausspruch nicht machen, denn das könnte nach meiner Ansicht — nicht nach der von anderen — die Würde dieses Hauses verletzen, sage ihn aber dennoch: Jemand, der selbst etwas auf einem bestimmten Stock oben hat, soll davon nicht reden. Für den Abgeordneten Zeillinger trifft das zu.

Hätte er den entsprechenden Charakter, müßte er sagen: In dieser Situation rede ich nicht nur nichts mehr, sondern ich lege mein Mandat zurück. Denn was mir passiert ist, ist zumindest von den anderen Abgeordneten zum Nationalrat und Bundesrat in Österreich noch keinem passiert.

Meine Frauen und Herren! Nun noch — ich habe gesagt, daß ich jetzt das vorletzte Kapitel anschneide — zu einem Thema, das zwar in

Glaser

einem anderen Zusammenhang in diesem Hause einen ganzen Tag lang behandelt wurde: Spionage. Ein eigener Untersuchungsausschuß des Parlaments hat sich damit befaßt, und in den Debattenbeiträgen ist so manches kritische Wort gefallen. Ich habe hier große Sorgen, und zwar aus einem Grund, den ich Ihnen darlegen möchte.

Es ist verständlich, wenn sich jedes Land bemüht, zumindest ungefähr festzustellen, wie es mit der Verteidigungsbereitschaft und mit den Verteidigungsmöglichkeiten in anderen Ländern aussieht. Es gibt Staaten, die sich das sehr viel kosten lassen, die eigene Agentennetze und weiß Gott was alles organisieren und aufbauen, um auf diese Art entsprechende Erfahrungen zu bekommen, von denen man auch sagen muß, daß sie, wenn sie richtig sind, im Ernstfall Blut sparen.

Bei Österreich ist das leider nicht notwendig. Jeder, der über Österreichs Landesverteidigung einigermaßen etwas wissen will, braucht nicht mehr zu tun, als sich etwa das Bundesgesetzblatt zu kaufen, in dem der Dienstpostenplan enthalten ist und in dem zunächst einmal festgestellt werden kann, wie stark die Kaderstände sind; aber nicht nur das, sondern auch detailliert nach den einzelnen Sparten, wieviel Generalstabsoffiziere, Sanitätsoffiziere, Unteroffiziere, Chargen und Wehrmänner und so weiter wir haben. Oder er liest die Beilagen, die Teilhefte zum Budgetentwurf, wo steht, daß für soundsoviel Millionen Pioniergerät, Luftschutzgerät, Radar- oder Fernmeldegerät gekauft wird. Oder er kauft sich ein Bundesgesetzblatt, in dem die Munitionslager detailliert angegeben sind, mit Karten, ich möchte sagen, wo beinahe noch die Rechts- und Hochwerte dabei sind, damit man sie genau eintragen kann. Oder — niemand möge sich betroffen fühlen — im Haus oder im Ausschuß wird dann noch gefragt, wieviel Flugzeuge wir haben, für wie lange unser Munitionsvorrat reicht, wie hoch die Verpflegs- und Betriebsbestände sind und so weiter und so fort.

Ich weiß, nach der gegenwärtigen rechtlichen Lage muß das so sein. Aber wäre es nicht zweckmäßig, wenn vielleicht einmal im Landesverteidigungsrat oder in einer vertraulichen Sitzung des Verteidigungsausschusses dieser Fragenkomplex behandelt werden würde und das, was in allen anderen Ländern selbstverständlich ist, auch bei uns selbstverständlich werden würde?

Noch einmal, es soll nicht dazu kommen, meine Frauen und Herren, daß gewissermaßen nur der Regierungschef oder der Ressortchef in diesen Fragen etwas wüßte, aber es ist

meiner Meinung nach fast sträflicher Leichtsinn, diese Dinge einfach jedem zugänglich zu machen. Ich glaube, hier könnte bei entsprechendem Willen zumindest der beiden großen Parteien dieses Hauses einiges erreicht und geändert werden.

Ich darf zum Schlusse kommen und sagen: Die Österreichische Volkspartei hat vor etwa Jahresfrist ein Wehrkonzept vorgelegt, von dem in den letzten zwölf Monaten sehr viel realisiert, sehr viel verwirklicht werden konnte. Ich bedauere, feststellen zu müssen, daß derart konkrete Wehrkonzepte von der sozialistischen Seite bis heute nicht vorliegen.

Wir sagen der Bevölkerung klipp und klar, daß etwa ein Berufsheer oder ein reines Milizheer für Österreich nicht zweckmäßig wären, vor allem deshalb, weil beide Institutionen viel zu teuer wären und unsere finanziellen Möglichkeiten überschreiten würden. Wir sagen der österreichischen Bevölkerung klipp und klar, daß unser Wehrsystem auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht aufzubauen ist und auch in Zukunft aufgebaut sein soll und ein entsprechender Kader von Berufssoldaten, Offizieren, Unteroffizieren und so weiter vorhanden sein muß.

Wir sagen ebenso klipp und klar, daß wir der Auffassung sind, daß das Bundesheer über ständig einsatzbereite Verbände und über möglichst große mobil zu machende Reserven verfügen muß. Daß diese Reserven von Jahr zu Jahr größer werden, ist bekannt. Wir brauchen aktive, wir brauchen Einsatzverbände vor allem deshalb, weil nur auf diese Art und Weise sofort und innerhalb weniger Stunden im Falle eines Konfliktes in einem unserer Nachbarländer — in den letzten zwölf oder vierzehn Jahren haben wir zwei Beispiele erlebt — wirklich einsatzbereite Einheiten zur Verfügung stehen.

Wir sind darüber hinaus der Meinung — das möchte ich dezidiert sagen —, daß aber, um vor allem ständig einsatzbereite Verbände zu haben, eine Präsenzdienstzeit von neun Monaten sicherlich erforderlich ist.

Ich glaube, hier auch mehrere Sätze des Herrn Bundespräsidenten zitieren zu dürfen, der anlässlich einer Garnisonsfeier in Sankt Pölten — es war das zum Jahresende oder um die Jahreswende von 1968 auf 1969 — unter anderem sagte, er habe nach reiflicher Überlegung — damals ging es um die Verlängerung von einigen Wochen Dienstzeit für die Präsenzdiener, die abrüsten sollten — der Verlängerung der Dienstzeit um einige Wochen zugestimmt, da diese Maßnahme aus politischen und militärischen Erwägungen notwendig war. Die Soldaten haben dieser

14034

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Glaser

Anordnung — so sagte der Herr Bundespräsident — volles Verständnis entgegengebracht; dies umso mehr, als die Dienstzeit von neun Monaten für einen jungen Menschen, die er für Volk und Heimat zu leisten hat, relativ kurz ist.

Ich glaube, daß diesen Worten des Staatsoberhauptes nichts mehr hinzuzufügen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Troll das Wort.

Abgeordneter **Troll** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin dafür bekannt, daß ich lieber in der Mappe der Menschlichkeit blättere als bei Dingen, die die österreichische Bevölkerung mit Unmut aufnimmt. Wenn wir jedoch das Kapitel Landesverteidigung diskutieren — und das ist die einmalige Möglichkeit anlässlich der Budgetberatung —, dann müssen wir leider, auch die Mappen aufschlagen, die mit Menschlichkeit weniger zu tun haben. Hier geht es vorerst um die Führung unseres österreichischen Bundesheeres unter Minister Prader.

Wenn Sie in den Zeitungen unentwegt Dinge lesen, die das Heer diskriminieren, dann sucht man nach den Verantwortlichen. Zum Beispiel: „Munibunker — Millionenschiebung beim Bundesheer“, „Das Bundesheerradar — reif für den Schrotthaufen. 340 Millionen falsch investiert“, das kann doch die Öffentlichkeiten nicht ungeschorren lassen. „Wehrkonzept für die Katz“, und so geht das dahin. „Die Löcher im Radarschirm“, ich hätte eine Menge solcher Unterlagen, ich möchte sie Ihnen infolge Zeitmangels ersparen, Sie haben es sicherlich selbst gelesen.

Meine Damen und Herren! Vor wenigen Minuten ist mir noch ein Schreiben zugegangen. Ich will darauf nicht genauer eingehen, ich will mich damit auch nicht identifizieren, weil ich es selbst noch nicht überprüfen konnte. Da wird mir folgendes mitgeteilt:

„Zu Deiner Information teile ich Dir mit, daß über die Zeitschrift ‚Der Soldat‘ eine Finanzierung der ÖVP erfolgt. Die Lieferfirmen werden veranlaßt, Inserate aufzugeben, aber diese Inserate erscheinen nur teilweise, weil die Inseratengebühren tatsächlich nicht für Inserate, sondern als Spenden für die ÖVP gegeben werden.“

Und dann habe ich einen Kommentar dabei. Meine Damen und Herren! Wenn man unentwegt solche Dinge in die Hände kriegt und damit belastet wird, dann wirft sich am **Schluß** dieser heutigen Parlamentsdebatte über das

Kapitel Landesverteidigung tatsächlich die Frage auf: Herr Bundesminister — und in diesem Falle möchte ich fast sagen —, Angeklagter! Sind Sie schuldig, das Ansehen des österreichischen Bundesheeres in Mißkredit gebracht zu haben? Sind Sie schuldig, Österreichs Bundesheer verpolitisiert und damit die Wehrkraft zersetzt zu haben? Da müßten Sie nach all dem, was wir Ihnen gesagt haben, laut und vernehmlich ja sagen, Herr Bundesminister. *(Beifall bei der SPO.)*

Wir als Abgeordnete sind in diesem Falle die Anklagevertreter der österreichischen Steuerzahler, zu deren wirksamer Beschützung Sie in den letzten zwölf Jahren der ÖVP-Herrschaft gerade in diesem Ressort und in dieser Bundesregierung nicht imstande waren.

Und wenn immer wieder — und da gehe ich gleich pauschal auf alle Probleme ein — von den einzelnen Abgeordneten der ÖVP von den aufgezeigten Leistungen geredet wird: Meine Damen und Herren, seien Sie mir nicht ungehalten, aber wenn wir seit der Gründung der B-Gendarmerie zirka 100 Milliarden investiert haben, dann muß doch mit den 100 Milliarden etwas geschehen sein. Ich brauche nicht von enormen Leistungen zu reden, wenn ich weiß, daß bei allen Budgetberatungen in den vergangenen Jahren so wie jetzt die Kritik an erster Stelle stand, daß man falsch investierte, Fehlinvestitionen tätigte und damit diese Steuermittel verpulverte.

Auf meine letzte Anfrage in der Fragestunde wurde mir hinsichtlich der Luftraumüberwachung mitgeteilt, daß 1018 Einbeziehungsweise Überflüge stattfanden und 49 echte Luftraumverletzungen registriert wurden.

Es ist heute meine spezielle Aufgabe, mich mit dem Kapitel der Luftraumüberwachung und Luftraumverteidigung ein wenig zu beschäftigen. Herr Bundesminister! Gerade das Gebiet der Luftraumverteidigung wird in Ihrem Ressort als Stiefkind behandelt. Die Bodentruppen hatten wenigstens teilweise eine Grundlage, und es existiert eine erkennbare Linie, aber im wesentlichen kein Zusammenwirken der verschiedenen Truppenkörper. Das Erschütternde an der Situation ist die Konzeptlosigkeit — und jetzt rede ich von einem konkreten Konzept, und zwar vom Konzept der Luftraumüberwachung und Luftraumverteidigung.

Ich kenne eine ganze Menge dieser Entwicklungen und habe mich sehr intensiv damit beschäftigt. Ich weiß, Herr Bundesminister, daß in Ihrem Ressort sicherlich einige Vorschläge für ein solches Konzept vorliegen,

Troll

daß sie aber liegenbleiben, und ohne sich auf eine grundsätzliche Konzeption zu einigen, fängt man nebenbei neue Dinge zu planen, ja sogar zu installieren an, wie zum Beispiel die Flugfunkeinrichtung, die man zurzeit installiert. Jeder Fachmann in Ihrem Ressort wird Ihnen mitteilen müssen, daß ohne eine entsprechende Radareinbindung dies wenig sinnvoll ist.

Wenn wir in diesem Zusammenhang zu den Flugzeugen kommen, möchte ich gleich die so viel zitierten SAAB 105 Oe benennen. Ich hatte mich mit Leuten aus der schwedischen Industrie unterhalten und mich über die Aufrüstung der Geräte informieren lassen. Meine Damen und Herren! Man kauft jetzt diese SAAB 105 en masse, ohne dabei vorher gewußt zu haben, welche maximale Zuladung sie vertragen, welche Einsatzzweckmäßigkeit sie haben. Nach der derzeitigen Aufrüstung der Maschinen wird man im Einsatzfalle, mit Vollast geflogen, eine Geschwindigkeit von 450 Stundenkilometern erreichen. Da frage ich mich, ob es sich rentiert, diese teuren Geräte für 800 Millionen Schilling zu kaufen. Wir hätten sicherlich moderneres Gerät in geringerer Zahl mit wirksamer Einsatzmöglichkeit, zum Beispiel in den Drakken in der Stückzahl von 15, für das gleiche Geld bekommen.

Meiner Meinung nach ist das wieder eine Situation, die unzuweckmäßigerweise Geldmittel verschlingt. Daher unsere unentwegte Kritik.

Ich darf darauf verweisen, daß in den Krisentagen deutlich vor Augen geführt wurde, wie unsere Neutralität und Souveränität in echte Gefahr gebracht werden kann. Bei der Invasion in der Tschechoslowakei sind Flieger der Tschechei und der UdSSR in unserem Luftraum effektiv spazierengeflogen.

Wir haben den Kolomannsberg gebaut. Vor zwölf Jahren, schon zur Zeit des Ministers Graf wurde die Anlage in Angriff genommen, wurde der Kolomannsberg geplant. Zwölf Jahre wird daran herumgebastelt, rund 340 Millionen Schilling verbaut. Bis heute ist die Anlage nicht komplett, nicht fertig und nicht so einsatzfähig, daß man von einer Perfektion reden könnte.

Für mich ist dabei noch eine Frage aus der Fragestunde offen. Mir wurde bekannt, daß man ursprünglich 180 oder 181 Millionen als verbaute Summe deklariert hatte, und plötzlich werden es im Jahre 1969 zirka 340 Millionen, obwohl zwischenzeitig an der Anlage selbst keine neuen Verbesserungen installiert wurden. Ich weiß nicht, wie sich die letzteren Ziffern ergeben.

Das Jammern um Geldmittel ist also kein Argument, solange die vorhandenen Mittel aus welchen Gründen immer nicht zweckentsprechend eingesetzt werden. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Herr Minister! Sie werden es uns nicht krumm nehmen, wenn wir von Ihnen als verantwortlichem Ressortminister zumindest ein brauchbares Konzept in dieser Richtung verlangen. An europäischen Maßstäben gemessen hat Österreich überhaupt nichts zu bieten, was man unter den Begriff Luftraumverteidigung einstufen könnte. Nicht einmal auf eine umfassende Planung haben Sie es bisher gebracht, und daher auch meine offene Kritik. Und das, Herr Bundesminister, nach Ihrer fünfjährigen Amtszeit und nach vierjähriger OVP-Alleinregierung.

Daß die Radarstation noch nicht perfekt ist, daß man trotz der vielen Millionen nur ein Höhenmeßgerät hat und daher — es würde zu weit führen, hier die Technik zu erläutern — auch in der Auswertung sehr gehandikapt ist, das ist, glaube ich, unverständlich.

Und hier komme ich nicht so sehr zur Schuldfrage des Ministers wegen des Nichtfunktionierens, sondern, Herr Bundesminister, meiner Auffassung nach haben Sie eine Wehrtechnik, die unnötig aufgebläht ist. Wir haben zirka 11 oder 12 Generäle dort beschäftigt, 11 oder 20 Offiziere und 400 sonstige Leute, die sich nur mit der Wehrtechnik beschäftigen. Diese Wehrtechnik hat bisher nicht einmal ein ordentliches Sturmgewehr zustande gebracht. Wir haben vorher andere Kritiken gehört.

Auf diesem Gebiet hat die Wehrtechnik völlig versagt. Hier liegen Meinungen verschiedenster Art vor, und wenn diese Wehrtechnik versagt, müßten Sie als verantwortlicher Ressortchef dort nach dem Rechten sehen. Oder sind Sie der Meinung, Herr Bundesminister, daß es Aufgabe der Wehrtechnik sein kann, wehrtechnische Informationen herauszugeben, wo die geschichtliche Entwicklung des österreichischen Raumes, die ältere Altsteinzeit, die jüngere Altsteinzeit, die Römerzeit, die Habsburgerzeit, die Zeit Habsburg-Lothringen, Ornamente, Baukunst, Kunstgewerbe drinnensteht, während diese Technik für den Pinzgauer, für die Sturmgewehre und für die Radaranlagen keine Zeit aufbringt?

Dafür können doch nicht Millionen hinausgeworfen werden. Es kann doch nicht Aufgabe der wehrtechnischen Informationen sein, die Soldaten über die Geschichte zu informieren. Dafür ist ein anderes Referat eingeteilt. Das muß man in aller Öffentlichkeit einmal anprangern. Ich kenne den dortigen Chef der

14036

Nationalrat XI. GP. — 163. Sitzung — 5. Dezember 1969

Troll

Wehrtechnik, aber ich bin der Meinung, daß es höchste Zeit ist, Ordnung zu machen. Sie aber tragen dafür die Verantwortung.

Ich hätte noch eine ganze Reihe solcher Dinge vorzutragen, das würde aber meiner Meinung nach jetzt zu weit gehen.

Herr Bundesminister! Ich habe mir die Sache nicht leicht gemacht, ich kritisiere nicht ohne Begründung, und ich habe, falls wir einmal Chancen haben, im Verteidigungsministerium gehört zu werden, ein fertiges Konzept mit Spezialisten aller technischen Richtungen fertiggestellt. Wir glauben und haben es mit unseren Fachleuten besprochen, daß es brauchbar ist, zweckmäßiger ist und billiger kommt als die bisher geschaffenen Anlagen mit verpulverten Millionen.

Heute bekommen wir ohne weiteres Radarstationen komplett transportabel für Container verpackbar in der Größenordnung von 70 bis 95 Millionen. Mit einigen solchen Stationen wäre die Ausleuchtung unseres notwendigen Feldes und unserer Vorfelder möglich, und wir hätten in kurzer Zeit bei günstiger Finanzierung die Chance, Entsprechendes auf diesem Gebiet zu leisten. Soweit ich im Bilde bin, scheitern die Verwirklichungsfragen in dieser Angelegenheit an der Wehrtechnik.

Zurückkommend auf die SAAB 105: Ich möchte davor warnen, daß man mit Gewalt versucht, zu demonstrieren, was diese Geräte technisch können und daß sie zum Beispiel der Starfighter Deutschlands werden. Dafür ist das Leben unserer Piloten zu kostbar und zu wertvoll und die finanzielle Kraft des Landes nicht ausreichend, um diese neuen SAAB 105 Oe laufend abstürzen zu lassen. Diese Gefahr besteht nach der gegenwärtigen geplanten Aufrüstung.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch kurz auf ein paar Dinge replizieren, die von OVP-Abgeordneten gesagt wurden.

Von Kollegen Marwan wurde Kritik geübt wegen der Stellungnahme der sozialistischen Mittelschüler. Ein offenes Wort: Es ist das Recht der Jugend zu kritisieren, ob oft berechtigt, ob unberechtigt, bleibt dahingestellt. Aber man kann nicht immer identifizieren: Das ist die Haltung der SPO, das ist die Haltung der OVP, wenn irgendwo Jugendliche ihre Meinung ganz leidenschaftlich zum Ausdruck bringen. In der Frage der Landesverteidigung hat der Parteivorsitzende der SPO Dr. Kreisky auf dem letzten Parteirat eine klare Erklärung abgegeben, und wir bekennen uns auch dazu; allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht so wie bisher die Gelder sinnlos verpulvert werden, sondern ent-

sprechend konzeptiv Verwendung finden, und darum dreht sich auch die dauernde politische Auseinandersetzung.

Wenn Marwan erklärt hat, wir seien einmal, im 64er-Jahr, gegen die 700 Millionen gewesen, dann später gegen 200, dann gegen 100 Millionen — in der 95. Sitzung —, so möchte ich darauf antworten: Er weiß ja auch, daß damals die katastrophale Situation auf Grund des Oerlikon-Kaufs war und daß damals immer wieder die OVP-Korruptionsgeschichten aufs Tapet kamen. Da kann man nicht von uns verlangen, bedingungslos allem zuzustimmen und alles anzunehmen, um womöglich dafür mitverantwortlich zu werden.

Wenn unser Nationalökonom Dr. Androsch sich klar für diese Investitionen ausgesprochen hat, dann auch mit der Überlegung, daß es mit dem vorhandenen Geld mehr zu leisten gäbe, als bisher geleistet wurde.

Ich weiß, es ist sinnlos, die OVP-Abgeordneten auf die Gefahren hinzuweisen, die aus dieser ewigen Diffamierung heraus entstehen, weil sie ja alles akzeptieren, was ihr Minister sagt. Man kommt zur Auffassung, der Verteidigungsminister Prader würde von Ihnen eine OVP-Nahkampfspange verdienen. Aber sonst ist schon nichts mehr drin für das österreichische Bundesheer. Für die Republik Österreich ist, glaube ich, diese Leistung nicht gut genug, um bewertet zu werden.

Der Verteidigungsminister hat unsere Aufforderung, er möge sich aus der Parteipolitik heraushalten und nicht immer exponiert als der OAB-Funktionär in der Landesverteidigung wirken, bisher ungehört verhallen lassen. Daher auch diese ewige Auseinandersetzung nur mit Prader. Herr Minister! Früher, bei Graf, und später dann bei Schleinzer gab es nie diese Diskussion, nie diese Debatte. Es geht hier also einmal darum, echt Ordnung zu schaffen.

Ich bin der letzte, der sagt, Prader müßte fallen. In dem Fall wäre es, glaube ich, für das österreichische Bundesheer gut, wenn man sagen könnte: Die Österreichische Volkspartei hat Prader fallengelassen und einen neuen Minister etabliert, denn die Möglichkeit zur Zusammenarbeit ist abhängig von den Personen, welche ein Ressort repräsentieren. Darüber kommt man nicht hinweg, das muß man ein für allemal auch in der OVP zur Kenntnis nehmen.

Und wenn Sie sich, Herr Bundesminister, damit brüsten, was Sie ohnehin getan haben, um bei den Soldaten immer den Anschein zu erwecken, die bösen Sozialdemokraten seien gegen eine entsprechende Dotierung des Budgets, dann muß ich Ihnen sagen: Unter

Troll

Ihrer Verantwortung erfolgte eine Steigerung des Verteidigungsbudgets um 26 Prozent. Die Budgetausweitung betrug seit 1966 40 Prozent. Wenn Sie wirklich mit Ihren Abgeordneten so vehement für die Besserstellung des Heeres eingetreten wären, dann hätten die Ansätze für das Verteidigungsressort entsprechend der Budgetausweitung um 40 Prozent ausgeweitet werden müssen. Es ist also nicht so, daß wir die Spitzbuben und die Bösen und überall dagegen sind, sondern wir sind für eine korrekte Abwicklung der Fragen der Landesverteidigung, weil wir uns zur gemeinsamen Landesverteidigung in Österreich bekennen. Das haben wir immer wieder erklärt.

Es wurde die MilAk genannt. Wir haben nichts gegen die Militärakademie, aber der Geist, der dort vermittelt wird, soll ein Geist der Demokraten, der Republikaner sein und soll ein Geist des Verstehens sein und kein parteipolitischer Geist, der dort infiltriert wird. Ich glaube, man muß das hier einmal aussprechen, denn es ist genug getan worden, was die Öffentlichkeit verärgert, und daher sind wir der Auffassung, daß man mit aller Kraft versuchen muß, die Herren in der ÖVP doch davon zu überzeugen, daß eine andere Führung, glaube ich, eine bessere Basis für weitere Verhandlungen schaffen würde.

Ich habe mich grundsätzlich mit dem Problem der Luftraumverteidigung befaßt und bin auch bereit, mit den Fachleuten im Detail darüber zu reden. Ich möchte nur sagen: Wir Sozialisten haben uns so wie für alle anderen Probleme für eine eventuelle andere Entscheidung der österreichischen Wählerschaft gut vorbereitet, und ich darf Sie beruhigen: auch für das Landesverteidigungsministerium. Wir wissen schon, was wir wollen, gehen nur von anderen, sauberen Grundsätzen und Aspekten aus und überlegen dabei immer die Möglichkeit, die die wirtschaftliche Lage unseres Landes zuläßt. Das ist die Voraussetzung; darüber hinaus ist alles Träumerei, und dafür können wir uns nicht entscheiden.

Zum Abgeordneten Steiner noch etwas zu sagen, ist, glaube ich, sinnlos. Er hat der Landesverteidigung mit seinen Ausführungen nicht gedient. (*Abg. Dr. Pittermann: Wieso? Es gibt ja auch ein Fronttheater!*) Ja, sicher, wenn man es als Kabarett, als Frontbühne betrachten will, schon.

Die Sorge, die uns im Zusammenhang mit dem zitierten Kauf der 40 SAAB bewegt, ist, glaube ich, ein ernstes Problem, weil tatsächlich die Budgetmittel auf Jahre hinaus fixiert wurden, ohne daß dafür entsprechende Voraussetzungen geschaffen worden wären, und für spätere, andere Überlegungen jede Mög-

lichkeit unterbunden erscheint, denn die Mittel sind nun einseitig für ein Gerät gebunden, das voraussichtlich unseren Überlegungen gar nicht entsprechen wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte damit schließen, daß ich Ihnen sage: Wir haben sicherlich eine sehr positive und korrekte Einstellung zu Fragen der Landesverteidigung. Wir sind aber nicht der Meinung, daß wir imstande sind, den Soldaten und dem österreichischen Volk jetzt vorzugaukeln, was man noch alles installieren müßte, um im Verteidigungsfall noch mobiler sein zu können, sondern wir werden, falls es die Wähler so wünschen und wir mit der Regierungsverantwortung betraut werden, lange Jahre zu tun haben, damit die bisherigen Schulden aus der schlechten Politik der ÖVP bezahlt werden können. Denn die 43 Milliarden Staatsverschuldung und die voraussichtlichen Defizite des österreichischen Haushaltes werden genug Sorgen bereiten. Wir werden danach trachten müssen, zu verhindern, daß die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft ins Stocken gerät. Und soweit dieser Rahmen und die finanziellen Möglichkeiten noch Raum offenlassen, Positives für die Landesverteidigung zu tun, werden wir gerne bereit sein, es zu tun — wenn es dem Volke nützt und der Sache dient! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich gebe eine kurze und sachliche Stellungnahme zu einer Behauptung des Abgeordneten Glaser von der Österreichischen Volkspartei ab.

Herr Abgeordneter Glaser erklärte, er wolle nicht diffamieren, stellte jedoch gleichzeitig fest, ich hätte Millionen von der Sozialistischen Partei für eine bestimmte Stimmenabgabe der freiheitlichen Abgeordneten entgegengenommen.

Dazu stelle ich fest:

1. Ich habe von der Sozialistischen Partei überhaupt nie einen Geldbetrag übernommen.

2. Ich habe nach Verhandlungen mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund wegen der Nichtanerkennung der freiheitlichen Gewerkschaftsfraktion vom damaligen Präsidenten des ÖGB zur Weiterleitung an die freiheitlichen Gewerkschafter einen Betrag von 150.000 S übernommen.

3. Das geschah in den Jahren 1959/1960, und die Übernahme des Geldes war an keinerlei Bedingungen gebunden. (*Beifall bei der FPO. — Zwischenruhe bei der ÖVP.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XII beendet.

Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g** über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Die Tagesordnung ist **e r s c h ö p f t.**

Ich **b r e c h e** die Verhandlungen **a b.**

Die **n ä c h s t e** Sitzung berufe ich für Dienstag, den 9. Dezember, 9 Uhr, mit folgender Tagesordnung ein: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen): Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe und Industrie.

Die Sitzung ist **g e s c h l o s s e n.**

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 25 Minuten